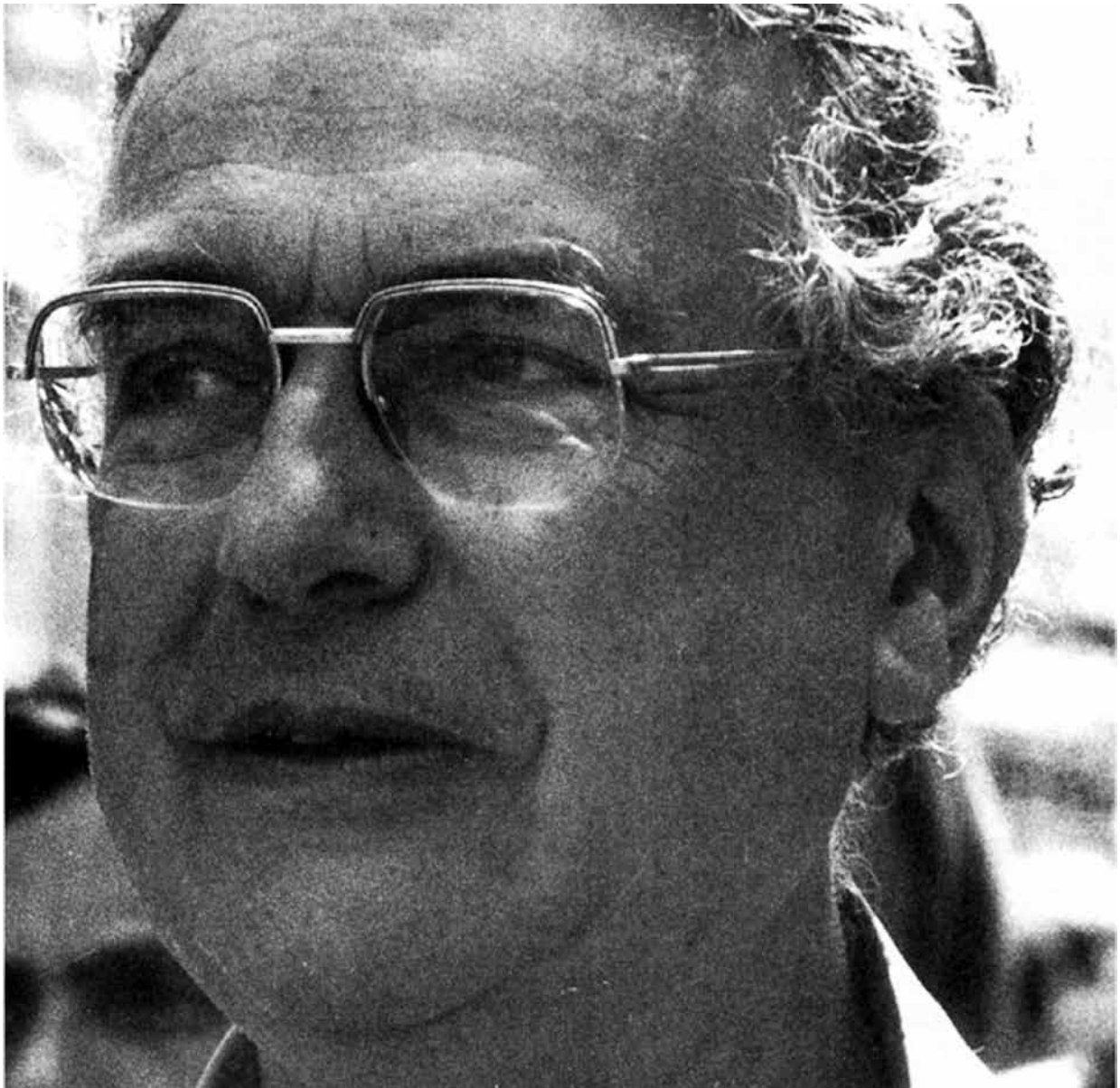


die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



ZUM 25. TODESTAG VON
ERNEST MANDEL

die internationale

Ernest Mandel

Das Werk von Ernest Mandel, Manuel Kellner..... 3

Die Aktualität der Wirtschaftstheorie von Ernest Mandel, Michel Husson..... 11

Ernest Mandel und der Ökosozialismus, Michael Löwy..... 17

Thorie

Demokratische Planwirtschaft, Interview mit Cédric Durand..... 22

Ökologie

Mit Wasserstoff zum grünen Kapitalismus?, Klaus Meier..... 27

Geschichte

Coburg wird bayerisch, Paul B. Kleiser..... 31

inprekorr

Corona-Pandemie

Die Welt nach Corona aus Sicht des Kapitals, Julien Salingue..... 35

Slowenien

Janez Janša als Stifter des „Jansismus“, Rastko Močnik..... 41

Syrien

Was lehrt uns die Geschichte der syrischen Revolution? Joseph Daher..... 45

Iran

Ein Blick auf iranische Krise(n) und ihre Hintergründe, Ali Behrokh..... 50

Covid-19-Dossier

Covid-19-Dossier: zur Lage im Globalen Süden..... 56

Letzte Seite

Verstärkte Online-Präsenz der Vierten Internationale..... 64

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz). *die internationale* erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:

Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
Paul B. Kleiser, Björn Mertens, Paul
Michel, Heinrich Neuhaus, Jakob Schäfer,
Michael Weis (V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Konto:

Neuer Kurs GmbH, Köln
Postbank Frankfurt
IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04
BIC: PBNKDEFF

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:

die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

■ Deutschland:
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
iso@intersoz.org

■ Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at

■ Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

DAS WERK VON ERNEST MANDEL

Ein wichtiges Erbe für den revolutionären Kampf im 21. Jahrhundert. Hier soll ein Blick auf die ökonomischen und politischen Schriften dieses bedeutenden Marxisten geworfen werden.

■ **Manuel Kellner**

Ernest Mandel (1923–1995) hat uns ein wichtiges theoretisches Werk hinterlassen, das für jeden unverzichtbar ist, der eine Bilanz des 20. Jahrhunderts ziehen und zur Ausarbeitung revolutionärer Perspektiven für das 21. Jahrhundert beitragen will.

Der rote Faden des Denkens von Ernest Mandel, die Achse, um die sich seine Schriften drehen, war die solidarische Selbsttätigkeit und demokratische Selbstorganisation der Arbeiter*innenklasse als Schlüssel für die universelle menschliche Emanzipation. Das ist es, was sich aus seinen ausführlichen Kritiken des Kapitalismus und anderer zeitgenössischer Unterdrückungssysteme ergibt, es ist die zentrale Idee seiner Beiträge zur Strategie des sozialistischen Kampfs für eine klassenlose Gesellschaft und zugleich die Quintessenz seiner Vorstellung von der angestrebten sozialistischen Demokratie auf Weltebene: Ernest Mandels Internationalismus war organisch seinen Anliegen verbunden und untrennbar von seiner Parteinahme für die Interessen der Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten, der Unterdrückten, der Benachteiligten und Entrechteten, der Ausgegrenzten aller Art.

Dies erklärt auch, warum Ernest Mandel über so viele Themen schrieb. Die bemerkenswerte Biografie, die

Jan-Willem Stutje verfasst hat, zeigt uns den Menschen, seine Hingabe an die revolutionäre Sache und den Aufbau unserer Vierten Internationale.¹ Der von Gilbert Achcar herausgegebene Sammelband mit Beiträgen, die auf einem Amsterdamer Seminar über Mandels Beitrag zur marxistischen Theorie gehalten worden waren, ist reich an Lehren.² Meine Werkbiographie, die sich im Wesentlichen, aber nicht ausschließlich auf seine Bücher stützt, gibt einen Überblick über sein vielfältiges theoretisches Denken und erörtert gleichzeitig seine Stärken und Schwächen.³

Wirtschaft

Ernest Mandel wollte in seinem im Mai 1960 fertiggestellten und 1962 erschienenen *Traité d'économie marxiste* ausgehend „von den empirischen Gegebenheiten der heutigen Wissenschaft“ „das gesamte ökonomische System von Karl Marx rekonstruieren“ (eine gekürzte deutsche Ausgabe erschien 1968 unter dem Titel *Marxistische Wirtschaftstheorie*). Die Fülle von Verweisen auf eine Vielzahl von Publikationen aus verschiedenen Bereichen der Human- und Sozialwissenschaften untermauert sein Argument, dass die Kritik von Karl Marx an der kapitalistischen Produktionsweise – trotz der lang anhaltenden wirtschaftlichen

Expansion der Nachkriegszeit (und trotz der Tatsache, dass Karl Marx kein „Wirtschaftssystem“ ausgearbeitet hat) – auch heute noch aktuell ist.

In diesem Buch, wie auch in anderen, die das gleiche Thema behandeln (und in seinen *Einführungen*), entfernte sich Ernest Mandel weit von der pseudomarxistischen Scholastik des „Beweises“ mithilfe von Marx-Zitaten, warum Marx Recht hatte. In ähnlicher Weise war Mandel keineswegs versucht, die Kategorien der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie als Kategorien zu behandeln, die logisch und dogmatisch voneinander abzuleiten sind. Sein Bestreben war, die Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsgeschichte zu synthetisieren (oder zu zeigen, dass hier die Stärke der Marx'schen Kritik der Politischen Ökonomie liegt). Zum Beispiel durch die Entwicklung der Arbeitswerttheorie aus vorkapitalistischen Beispielen der Aneignung des Mehrprodukts durch eine herrschende Klasse.

Der große Vorteil dieser Methode ist didaktischer Natur. Ich kenne eine Reihe von Zeitgenoss*innen, die (wie ich selbst) erst durch die Lektüre der Schriften von Mandel Zugang zum *Kapital* von Karl Marx hatten. Im Allgemeinen bestand Mandels Stil darin, seine Argumente mit einer Vielzahl von konkreten Beispielen zu illustrieren. Dies ist einer der Gründe, warum er sowohl in seinen Schriften als auch mit den Vorträgen, die er bei Schulungskursen, Symposien oder in politischen Versammlungen hielt, sehr verständlich und überzeugend war. Im Vorwort zu seinem *Spätkapitalismus* präzisiert und verteidigt er seine „historisch-genetische“ Methode, relativiert sie aber gleichzeitig etwas, da er die Kritik, er sei in der *Marxistische Wirtschaftstheorie* zu „deskriptiv“ gewesen, ernst genommen hatte.

Mandel war nicht für eine allzu deterministische Konzeption des dialektisch-historischen Materialismus. Er sprach von sechs „teilweise autonomen Variablen“, die die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise bestimmen. In ähnlicher Weise erklärte er, warum diese Produktionsweise zuerst in westeuropäischen Ländern auftauchte, nicht wegen allgemeiner „Gesetze“ der historischen Entwicklung, sondern weil bestimmte Besonderheiten und bestimmte Voraussetzungen zu einem bestimmten Zeitpunkt der Geschichte dort erfüllt waren. Beispielsweise wegen des in Lateinamerika geraubten Golds, das die Akkumulation von Geldkapital begünstigte und wegen der Trennung eines bedeutenden Teils der Bevölkerung von seinen Produktionsmitteln, was ermöglichte, massiv in die Ausbeutung der Arbeitskraft zu investieren. In China waren diese Voraussetzungen nicht erfüllt, und daher konnte sich die kapitalistische Produktionsweise dort nichtentwickeln –

auch wenn einige Technologien dort weiter entwickelt waren als in Europa.

Der 1972 veröffentlichte *Spätkapitalismus* gilt als Mandels ökonomisches Hauptwerk. Um dieses zu verorten, muss man sich vor Augen halten, dass wir zu dieser Zeit noch weit von der neoliberalen Hegemonie entfernt waren. Die herrschende Ideologie sah das kapitalistische System als gezähmt an und suggerierte, dass die krassen Widersprüche dieser Produktionsweise Geschichten aus der Vergangenheit seien. Das Eingreifen des Staates hatte die Krisen gebändigt; der Lebensstandard vieler Erwerbstätiger hatte sich deutlich verbessert; die Länder der „Dritten Welt“ hatten eine Chance, zum Niveau der reichen Länder aufzuschließen; der Fortschritt der sozialen Sicherungssysteme hatte die Verarmungstendenzen der breiten Massen überwunden; die Teilung in Klassen sei einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ gewichen.

In diesem Zusammenhang erklärte Ernest Mandel, dass die Widersprüche der kapitalistischen Klassengesellschaft nicht passé waren, sondern in naher Zukunft erneut explodieren würden. Gleichzeitig analysierte er die konkreten Veränderungen dieses Nachkriegskapitalismus, der für ihn eine neue Periode im Rahmen des von Lenin analysierten imperialistischen oder monopolistischen Kapitalismus darstellte. (Für weitere Präzisierungen zu Mandels *Spätkapitalismus* schlage ich vor, den Beitrag von Michel Husson in dieser Ausgabe der *internationale* zu konsultieren.)

Ernest Mandel hatte auch wesentlich zur Erklärung der regelmäßig auftretenden zerstörerischen Überproduktionskrisen des Kapitalismus beigetragen. Sie galten ihm als Beweis für die gravierenden Mängel des kapitalistischen Systems und als ein schönes Beispiel für die Triftigkeit der Kritik von Karl Marx an der kapitalistischen Produktionsweise. Sein eigenständiger Beitrag zur Erklärung der zyklischen Krisen war die Ablehnung monokausaler Erklärungen, sei es durch die Theorie des Unterkonsums oder die der Disproportionalität zwischen den großen Produktionsabteilungen oder durch die Überakkumulation von Kapital. In seiner Synthese spielen Schwankungen in der Profitrate eine wichtige Rolle. Mandel untersuchte nicht nur die Erklärungskraft der verschiedenen Ansätze, sondern auch ihre Rolle im Kampf zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapital. Die reformistischen Führungen beispielsweise nutzten die Unterkonsumtionstheorie, um zur Krisenbekämpfung die Stärkung der Kaufkraft der Massen vorzuschlagen. Aber wenn die Löhne steigen, gehen die Profite zurück, was kapitalistische Investitionen kaum fördert ... Die Theorie der Disproportionalität bezieht sich auf die „Anarchie“ der

kapitalistischen Produktion und wurde daher als Argument für ein „Super-Holding“ benutzt, um die Auswirkungen des Wettbewerbs auf Investitionsentscheidungen zu überwinden – in Zusammenhang mit einem „friedlichen Hinüberwachsen“ zum Sozialismus. Überakkumulation hingegen kann vom Kapital als Argument benutzt werden, um die Produktion von Mehrwert zu steigern. Die marxistische Version dieser Theorie geht von einer Arbeitslosenquote von praktisch null über einen sehr langen Zeitraum aus, was als utopisch erscheint.

Die Kehrseite der Medaille ist die Funktion von zyklischen Krisen. Aus der Sicht des Kapitals handelt es sich dabei um „reinigende“ Krisen, die die Preise krampfartig auf reale Werte zurückführen und damit dazu führen, dass nur die stärksten Firmen und das stärkste Kapital an ihrem Platz bleiben – zum Nachteil der Schwächsten, die verschwinden. Es ist also die Tendenz zur Konzentration und Zentralisierung des Kapitals, die sich durch seine Krisen katastrophal verwirklicht.

Ernest Mandel war einer der wenigen marxistischen Theoretiker, der über die „langen Wellen“ des Kapitalismus gearbeitet hatte, die langen Perioden mit einer allgemeinen expansiven oder depressiven Tendenz, die jeweils mehrere Zyklen von kürzerer Dauer enthielten. Aber während die zyklischen Überproduktionskrisen den Keim der wirtschaftlichen Erholung in sich tragen, enthalten nach Mandel lange Perioden mit depressiver Tendenz nicht die notwendigen Elemente für eine Rückkehr zu einer Periode mit expansivem Charakter. Dies erfordert exogene Faktoren, die in der Regel politischer Natur sind. Die säkulare Niederlage der Arbeiterklasse vor und mit dem Zweiten Weltkrieg und die katastrophalen Zerstörungen, die er verursachte, führten beispielsweise zu einem spektakulären Anstieg der Mehrwertrate auf Kosten der Lohnabhängigen und legten damit den Grundstein für die lange expansive Nachkriegszeit.

In gewissem Sinne sprach Ernest Mandel in Anlehnung an Marx auch vom „Zusammenbruch“ der kapitalistischen Produktionsweise. Das soll nicht heißen, dass er an einen rein wirtschaftlichen Mechanismus glaubte, der einen solchen Zusammenbruch zur Folge hat. Wenn die Lohnabhängigen und Unterdrückten am Ende alle – wirklich alle – unmenschliche Behandlung akzeptieren würden, könnte der Kapitalismus theoretisch damit durchkommen, aber um den Preis, in die globale Barbarei zu fallen und seine Ausbeutungsobjekte auf den Zustand der Sklaverei herabzudrücken. Statt eines rein wirtschaftlichen Zusammenbruchs vertrat Mandel die Idee einer globalen, vielgestalti-

gen Krise, die die Krise des politischen und ideologischen Herrschaftssystems der Kapitalistenklasse einschließt. Eine strukturelle Krise mit unbestimmtem Ausgang: Sozialismus oder das Ende der menschlichen Zivilisation.

Sozialismus

Für Ernest Mandel, der sich auf die Schriften von Marx und noch mehr auf die Debatten der revolutionären Periode der russischen Bolschewiki und der jungen Kommunistischen Internationale stützte, war der Sozialismus eine klassenlose Gesellschaft und daher ohne Staat, ohne einen sich über die Gesellschaft erhebenden bewaffneten Zwangsapparat. In einer solchen Gesellschaft, die als die erste Phase des Kommunismus gedacht war, wäre die Herrschaft des Menschen über den Menschen der gemeinsamen Verwaltung der Dinge, der materiellen Güter der Gesellschaft, durch die frei assoziierten Produzent*innen gewichen. Güter und Geld wären nicht länger eine quasi-natürliche Kraft, die den Menschen unterwirft, die Marktwirtschaft würde langsam absterben und mehr und mehr einer gemeinschaftlichen Verteilung nach den Bedürfnissen weichen. Der Kommunismus schließlich wäre, wie Marx sagte, eine Gesellschaft, in der die Freiheit eines jeden Menschen die Bedingung für die Freiheit aller wäre – und gleichzeitig absolut nicht das „Ende der Geschichte“, sondern vielmehr der wahre Anfang der Geschichte der Menschheit, frei von allem Grauen einer Vergangenheit, die von Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt geprägt war.

Um den Sozialismus zu erreichen, muss für Mandel die Arbeiter*innenklasse, indem sie alle unterdrückten Schichten mit sich reißt, die Macht in ihre eigenen Hände nehmen und sich die vom Kapitalismus auf globaler Ebene entwickelten Produktivkräfte aneignen, um sie im eigenen Interesse zu verwalten und umzuwandeln. Das politische System, das dazu in der Lage wäre, wäre eine sozialistische Demokratie, die einzige Form wirklicher Herrschaft der Arbeiter*innenklasse (Marx und Engels identifizierten die „Diktatur des Proletariats“ mit der Pariser Kommune von 1871). Sie wäre zugleich in der Lage, den Widerstand der besitzenden Klassen gegen ihre Enteignung wirksam zu bekämpfen und eine demokratische Planung einzuführen. Es wäre immer noch ein Staat, aber ein Staat, der von Anfang an den Keim des eigenen Absterbens in sich trägt und damit die Entwicklung einer klassenlosen, im vollen Sinne des Wortes „sozialistischen“ Gesellschaft vorbereitet.

Natürlich ist das, was Revolutionäre und Revolutionärinnen über die „Gesellschaft des Übergangs (zum Sozialismus)“ sagen, die unmittelbar nach der Machtübernahme

durch die Arbeiter*innenklasse zu existieren beginnt, für normale Menschen von größerem Interesse als die Utopie der erhofften Situation, die sich nach einer unbekannten Anzahl von Jahrzehnten ergeben würde. Und in diesem Punkt war Ernest Mandel sehr deutlich: Diese Gesellschaft des Übergangs zum Sozialismus wird von Anfang an das Los der Lohnabhängigen und der breiten Massen deutlich verbessern müssen. Sie werden nicht nur größere demokratische Freiheiten genießen als in jeder anderen bürgerlich-parlamentarischen demokratischen Republik, sondern sie werden auch eine solide materielle Basis haben, um ihre demokratischen Rechte auszuüben, sich an Selbstverwaltungsorganen und politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Dazu gehörte für Mandel neben einem nennenswerten Lebensstandard für alle auch eine umfassende radikale Arbeitszeitverkürzung. In einer solchen Übergangsgesellschaft gäbe es eine Pluralität der Parteien und damit der politischen Optionen sowie unabhängige Massenorganisationen und Verbände, angefangen bei den Gewerkschaften.

Sucht man nach einer Schwachstelle in Mandels Argumentation, stößt man schnell auf das Problem der „materiellen Grundlagen“, die notwendig sind, um einen solchen emanzipatorischen Fortschritt zu erreichen. Wenn man das Kapitel liest, das sich in der *Marxistischen Wirtschaftstheorie* von Anfang der 1960er Jahre mit diesem Problem befasst, fällt einem auf, dass der Mandel von damals bei weitem nicht so umweltbewusst war wie etwa der Mandel der ersten Hälfte der 1990er Jahre (ganz zu schweigen von der Vierten Internationale heute). Zu den Quellen der sozialistischen Akkumulation, die Mandel Anfang der 1960er Jahre erwähnte, gehören die Kernkraft und die Entwicklung der intensiven Landwirtschaft mit chemischen Düngemitteln. All diese Berechnungen müssen also neu durchgeführt werden.

Dabei ist zu bedenken, dass die befreiende Idee Mandels stark mit einem relativen Überfluss an Konsummitteln verbunden ist (ohne die eine Verteilung in nicht-marktförmiger Form nur mit einem Rationierungsregime denkbar ist), und dies nicht nur zur Befriedigung von Grundbedürfnissen und bei gleichzeitiger radikaler Verkürzung der Arbeitszeit. Wenn zur Rettung des Klimas und der Erde ein Großteil der Produktion eingestellt werden muss, wenn die Energieproduktion erheblich reduziert werden muss, wenn die Agrarproduktion ohne Monokulturen funktionieren muss, wird die Arbeitsproduktivität nicht dramatisch gesteigert werden können ... Aber ohne eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit und ohne materiellen Wohlstand für

alle wird die sozialistische Demokratie nicht funktionieren. All dies muss also neu überdacht werden.

Strategie

Die demokratische Selbstorganisation der Lohnabhängigen innerhalb des kapitalistischen Systems wird durch den kollektiven Kampf gegen das Kapital und seinen Staat entwickelt. Mandel lädt uns ein, uns einen Kampf vorzustellen, der sich ausweitete und verallgemeinerte (wie aus seiner Erfahrung in Wallonien 1960/61) und zu einem aufständischen Generalstreik wird. Die Notwendigkeiten des Kampfs selbst führen, wenn er konsequent betrieben wird, zur Ausdehnung der Bewegung und zur Vervielfachung der Aufgaben, die sie sich selbst stellt, einschließlich derjenigen, die mit der öffentlichen Sicherheit zusammenhängen. Die demokratisch gewählten Organe der Streikenden beginnen, den Organen des bürgerlichen Staates Legitimität und Herrschaft streitig zu machen. So können sich einfache Streikkomitees zu Räten, „Sowjets“, Organen eines alternativen Staates von unten entwickeln, was zunächst auf eine Situation von Doppelmacht hinausläuft, die nach einer gewissen Zeit entweder im Sinne der Wiederherstellung der vollen Autorität des bürgerlichen Staates oder zugunsten der Eroberung der Macht durch die demokratisch zentralisierten Räte aufgelöst werden muss.

Politisch gesehen ist die Arbeiter*innenklasse nicht homogen. In normalen Zeiten stellen Revolutionäre nur eine Minderheit dar. Im Rahmen einer im Klassenkampf entwickelten breiten solidarischen Selbsttätigkeit sind die Zeiten nicht normal. Die arbeitenden Massen lernen nicht viel in Passivität und Atomisierung, aber viel und schnell, sobald sie Räume für selbstbestimmtes kollektives Handeln schaffen. Die revolutionäre Strömung muss im Rahmen einer solchen breiten Bewegung versuchen, immer mehr Unterstützung für ihre allgemeinen Ideen und praktischen Vorschläge zu gewinnen, um am Ende selbst eine Mehrheit in den Räten zu erlangen.

Um dies zu erreichen, müssen Revolutionäre versuchen, ein ganzes Arsenal an strategischen Konzepten anzuwenden, die von der kommunistischen Bewegung der frühen 1920er Jahre ausgearbeitet wurden, unter der Herrschaft des Stalinismus verloren gingen und von der Vierten Internationale bewahrt und immer wieder aktualisiert wurden. Die Einheitsfrontpolitik: gemeinsames Handeln mit reformistischen Parteien und Organisationen für konkrete Forderungen und Ziele. Übergangsforderungen: Sie gehen von dem Bewusstsein und den Problemen aus, die von der Masse der Arbeiter*innen empfunden werden, um

solidarische Lösungen vorzuschlagen (wie die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohneinbußen, mit proportionaler Einstellung und der Kontrolle der Arbeiter*innen über die Arbeitsbedingungen, wie das Verbot von Entlassungen usw.), die in der Praxis nicht mit dem kapitalistischen System vereinbar sind. Der Aufbau einer revolutionären Partei: Dies würde die breite soziale und Arbeiter*innen-Vorhut politisch organisieren, all jene, die ständig kämpfen, nicht nur in Zeiten breiter Massenbewegungen. Die Organisation von Erinnerung und Reflexion auf nationaler und internationaler Ebene, damit die Erfahrungen einer Zeit des Bewegungsaufschwungs in Zeiten des Zurückflutens nicht verloren gehen und zur Orientierung der erneut entflammenden Massenbewegung genutzt werden können.

Die sozialistische Strategie von Ernest Mandel war organisch internationalistisch: Er plädierte für eine Bewertung der sozialen und politischen Situation ausgehend

von der Weltebene, ihrer Märkte, ihrer Zwangsmittel, der eklatanten Ungleichheiten, die der Kapitalismus schafft, aber auch der Widerstandsmöglichkeiten der verschiedenen Bewegungen mit emanzipatorischem Charakter auf internationaler Ebene. Für die armen und abhängigen Länder verteidigte er die Strategie der permanenten Revolution, für die die Aufgaben der demokratischen Revolution, der nationalen Selbstbestimmung und der radikalen Agrarreform nicht von bürgerlichen Kräften erfüllt werden können und deshalb die Machtübernahme durch die Arbeiter*innenklasse erfordern, die mit der Masse der enteigneten und unterdrückten Schichten verbündet ist, um so Teil des Prozesses der sozialistischen Weltrevolution zu werden.

Bürokratie

Die innerhalb des Kapitalismus geschaffenen Massenorganisationen der Arbeiter*innen (Verbände, Gewerk-

LIEFERBARE DEUTSCHSPRACHIGE BÜCHER VON ERNEST MANDEL

Mandel, Ernest: *Einführung in den Marxismus*, aus dem Französischen übersetzt von Willy Boepple, 20.–22. Tausend (8. Aufl.), mit einem Nachwort von Jakob Moneta, Köln: Neuer ISP Verlag, 2008, (isp-pocket, Bd. 4). – 238 S. ISBN 978-3-89900-004-7. – 12,00 €, August 2008.

Mandel, Ernest: *Karl Marx – Die Aktualität seines Werkes*, aus dem Englischen und Französischen übersetzt von Willy Boepple u. Rudolf Segall, 2. Ausg., Köln u. Karlsruhe: Neuer ISP Verlag, 2018. – 191 S. ISBN 978-3-89900-152-5. – 17,80 €.

* Mandel, Ernest: *Die langen Wellen im Kapitalismus*. Eine marxistische Erklärung, aus dem Englischen übersetzt von Angelika Meixner, 2. Aufl., Frankfurt a. M.: isp, 1987. – 130 S. ISBN 3-88332-072-2. – 8,50 €.

Originalausgabe: *Long Waves of Capitalist Development*. The Marxist Interpretation, Cambridge usw.: University Press; Paris: Editions de la Maison des Sciences de l'Homme, 1980.

Beruhet auf „Marshall Lectures“, gehalten an University of Cambridge, 1978.

2., erweiterte englische Ausgabe: *Long Waves of Capitalist Development*. A Marxist Interpretation, London u. New York: Verso, 1995.

Mandel, Ernest: *Macht und Geld*. Eine marxistische Theorie der Bürokratie, aus dem Englischen übersetzt von Björn Krüger, Köln: Neuer ISP Verlag, 2000. – 318 S. ISBN 3-929008-73-4. – 21,50 €.

Originalausgabe: *Power and Money*. A Marxist Theory of Bureaucracy, London u. New York: Verso, 1992.

Mandel, Ernest: *Marxistische Wirtschaftstheorie*, mit einer Einleitung von Manuel Kellner, [3. deutschsprachige Ausg.], Köln: Neuer ISP Verlag, 2007, (Schriften, [Bd.] 1). – [8], XI, 805 S.

ISBN 978-3-89900-115-0. – 49,80 €.

Manuel Kellner, „Zur Aktualität von Ernest Mandels Kapitalismuskritik“, S. I–XI.

S. 11–805 unveränderter Nachdruck der 1. Ausgabe (Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 1968).

Mandel, Ernest: *Oktober 1917*. Staatsstreich oder soziale Revolution. Zur Verteidigung der Oktoberrevolution, mit einer Einleitung von François Vercammen, aus dem Französischen übersetzt von Johnny Granzow unter Mitarbeit von Rudolf Segall, Köln: Neuer ISP Verlag, 1992. – 167 S.

ISBN 3-929008-36-X. – 12,50 €.

Originalausgabe: *Octobre 1917: Coup d'Etat ou révolution sociale*. La légitimité de la révolution russe, Montreuil 1992.

Mandel, Ernest: *Trotzki als Alternative*, Berlin: Dietz Verlag, 1992. – 252 S.

ISBN 3-320-01730-6. – 7,40 €.

* Mandel, Ernest: *Der Zweite Weltkrieg*, aus dem Englischen übersetzt von Ursula Hainz u. Alexander Schertz, Frankfurt am Main: ISP-Verlag, 1991. – 245 S.

ISBN 3-88332-137-0. – 17,50 €.

Originalausgabe: *The Meaning of the Second World War*, London: Verso, 1986.

Erweitert um Anhang: „Zum Historikerstreit. Ursprung, Wesen, Einmaligkeit und Reproduzierbarkeit des Dritten Reiches“, S. 209–245.

schaften, Parteien) kommen nicht ohne hauptamtliches Personal aus. Es werden Organisator*innen, professionelle Journalist*innen, Politiker*innen usw. benötigt, um solche Organisationen zum Funktionieren zu bringen und sie in den Parlamenten zu vertreten. Ernest Mandel war sich dessen wohl bewusst. Aber er wies auf den Preis hin, der dafür zu zahlen sei: die Entstehung einer privilegierten bürokratischen Schicht innerhalb der Arbeiterorganisationen, die ihre eigenen Interessen entwickelt und zunehmend konservativ wird. Sie bindet sich an die wohlhabenderen Schichten der Lohnarbeiterbewegung, hasst Revolution „wie die Sünde“ (Friedrich Ebert), kanalisiert und sabotiert Bewegungen, die den „normalen“ Gang der kapitalistischen Herrschaft über die Gesellschaft in Frage stellen könnten.

Gegen diese Bürokratien schlug Mandel den Aufbau linker klassenkämpferischer Strömungen vor, insbesondere innerhalb der Gewerkschaften, die eine strategische und personelle Alternative zu den reformistisch-konservativen Orientierungen der bürokratischen Führung bieten. Es war ihm klar, dass linke Alternativen nur im Rahmen breiter, kämpferischer Massenbewegungen die Oberhand gewinnen können. Die erste Aufgabe der Revolutionär*innen besteht daher darin, alles Mögliche zu tun, um jeden Impuls der kollektiven Selbsttätigkeit der Arbeiter*innen und Unterdrückten zu fördern, zu ermutigen und zu unterstützen. Für Mandel waren die Arbeitermassenorganisationen im Kapitalismus ein zweischneidiges Instrument: Sie waren unentbehrlich, um der Macht der Bosse, ihrer Verbände und ihrer Parteien entgegenzutreten, und gleichzeitig waren sie dazu da, die Kämpfe für Reallöhne, für bessere Arbeitsbedingungen, für besseren sozialen Schutz in den Rahmen des Kapitalismus zu kanalisieren und deshalb oft auf mehr als nur symbolische Kämpfe zu verzichten. Um sie zu wirksamen Instrumenten für die unmittelbaren Interessen der Arbeiter*innen zu machen, ist es notwendig, ihren Bruch mit der Politik der Klassenzusammenarbeit und der Sozialpartnerschaft zu organisieren.

Während die den bürgerlich-parlamentarischen Staaten mehr oder weniger angepassten Bürokratien der Gewerkschaften und Arbeiter*innenparteien im Allgemeinen ein mehr oder weniger autoritäres, undemokratisches Regime unterhalten, das oft Basisinitiativen erstickt und linke Oppositionen heftig bekämpft, waren die bürokratischen Regime der Staatsparteien in den Ländern des sogenannten „Realsozialismus“ regelrechte Unterdrückungsmaschinen. Die Bürokratisierung der UdSSR hatte die Stalinfraktion an die Macht gebracht, die die geeignete Vertreter dieser

privilegierten bürokratischen Schicht war, die zur Verteidigung ihrer materiellen Interessen vor allem mit der revolutionären Vergangenheit des Bolschewismus und mit der Bindung an die Weltrevolution brechen wollte. Daher das Konzept des „Sozialismus in einem Land“; eine staatliche Machtpolitik trat an die Stelle der permanenten Revolution und des konsequenten Internationalismus der jungen Kommunistischen Internationale.

Die marxistisch-revolutionäre Kritik an diesen Regimen ist nicht die gleiche wie die Kritik bürgerlicher Ideolog*innen. Natürlich ist es notwendig, die schrecklichen Verbrechen Stalins und seiner Clique anzuprangern, aber gleichzeitig ist es notwendig, den eindeutig konservativen Charakter des „offiziellen“ Kommunismus seit der Herrschaft Stalins zu verstehen.

Um diese Staaten zu charakterisieren, stützte sich Mandel hauptsächlich auf Trotzki's Analysen, bereicherte sie aber auch, indem er neue Entwicklungen analysierte. Der Begriff „bürokratisch degenerierter Arbeiterstaat“ irritiert. Schon Trotzki mochte ihn nicht besonders gerne und benutzte ihn in Ermangelung eines besseren Begriffs. In der Tat, was bedeutet ein Arbeiterstaat (selbst ein stark bürokratisierter), in dem die Arbeiter*innenklasse nicht die Macht ausübt, und in dem ihr sogar elementare demokratische Rechte vorenthalten werden?

Ernest Mandel argumentierte in Anlehnung an Trotzki vor allem damit, dass einige der Errungenschaften der Revolution vom Oktober 1917 erhalten geblieben waren: Es waren weder die Produktionsmittel noch die Arbeitskräfte Waren; Wertgesetz und Markt beherrschten nicht die geplante Wirtschaft; der Staat hatte nach wie vor ein Außenhandelsmonopol. Dies waren nichtkapitalistische Gesellschaften im Übergang zum Sozialismus, obwohl sie bürokratisch verknöchert waren. Die Aufgabe bestand daher darin, die Verteidigung der nichtkapitalistischen Elemente gegen jeden Versuch, den Kapitalismus von innen oder außen wiederherzustellen, mit dem revolutionären Sturz der Bürokratie zu verbinden und erneut eine sozialistische Räte-demokratie zu errichten.

Der Prozess des Zerbrechens des stalinistischen Monolithismus, die Krise des Stalinismus und dann des Poststalinismus waren für Mandel und die Vierte Internationale ermutigend, aber auch voller theoretischer und program-matischer Herausforderungen. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der verbündeten oder ähnlichen Regime in Europa begrüßte Mandel nachdrücklich die Tatsache, dass der stalinistische „bleierne Deckel“ gesprengt war, und sah bereits den Beginn eines revoluti-

onären Prozesses in Richtung der erhofften politischen Revolution und eine Rückkehr des Strebens nach echter sozialistischer Demokratie auf Massenebene. Es gab Anzeichen in diese Richtung, aber Mandels Hoffnungen wurden durch die Realität des kapitalistischen Restaurationsprozesses und den triumphalen Sieg des kapitalistischen „Westens“ im „Kalten Krieg“, der offensichtlich eine große Niederlage für die Arbeiter*innenklasse auf planetarischer Ebene war, zunichte gemacht.

In *Macht und Geld*, seinem großen Buch über die Bürokratie, schrieb Ernest Mandel selbstkritisch, dass der „revolutionäre Marxismus“ (und damit auch er selbst) die verheerenden Auswirkungen der Jahrzehnte stalinistischer und poststalinistischer Herrschaft auf das Bewusstsein der Arbeiter*innen unterschätzt habe. Andererseits hatte er aber auch das Widerstandspotenzial gegen die Restauration des Kapitalismus innerhalb der herrschenden Bürokratie selbst überschätzt. Dies sind wichtige Elemente, aber sie reichen nicht aus, um diese Debatte zu beenden.

Darüber hinaus ist das wirklich originelle Kapitel über „Substitutionismus“ (Stellvertreterideologie und -praxis) in diesem Buch von besonderem Interesse für Revolutionär*innen. Denn während die substitutio-

nistische Ideologie charakteristisch für die Führung der großen bürokratischen Apparate ist – die ihre ständige Neigung, im Namen und an der Stelle der Lohnempfänger zu handeln, rechtfertigen wollen –, erliegen Revolutionäre unter bestimmten Umständen auch der Versuchung des Substitutionismus. Ernest Mandel gibt überzeugende Beispiele nicht nur für Lenin und Trotzki, sondern zum Beispiel auch für Luxemburg und Gramsci! Und er zeigt, dass in diesem Fall der Grad der autonomen Aktivität der Arbeiter*innenklasse und der Unterdrückten der entscheidende Faktor ist. Wenn dieser Grad sehr niedrig ist, herrscht oft Substitutionismus jeglicher Art vor (parlamentarisch, caudillistisch, terroristisch, propagandistisch usw.).

Und Ernest Mandel zieht noch einmal die Schlussfolgerung, dass die Hauptaufgabe der Revolutionär*innen darin besteht, alles Mögliche zu tun, um die selbstbestimmte Eigenaktivität der Arbeiter*innenklasse und der unterdrückten Massen im Allgemeinen zu ermutigen und zu fördern.

Zu diskutieren

Der theoretische Beitrag von Ernest Mandel ist zu reichhaltig, als dass ich ihn mit wenigen Zeilen kritisch unter-

ÜBER DAS WERK VON ERNEST MANDEL

Achcar, Gilbert (Hrsg.), *Gerechtigkeit und Solidarität*. Ernest Mandels Beitrag zum Marxismus, Köln: Neuer ISP Verlag, 2003. – 287 S.

ISBN 3-929008-44-0. – 18,00 €.

Mit einer Einleitung von Gilbert Achcar und Beiträgen von Jesús Albarracín / Pedro Montes, Robin Blackburn, Norman Geras, Michel Husson, Francisco Louçã, Michael Löwy, Charles Post, Catherine Samary.

Zuerst auf Französisch: *Le marxisme d'Ernest Mandel*, Paris: Presses Universitaires de France, 1999, (Actuel Marx Confrontation).

Englischsprachige Ausg.: *The Legacy of Ernest Mandel*, London u. New York: Verso, 1999 [recte: 2000].

Kellner, Manuel: *Gegen Kapitalismus und Bürokratie – zur sozialistischen Strategie bei Ernest Mandel*, Köln: Neuer ISP Verlag, 2009, (Wissenschaft & Forschung, Bd. 22). – 464 S. ISBN 978-3-89900-022-1. – 36,00 €.

Überarbeitete Fassung der Dissertation, Philipps-Universität Marburg, 2005.

Stutje, Jan Willem: *Rebell zwischen Traum und Tat*. Ernest Mandel (1923–1995), mit einem Vorwort von Tariq Ali, aus dem Niederländischen übersetzt, von Klaus Mellenthin,

Hamburg: VSA-Verlag, 2009. – 469, [1] S.

ISBN 978-3-89965-316-8. – 39,80 €.

Originalausgabe: *Ernest Mandel. Rebel tussen droom en daad, 1923-1995*, Antwerpen: Uitgeverij Houtekiet; Gent: Amsab-ISG, 2007.

Ausgewählte Bibliographien der Veröffentlichungen von Ernest Mandel

[Jünke, Christoph / Dubois, Wilfried]: „Bibliographie deutschsprachiger Schriften von Ernest Mandel“, in: Gilbert Achcar (Hrsg.), *Gerechtigkeit und Solidarität*. Ernest Mandels Beitrag zum Marxismus, Köln: Neuer ISP Verlag, 2003, S. 271–285.

Lubitz, Wolfgang / Lubitz, Petra: „Ernest Mandel (1923-1995): A Bibliographical Tribute“, in: *Journal of Trotsky Studies*, Glasgow, Nr. 4, 1996, S. 67–124.

Fundgrube für eine vertiefte Beschäftigung mit Ernest Mandels Leben und Werk

https://trotskyana.net/Trotskyists/Ernest_Mandel/ernest_mandel.html.

* Diese Titel können nur direkt beim Verlag bestellt werden.
wd, 2. August 2020

suchen könnte. Ich muss mich darauf beschränken, drei Fragen aufzuwerfen, und lade dazu ein, mein Buch zu lesen. Eine Frage, die dem revolutionären Marxismus am Herzen liegt, ist, ob die Realität der sozialistischen Weltrevolution auch im 21. Jahrhundert noch aktuell ist und ob die Arbeiter*innenklasse nicht ihr Potential verloren hätte, einen solchen revolutionären Prozess anzuführen. Trotzki hatte bereits Zweifel daran geäußert und beispielsweise erklärt, dass, wenn sich die sowjetische Arbeiter*innenklasse als unfähig erweisen sollte, die Macht der Bürokratie zu stürzen, um ihre eigene Klassenmacht wiederherzustellen, das Übergangsprogramm seine Bedeutung verlieren würde und durch ein neues Minimalprogramm zur Verteidigung der elementaren Interessen der versklavten Massen ersetzt werden müsste. Wie sieht es heute aus? Es ist nicht bewiesen, dass der Wiederaufbau einer emanzipatorischen und revolutionären Arbeiter*innenbewegung weiterhin möglich ist. Die neuen Impulse, beginnend mit dem Aufstieg der PT in Brasilien Anfang der 1980er Jahre, sind regelmäßig zerschellt oder in der Anpassung erstickt.

Eine weitere zu diskutierende Frage betrifft Ernest Mandels Marxismus, der ein „offener“ Marxismus gewesen war und sich gleichzeitig bestimmten Orthodoxien („marxistisch“, „leninistisch“, „trotzkistisch“) verpflichtet fühlte, sowie ein starkes Streben nach einer allumfassenden Kohärenz enthielt. Ich deute das als Ausdruck des Bedürfnisses, den Zusammenhalt der eigenen Organisation zu sichern und zu stärken, die sich weder auf ein „sozialistisches Heimatland“ noch auf breite Massen stützen konnte. Mandels Marxismus, seine „Weltanschauung“, basiert übrigens recht stark auf den Popularisierungsschriften von Engels und Plechanow, die die Lehre vom „Marxismus“ mehr oder weniger erfunden haben. Das ist der prometheische Marxismus der klassischen Arbeiter*innenbewegung, verbunden mit einem starken Glauben an den wissenschaftlichen, technologischen und sozialen Fortschritt und an das kreative Potential der Arbeiter*innenklasse, die fähig ist, die schwierigsten Probleme zu lösen.

Ernest Mandel mochte es nicht, wenn man von ihm sagte, er sei oft „zu optimistisch“. Er hatte ein starkes prognostisches Selbstvertrauen gewonnen, indem er wichtige Entwicklungen in den 1960er und 1970er Jahren richtig voraussagte – nicht alle, aber doch einige. Er war immer auf der Suche nach der Entwicklung von Bewegungen mit emanzipatorischem Potenzial überall auf der Welt. Er suchte danach wie nach Trüffeln. Er präsentierte sie als Beute. Manchmal überschätzte er die Potenziale, manchmal unterschätzte er die Schwierigkeiten.

Bereits im Alter von 23 Jahren lobte er Abraham Léon als Vorbild, der seine Genoss*innen drängte, „hinter jedem Grund zur Verzweiflung einen Grund zur Hoffnung zu sehen“. Wie kann man in der Mitternacht des 20. Jahrhunderts ohne eine so bewundernswerte moralische Kraft den revolutionären Kampf gegen Nazismus und Krieg führen und gleichzeitig die humanistische Haltung beibehalten? An dieser Stelle ist es üblich, einen bestimmten Ausspruch von Antonio Gramsci über Optimismus und Pessimismus zu zitieren.

Zur Abwechslung möchte ich mit einem Zitat von Robert Merle schließen, der über seinen männlichen Helden, den Delphinologen Sevilla, sagt: „er war nicht so naiv zu denken, daß eine Sache siegen müsse, weil sie gerecht ist, aber er konnte sich nicht den Luxus leisten, pessimistisch zu sein“.⁴

■ Aus dem Französischen übersetzt von Wilfried Dubois

Dieser Artikel ist für die Zeitschrift *Inprecor* verfasst und in Nr. 676, Juli 2020, veröffentlicht worden.

1 Jan Willem Stutje, *Ernest Mandel. Rebel tussen droom en daad, 1923–1995*, Antwerpen: Houtekiet; Gent: Amsab-ISC, 2007; dt.: *Rebell zwischen Traum und Tat*. Ernest Mandel (1923–1995), aus dem Niederländischen übersetzt von Klaus Mellenthin, Hamburg: VSA-Verlag, 2009.

2 Gilbert Achcar (Hrsg.), *Gerechtigkeit und Solidarität*. Ernest Mandels Beitrag zum Marxismus, Köln: Neuer ISP Verlag, 2003.

Dieser Band ist zuerst 1999 auf Französisch und 2000 auf Englisch erschienen.

Er enthält eine Einleitung von Gilbert Achcar und Beiträge von Jesús Albaracín zusammen mit Pedro Montes, Robin Blackburn, Norman Geras, Michel Husson, Francisco Louçã, Michael Löwy, Charles Post, Catherine Samary.

Die deutsche Ausgabe enthält außerdem eine von Christoph Jünke und Wilfried Dubois erarbeitete „Bibliographie deutschsprachiger Schriften von Ernest Mandel“.

3 Manuel Kellner, *Gegen Kapitalismus und Bürokratie – zur sozialistischen Strategie bei Ernest Mandel*, Köln: Neuer ISP Verlag, 2009 (überarbeitete Fassung der Dissertation, Philipps-Universität Marburg, 2005).

4 Robert Merle, *Un animal doué de raison*, Paris: Gallimard, 1967, S. 371; dt.: *Ein vernunftbegabtes Tier*. Roman, aus dem Französischen übersetzt von Eduard Zak, Berlin: Aufbau Verlag, 2011, (aufbau taschenbuch, Bd. 2792), S. 393; 1. dt. Ausg.: Berlin u. Weimar: Aufbau, 1969; westdt. Ausg.: *Der Tag der Delphine*, Karlsruhe: Stahlberg, 1969.

DIE AKTUALITÄT DER WIRTSCHAFTSTHEORIE VON ERNEST MANDEL

Fünfundzwanzig Jahre nach dem Tod von Ernest Mandel ist der folgende Artikel nicht als Würdigung gedacht. So wie auch Mandel den Marxismus stets als etwas Lebendiges begriffen hat, soll vielmehr die Aktualität seiner ökonomischen Schriften dargestellt und die darin aufgeworfenen – alten wie neuen – Fragen skizziert werden.

■ Michel Husson

Mandel hat eine Schlüsselrolle bei der Verbreitung eines von seinen stalinistischen Überresten befreiten Marxismus gespielt, wobei er stets bemüht war, die ökonomischen Analysen mit der politischen Praxis zu verbinden. Im Jahr 1962 erschien sein erster bedeutender Beitrag *Marxistische Wirtschaftstheorie*¹. Dieses Werk wurde international weit verbreitet und trug zur Erneuerung eines lebendigen Marxismus bei, der frei von Dogmatismus und bestrebt war, die neueren Entwicklungen zu integrieren. Ein gutes Beispiel hierfür liefert das Kapitel XI über die periodischen Krisen: Mandel liefert darin bereits eine Synthese zwischen den Theorien, die auf der Unterkonsumption bzw. der Dysproportionalität beruhen, und bezieht sich dabei auf die Beiträge von Ökonomen wie Harrod, Kuznets, Samuelson, Goodwin, Kalecki und Joan Robinson. Er findet, dass sie zwar „massiv vereinfachen“, aber „dennoch wichtiges Material liefern“.

1963 hielt Mandel eine Reihe von Vorträgen auf einem Schulungswochenende, das von dem Pariser Verband des Parti socialiste unifié (PSU, Vereinigte Sozialistische Partei) organisiert wurde. Aus diesen Konferenzen ging dann die Broschüre *Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie*² hervor, die mehrmals neu aufgelegt wurde. Auch wenn er natürlich aktualisiert werden müsste, ist dies ein bemerkenswerter und sehr pädagogischer Text, der zeigt, wie sehr Mandel ständig bemüht war, Brücken zwischen der anspruchsvollsten Theorie und der Schulung der Basis zu schlagen.

1967 veröffentlichte Mandel die *Entstehung und Entwicklung der ökonomischen Lehre von Karl Marx*³. Hauptanliegen dieses Buches war, eines der grundlegenden Werke von Marx – die *Grundrisse* – bekannt zu machen, noch bevor die erste französische Übersetzung von Roger Dangeville vorlag. Lesenswert ist besonders das Kapitel

über die „Dialektik von Arbeitszeit und Freizeit“, das eine perfekte Einführung in das Thema der Arbeitszeitverkürzung darstellt.

Es war bekannt, dass es Mandel um die Verbreitung der Wirtschaftstheorie von Marx ging, aber stets mit dem Ziel einer nicht-dogmatischen Sichtweise. Insofern war es kein Zufall, dass er gebeten wurde, ein Vorwort zur englischen Ausgabe des *Kapital* (Penguin) zu verfassen, was zeigt, wie berühmt Mandel in der angelsächsischen Welt war⁴. Leider sind diese Einführungen zu den drei Bänden des *Kapital* nicht auf Französisch erhältlich, obwohl sie ins Spanische übersetzt und unter dem Titel *El Capital. Cien Años de Controversias En Torno a la Obra von Karl Marx*⁵ als Buch veröffentlicht worden sind. Sie stellen eine überaus bemerkenswerte Einführung in das Hauptwerk von Marx dar. [Auf Deutsch wurden sie 1991 unter dem Titel *Kontroversen um „Das Kapital“* veröffentlicht.]

Das Problem der Wert-Preis-Transformation

Eine Passage befasst sich mit dem Problem der Umwandlung der Werte in Preise. Diese theoretische Frage ist insofern wichtig, als sie Anlass zu einer Kritik an der Marx'schen Werttheorie war. Demnach bestünde ein unüberwindbarer Widerspruch zwischen *Kapital* Band I (die Werte sind proportional zum Arbeitsaufwand) und Band III (die Preise sind proportional zum vorgeschossenen Kapital).

Mandel kontert diese Kritik an Marx, indem er deren grundlegenden Annahmen, wonach die Produktionspreise der Inputs (was in die Produktion eingeht) mit den Preisen der Outputs (was produziert wird) identisch sind: „Zulieferungen (inputs), Käufe in laufende Produktionszyklen sind *Daten*, die am Beginn dieses Zyklus bereits gegeben sind, und sie haben während dieses Zyklus *keinen* Rückkoppelungseffekt auf den Ausgleich der Profitrate in den verschiedenen Produktionszweigen. Es genügt zu unterstellen, dass sie ebenfalls in Produktionspreisen und nicht in Werten berechnet sind, aber dass diese Produktionspreise sich aus der Ausgleichung der Profitrate während des vorangegangenen Produktionszyklus ergeben, um Ungereimtheiten verschwinden zu lassen.“ (...) „Die Produktionspreise der Rohstoffe sind, wie die aller in der Produktion verwendeten Inputs (...) das Ergebnis des Ausgleichs der Profitraten, der während des vorangegangenen Zeitraums stattgefunden hat“.⁶ Mit nur wenigen Worten wurde damit die Lösung geliefert. Aber seltsamerweise verfolgte Mandel seine Position nicht: In dem Sammelband *Ricardo, Marx, Sraffa*⁷ behandelte er das Transforma-

tionsproblem nur unter dem Gesichtspunkt der Rolle von Gold und Geld.

Die Entwicklung des Kapitalismus

Die Leistungen des Nachkriegskapitalismus (niedrige Arbeitslosigkeit, Kaufkraftzuwachs) standen im Widerspruch zu den von den stalinistischen Ökonomen vertretenen Thesen über den unvermeidlichen Zusammenbruch oder die Verarmung des Proletariats. Um diese neue Konfiguration zu analysieren, sprach Mandel vom Neokapitalismus (ein Begriff, den er später wieder ablehnte), entwickelte aber den Begriff der Langen Wellen von da an weiter.

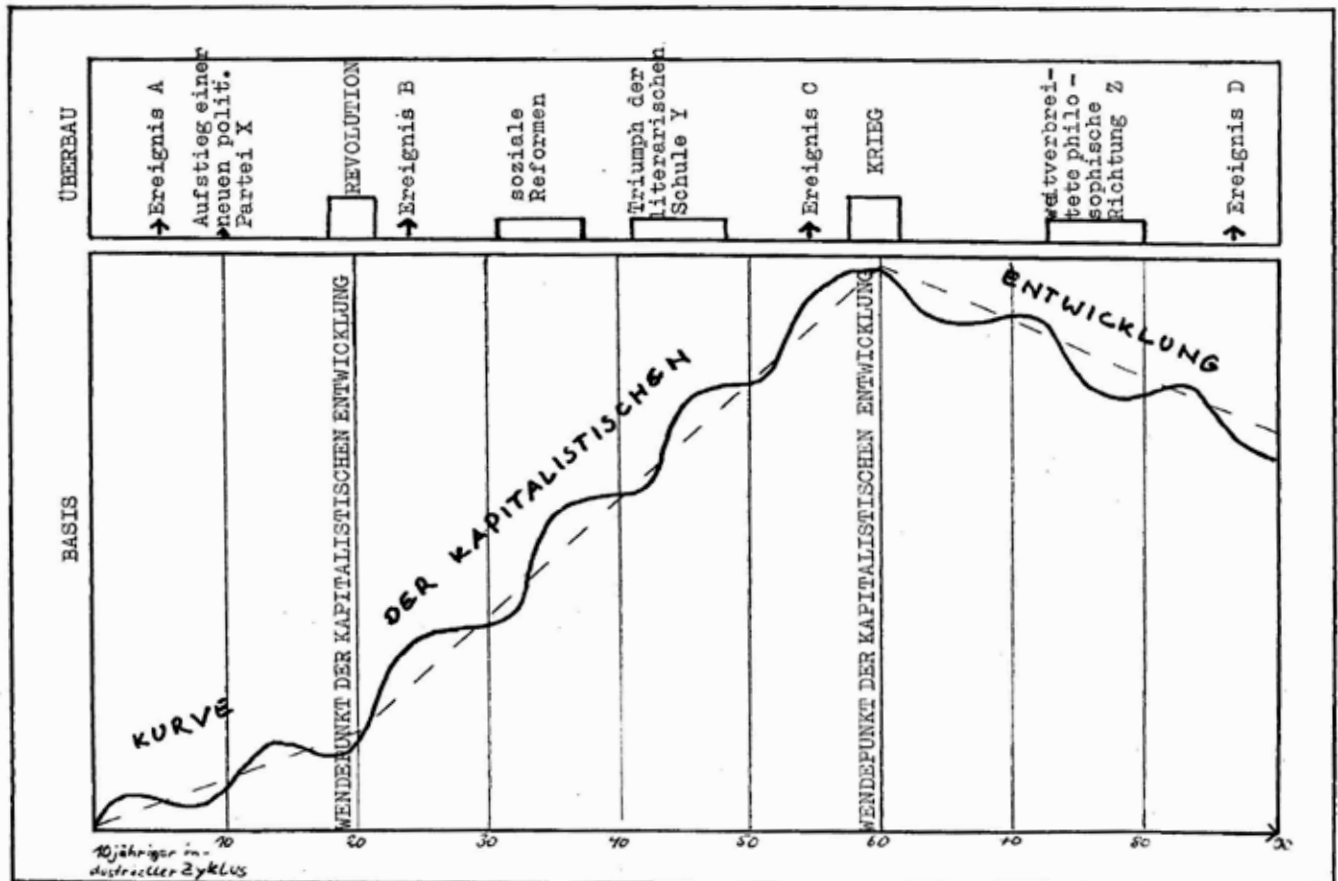
Bereits 1963 – in seiner bereits erwähnten *Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie* – bezog sich Mandel auf Kondratieff und verwies darauf, dass „die langfristige Welle, die mit dem Zweiten Weltkrieg begann und in der wir uns immer noch befinden – sagen wir die Welle von 1940–1965 oder 1940–1970 – im Gegenteil durch Expansion gekennzeichnet war“. Dies ermöglicht „eine tendenzielle Erhöhung des Lebensstandards der Arbeitnehmer“. Er leistete damit also eine weitsichtige Vorwegnahme der kommenden Wende, die in einem bemerkenswerten, 1964 in der Zeitschrift *Les Temps modernes* erschienenen Artikel mit dem Titel *L'apogée du néo-capitalisme et ses lendemains* (Die Blüte des Neokapitalismus und ihre Folgen)⁸ verdeutlicht wird, in dem Mandel das kommende Ende der Nachkriegsexpansion vorhersagte, die damals noch nicht als „Wirtschaftswunderjahre“ bezeichnet wurde.

Mit der Theorie der langen Wellen geht Mandel auf die Ausarbeitungen vom Anfang des 20. Jahrhunderts zurück, insbesondere auf Parvus und Trotzki. Wir geben hier die Originalkurve in Trotzki's Artikel von 1923⁹ wieder. Er skizziert bereits den Kerngedanken der Theorie der langen Wellen, nämlich dass der Kapitalismus historische Perioden durchläuft: „20 Jahre einer sehr geradlinigen Entwicklung des Kapitalismus (Teil A-B); 40 Jahre eines energischen Aufschwungs (Teil B-C); 30 Jahre anhaltender Krisen und des Niedergangs (Teil C-D)“. Trotzki stellte klar, dass dies keine Zyklen sind, wie Kondratieff fälschlicherweise dachte, denn „ihr Charakter und ihre Länge werden nicht durch die inneren Wechselwirkungen der Kräfte des Kapitalismus bestimmt, sondern durch jene externen Faktoren, die die Bahn bilden, in der die Entwicklung des Kapitalismus verläuft“. (Siehe Grafik)

Die Profitrate

Mandel hat sich immer auf die klassische Formulierung des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate bezogen.

THEORIE DER LANGEN WELLEN



Ein Beispiel hierfür ist seine Darlegung in dem Text *Partially independent variables and internal logic in classical Marxist economic analysis* (Partiell unabhängige Variablen und innere Logik in der klassischen marxistischen Analyse): „Die Zunahme der organischen Zusammensetzung des Kapitals führt tendenziell zu einem Fall der durchschnittlichen Profitrate (...) Langfristig jedoch kann die Mehrwertrate nicht proportional zum Ansteigen der organischen Zusammensetzung des Kapitals wachsen, und die Mehrzahl der Gegenteilstendenzen tendieren zumindest periodisch (und ebenso langfristig) dazu, sich abzuschwächen“.¹⁰

Diese klassische Formulierung ist jedoch fragwürdig, da die unbestreitbare Zunahme der physischen oder technischen Zusammensetzung des Kapitals (die Anzahl der „Maschinen“ pro Arbeiter*in) nicht unbedingt zu einer Zunahme der organischen Zusammensetzung (wertmäßig) führt, da diese Transformation von der Entwicklung der Arbeitsproduktivität abhängt. Das ändert aber nichts daran, dass der Verlauf der langen Wellen mit der Pro-

fitrate zu tun hat. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die expansive Phase automatisch beginnt, sobald die Profitrate eine bestimmte Schwelle überschreitet. Dies ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung. Die Art und Weise, wie die Profitrate wieder hergestellt wird, muss zugleich eine adäquate Antwort auf andere Fragen liefern, besonders was die Realisierung des Produkts angeht.

Die Profitrate ist jedoch, wie Mandel betonte, ein guter synthetischer Indikator für die doppelte Zeitlichkeit (historische Dynamik) des Kapitalismus. Die Schaffung eines kohärenten Produktionssystems bedeutet, sie auf einem hohen und nahezu „garantierten“ Niveau zu halten. Nach einer gewissen Zeit verschlechtert sich diese Situation durch das Zusammenwirken der Grundwidersprüche des Systems, und die entstehende Krise ist immer und überall durch einen deutlichen Rückgang der Profitrate gekennzeichnet. Dies spiegelt eher eine doppelte Unfähigkeit des Kapitalismus wider, den Grad der Ausbeutung der Arbeiter zu reproduzieren und die Realisierung der

Waren sicherzustellen, als eine Tendenz zur Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals. In dieser Hinsicht erscheint es uns sinnvoll, das Gesetz der tendenziell sinkenden Profitrate neu zu formulieren: Letztere sinkt nicht kontinuierlich, sondern die Mechanismen, die sie nach unten drücken, setzen sich am Ende immer gegen das durch, was Marx Gegentendenzen nannte. Die Umkehrung ist endogen, und die Forderung nach einer Neugestaltung des Produktionssystems taucht daher periodisch wieder auf.

Jedenfalls hat Mandel dieses Gesetz nie zum A und O der Erklärung von Krisen gemacht. In dem Kapitel seines Werkes *La Crise : 1974–1982* (Die Krise: 1974–1982)¹¹, das dieser Frage gewidmet ist, führte Mandel die von verschiedenen marxistischen Schulen angeführten Ursachen auf: „Die Überakkumulation des Kapitals? Zweifellos (...) Die Unterkonsumption der Massen? Zweifellos (...) Die Anarchie der Produktion und die Disproportionalität zwischen den verschiedenen Branchen? Ohne Zweifel (...) Der Rückgang der Profitrate? Ohne jeden Zweifel.“ Bezüglich dieses letzten Ansatzes präzisiert er: „aber nicht im mechanistischen Sinne des Begriffs, der eine lineare Kausalkette unterstellt“. Mandel verwahrte sich daher strikt gegen jede monokausale Erklärung der Krise und insbesondere den Fall der Profitrate, der für einige Marxisten eine Garantie für die Orthodoxie ist.

In welcher langen Welle befinden wir uns?

Logischerweise stellt sich die Frage, wo wir uns momentan befinden. Die Antwort darauf lautet, dass wir noch immer in einer rezessiven langen Welle feststecken, die mit der verallgemeinerten Rezession 1974/75 begonnen hat und mit der von 1981/82 zusammengefallen ist. Es bedarf jedoch mehrerer Präzisierungen.

Zunächst einmal, dass Mandels Theorie nie davon ausgegangen ist, dass jede lange Welle zwischen 25 und 30 Jahre dauern müsse. Dies traf zwar in der Vergangenheit näherungsweise zu, aber daraus folgt nicht, dass es auch regelmäßig so sein muss, weil lange Wellen eben keine Zyklen sind. Diese falsche Gleichsetzung, die man beispielsweise bei Robert Boyer, einem führenden Vertreter der Regulationstheorie, findet, muss strikt zurückgewiesen werden: „Man sollte sich nicht mit der ziemlich mechanischen Interpretation zufrieden geben, die von N.D. Kondratieff entwickelt und kürzlich von E. Mandel wieder aufgegriffen wurde und die die Geschichte des Kapitalismus als eine Abfolge von starken und schwachen Akkumulationswellen von der Dauer von etwa einem Vierteljahrhundert darstel-

len. (...) Kein teleologisches Prinzip kann die mechanische Abfolge von auf- und niedergehenden Phasen garantieren, noch den automatischen Übergang von einem vorwiegend extensiven zu einem hauptsächlich intensiven Akkumulationsregime.“¹²

Es handelt sich dabei um einen groben Wahrnehmungsfehler, vergleichbar mit dem, was Mandel 1980 in seinem Buch über die langen Wellen geschrieben hat: „Mit anderen Worten, das Auftreten einer neuen expansiven Welle kann nicht als eine endogene (d. h. eine mehr oder weniger spontane, mechanische, autonome) Folge der vorangegangenen rückläufigen langen Welle, unabhängig von Länge und Bedrohlichkeit der letzteren, angesehen werden. Nicht die Bewegungsgesetze des Kapitalismus, sondern die Folgen des Klassenkampfes eines ganzen geschichtlichen Zeitraums bestimmen den Wendepunkt. Wir gehen hier von einer Dialektik der objektiven und subjektiven Faktoren der historischen Entwicklung aus, wobei die subjektiven Faktoren von relativer Autonomie gekennzeichnet sind, das heißt, sie sind nicht direkt und unabwendbar von dem vorherbestimmt, was früher in Bezug auf die Entwicklungsgesetze der Kapitalakkumulation, des technologischen Wandels oder die Bedeutung dieser im Prozess der Arbeitsorganisation selbst gesagt wurde.“¹³

In der Zusammenfassung: „die langen Wellen sind mehr als ein bloßes Auf und Ab der Wachstumsraten der kapitalistischen Volkswirtschaften. Sie sind vielmehr im vollen Sinn des Wortes spezifische historische Perioden.“

Unter diesem Aspekt muss die Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus seit dem Umschwung der 80er Jahre analysiert werden. Zwar konnte die Profitrate wieder hergestellt werden – zumindest bis zur Krise von 2008 – aber das reicht nicht aus. Denn man würde diese Theorie komplett missverstehen, wenn man daraus ableitet, dass bloß eine bestimmte Schwelle der Profitabilität erreicht werden muss, um eine neue expansive Phase zu erzeugen. Wirklich neu ist, dass diese Wiederherstellung der Profitrate nicht von einer Zunahme der Akkumulation, des Wachstums oder der Produktivitätszuwächse begleitet wird. Dieser letzte Punkt ist unseres Erachtens ausschlaggebend: Die Verlangsamung oder gar die Erschöpfung der Produktivitätszuwächse zeigen am deutlichsten an, dass der Kapitalismus an Dynamik verloren hat.

Diese Produktivitätszuwächse wurden durch die Einführung wichtiger technologischer Neuerungen ermöglicht. In der Theorie der langen Wellen gibt es eine organische Verbindung zwischen der Abfolge langer Wellen und der von wissenschaftlichen und technischen

Revolutionen, aber dieser Zusammenhang lässt sich nicht darauf reduzieren, so wie Schumpeter den technologischen Fortschritt an sich als Schlüssel zur Eröffnung einer neuen langen Welle zu begreifen. Unter diesem Gesichtspunkt stellen die mit den neuen Technologien verbundenen Veränderungen zweifellos ein neues „techno-ökonomisches Paradigma“ dar, aber das reicht nicht aus, um eine neue expansive Phase zu begründen. Die gesamte Debatte über die „säkulare Stagnation“ gründet auf der Erkenntnis, dass die umfangreichen Neuerungen in allen Bereichen keine Produktivitätsgewinne nach sich ziehen.

Die Automatisierung

Manche gehen davon aus, dass neue Technologien das Potenzial für Produktivitätssteigerungen haben, was auch einen starken Beschäftigungsabbau mit sich bringen würde. Unterstellt man, dass diese Prognose zutrifft, müsste man das mit diesen Transformationen verbundene Sozialmodell hinterfragen. Dazu ist es hilfreich, einen zentralen Text von Mandel aus dem Jahr 1986 heranzuziehen: *Marx, la crise actuelle et l'avenir du travail humain* (Marx, die gegenwärtige Krise und die Zukunft der menschlichen Arbeit).¹⁴ Er entwirft ein sehr pessimistisches – aber durchaus weitsichtiges – Bild der Auswirkungen der kapitalistischen Automatisierung, indem er die Perspektive einer „zweigeteilten Gesellschaft, die das gegenwärtige Proletariat in zwei antagonistische Gruppen spalten würde“ beschwört: diejenigen, die weiterhin am Prozess der Mehrwerterzeugung, d. h. am kapitalistischen Produktionsprozess teilnehmen (bei tendenziell sinkenden Löhnen); und diejenigen, die von diesem Prozess ausgeschlossen sind und die mit allen Mitteln überleben, außer durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Kapitalist*innen oder den bürgerlichen Staat: durch Sozialhilfe oder zunehmende Scheinselbständigkeit, als Kleinbauern oder Handwerker, durch die Rückkehr an den „heimischen Herd“, als Unterhaltungskünstler*innen etc., und die kapitalistische Waren kaufen, ohne sie zu produzieren. Vorübergehende Formen der Ausgrenzung aus dem „normalen“ Produktionsprozess finden sich in der prekären Beschäftigung, der Teilzeitarbeit, der Schwarzarbeit, von der besonders Frauen, Jugendliche, Immigrant*innen etc. betroffen sind.“

Corona-Virus

Dieser Anachronismus ist bewusst gewählt: Er soll unterstreichen, dass das Interesse an den wirtschaftlichen Arbeiten Mandels nicht nur in den Analysen liegt, die sie liefern, sondern auch in den methodologischen Werkzeugen,

die sie uns zur Verfügung stellen. Deshalb ist ihre Lektüre oder erneute Lektüre auch ein Vierteljahrhundert nach Mandels Tod noch von Wert.

Die Theorie der langen Wellen basiert weitgehend auf der Unterscheidung zwischen endogenen Faktoren (die sich auf das „normale“ Funktionieren des Systems und seine inneren Widersprüche beziehen) und exogenen Faktoren (die in gewisser Weise außerhalb des Systems liegen). Mandel widmete dieser Unterscheidung einen großen Teil seiner Darlegungen, und wir beziehen uns hier auf den Text von Francisco Louçã, *Ernest Mandel und der Pulsschlag der Geschichte*¹⁵. Aber diese Diskussion ist nach wie vor aktuell: Soll die Coronavirus-Krise als exogene Krise betrachtet werden oder nicht?

In einem kürzlich erschienenen Artikel¹⁶ bejaht Philippe Légé diese Frage.

All die exogenen Schocks, die der Kapitalismus erlebt hat, geben ihm jedoch nicht die Möglichkeit, in eine neue expansive Phase über zu gehen. Sicherlich wird der Kapitalismus reagieren müssen, um zum business as usual zurückzukehren. Dabei geht es ihm natürlich um die Wiederherstellung der Profitrate, da dies seine einzige Richtschnur ist. Einfrieren oder Kürzung der Löhne und Sozialausgaben, beschleunigte Automatisierung, Abbau von Arbeitskräften: Es ist bereits unübersehbar, in welche Richtung der Marsch geht. Aber diese Maßnahmen, die quasi Eigenreflexe des Kapitalismus sind, werden in keiner Weise die Widersprüche verringern, die bereits vor Ausbruch der Krise virulent waren.

Auch hier können wir getrost auf Mandel zurückgreifen: Damit eine expansive Welle entsteht, reicht es nicht aus, dass sich die Profitrate erholt oder technologische Neuerungen entstehen. Es muss ein Produktionssystem geschaffen werden, das die Bedingungen für dessen Reproduktion gewährleistet. Diese Bedingungen sind jedoch aus einem unseres Erachtens wesentlichen Grund nicht gegeben, weil nämlich die Produktivität nicht mehr wächst. Ohne seine Dynamik und damit gewissermaßen seine Legitimität zurückzugewinnen, ist der Kapitalismus zu einer instabilen und zutiefst unsozialen Reproduktion verurteilt. Das galt bereits vor der Gesundheitskrise, und es gilt erst recht danach.

Michel Husson ist Wirtschaftswissenschaftler und Mitglied des Beirats von Attac

■ Übersetzung aus *inprecor* Juli 2020: MiWe

- 1 Ernest Mandel, *Marxistische Wirtschaftstheorie*, Neuauflage 2007, Neuer ISP-Verlag
- 2 Ernest Mandel, *Einführung in die Marxistische Wirtschaftstheorie*, 1967, Verlag Neue Kritik
- 3 Ernest Mandel, *Entstehung und Entwicklung der ökonomischen Lehre von Karl Marx*, EVA 1968
- 4 <http://digamo.free.fr/mandelik.pdf>
- 5 Ernest Mandel, *El Capital – Cien Años de Controversias En Torno a la Obra de Karl Marx*, Siglo veintiuno editores, Mexico 1985 : <http://www.proglocode.unam.mx/sites/proglocode.unam.mx/files/docencia/Mandel - El capital 100 años de controversia en torno a la obra de Karl Marx.pdf>
- 6 Ernest Mandel, *Kontroversen um „Das Kapital“*, Dietz-Verlag 1991
- 7 Ernest Mandel, *Gold, money, and the Transformation Problem*, in E. Mandel/Alan Freeman (Hrsg.), *Ricardo, Marx, Sraffa*, London, 1984
- 8 Ernest Mandel, *L'apogée du néo-capitalisme et ses lendemains*, in *Les Temps Modernes* n° 219-220, 1964, auf Deutsch unter dem Titel *Die Wirtschaftstheorie des Neokapitalismus in Die langen Wellen der Konjunktur*, Olle&Wolter, 1972
- 9 Leo Trotzki, *Die Kurve der kapitalistischen Entwicklung in Die langen Wellen der Konjunktur*, Olle&Wolter, 1972
- 10 Ernest Mandel, *Partially independent variables and internal logic in classical Marxist economic analysis*, *Social Science Information* 24, 3, 1985 ; abgedruckt in Ulf Himmelstrand (Hrg.), *Interfaces in Economic & Social Analysis*, Routledge, 1992.
- 11 Ernest Mandel, *La Crise : 1974-1982 les faits, leur interprétation marxiste*, Flammarion, Paris 1982.
- 12 Robert Boyer, *La crise actuelle : une mise en perspective historique*, in *Critiques de l'économie politique*, nouvelle série n°7-8, 1979
- 13 Ernest Mandel, *Die langen Wellen im Kapitalismus*, ISP, 1983
- 14 Ernest Mandel, *Marx, la crise actuelle et l'avenir du travail humain*, *Quatrième Internationale* n° 20, Mai 1986
- 15 Francisco Louçã, *Ernest Mandel und der Pulsschlag der Geschichte*, in G. Achcar (Hg.), *Gerechtigkeit und Solidarität*, ISP, 2003
- 16 Philippe Lègé, *Une crise mixte aux conséquences décisives*, Juni 2020

Ernest Mandel bei ISP



Ernest Mandel **Marxistische Wirtschaftstheorie**

Schriften 1

818 Seiten, Hardcover, 49,80 Euro
2007, ISBN 978-3-89 900-115-0

Ernest Mandel
Macht und Geld
Eine marxistische Theorie der Bürokratie
318 Seiten, Hardcover, 21,50 Euro
2000, ISBN 978-3-929 008-73-9

Ernest Mandel
Karl Marx – Die Aktualität seines Werkes
191 Seiten, 17,80 Euro
2018, ISBN 978-3-89 900-152-5

Ernest Mandel
Einführung in den Marxismus
isp-pocket 4
239 Seiten, 12,00 Euro
8. Auflage 2008, ISBN 978-3-89 900-004-7

Ernest Mandel
Die langen Wellen im Kapitalismus
Eine marxistische Erklärung
130 Seiten, 8,50 Euro
2. Auflage 1987, nur direkt ab Verlag lieferbar

Ernest Mandel
Oktober 1917
Staatsstreich oder soziale Revolution?
Zur Verteidigung der Oktoberrevolution
167 Seiten, 12,50 Euro
1992, ISBN 978-3-929 008-36-4

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

ERNEST MANDEL UND DER ÖKOSOZIALISMUS

„Ein von allen materiellen und wirtschaftlichen Sorgen freier Mensch wird geboren“ – Reicht das, um Ernest Mandel auf dem Weg dorthin als einen Vertreter des verheerenden Produktivismus abzustempeln?

■ Michael Löwy

Die Beschäftigung mit der Umwelt taucht in Mandels Schriften erst ab den 1970er Jahren nachdrücklicher auf. In dem *Traité d'économie marxiste* (1962; dt. 1968) beispielsweise ist davon praktisch nichts zu merken. Allerdings ist in diesem Antritts-Werk bereits die Vorstellung von einem „Ende des Wachstums“ zu finden:

Wenn die Gesellschaft über einen Park automatischer Maschinen verfügt, der genügend groß ist, um ihren gesamten laufenden Bedarf zu decken (...), dann ist es wahrscheinlich, daß das ‚wirtschaftliche Wachstum‘ verlangsamt oder vorübergehend sogar aufgehalten wird. (...) Ein von allen materiellen und wirtschaftlichen Sorgen freier Mensch wird geboren.¹

Ernest Mandels ökologische Vorstellungen

Ab 1971/72, nach dem Auftreten der ersten ökologischen Bewegungen und infolge der Pionierwerke von Elmar Altvater, Harry Rothman und Barry Commoner begann er, die ökologische Dimension in seine Reflexionen zu integrieren. So ist im *Spätkapitalismus* (1972) die Rede von der „zunehmende(n) Umweltgefährdung durch die zeitgenössische Technik“ und von „kapitalistisch strukturierter Naturwissenschaft und Technik, die das Überleben der Menschheit bedrohen“.² Doch ist das in diesem Werk keine zentrale Problemstellung; es sind einige Erwähnungen hier und da, ohne dass das Thema systematisch behandelt würde. Es scheint also so zu sein, dass der Bericht des „Club of Rome“, der von Dennis L. und Donella H. Meadows

verfasst und von Sicco Mansholt³ unterstützt wurde, bei Mandel den Beginn einer nachhaltigeren Reflexion über das Thema Umwelt ausgelöst hat: Um diesen Bericht geht es in seinem Artikel „Die Dialektik des Wachstums“ vom November 1972, der später unter dem Titel „Marx, Engels und die Ökologie“ auf Deutsch veröffentlicht wurde. Bedenkt man, was er in der *Marxistischen Wirtschaftstheorie* über einen Stopp des Wachstums geschrieben hat, ist es eigenartig, dass seine Reaktion auf den Meadows-Bericht dermaßen negativ war; das ging so weit, dass er die Verfasser*innen zu „Doktrinären des Kapitalismus“ rechnete, die bereit sind, „alles zu opfern, sogar den heute noch als unantastbar geltenden Lebensstandard“, „wenn nur das Privateigentum und der Profit gerettet werden“. Immerhin erkennt er ihnen das Verdienst dafür an, dass sie die Existenz von „begrenzten natürlichen Ressourcen“ in Erinnerung gerufen haben, die es unmöglich machen, dass die Lebensweise der „Mittelklassen“ in den Vereinigten Staaten für den ganzen Planeten verallgemeinert wird.⁴

Nachdem er daran erinnert hat, dass Wirtschaftswachstum und Entwicklung der Produktivkräfte für Marx kein Selbstzweck, sondern einfach ein Mittel für die menschliche Emanzipation waren, zitiert Mandel eine wichtige Stelle aus der *Deutschen Ideologie* (1846)⁵, in der es um die Transformation der Produktionskräfte in Destruktionskräfte im Kapitalismus geht.⁶ Dieses zerstörerische Potential der kapitalistischen Produktivkräfte ist Resultat der

Logik der auf der Suche nach Profit gegründeten Marktwirtschaft: „Wenn man sich eher für bestimmte technische Möglichkeiten als für andere entschieden hat, ohne die Wirkungen in Bezug auf das ökologische Gleichgewicht zu berücksichtigen, so geschieht das aufgrund von privaten Rentabilitätsberechnungen gewisser (...) Firmen“. In manchen Passagen scheint Mandel an eine Neutralität der modernen Technik zu glauben: Es stimme „einfach nicht, daß die moderne Industrietechnik unvermeidlich dahin tendiert, das ökologische Gleichgewicht zu zerstören.“⁷ Doch im Folgenden erkennt er an, dass die gegenwärtige Technik, die real existierende moderne industrielle Technik – beispielsweise die von Chemietrusts wie Monsanto durchgedrückte – gefährlich und schädlich ist. Er weist allerdings nachdrücklich darauf hin, dass diese Ausrichtung der Technik nicht die einzig mögliche ist: In einer sozialistischen Perspektive sollte „die Entwicklung einer anderen Technologie“ den Vorrang erhalten, „die ganz und gar auf die harmonische Entfaltung des Individuums und die Erhaltung der natürlichen Ressourcen – und nicht auf die Maximierung der privaten Profite – abzielt.“⁸

Die Lösung liegt also nicht darin, Mangel, Askese, eine drastische Herabsetzung des Lebensstandards durchzusetzen, wie die Experten des Massachusetts Institute of Technology (MIT) in ihrem Bericht an den Club of Rome vorschlugen, sondern vielmehr darin, Wachstum zu planen und es an eine „Reihe von deutlich festgelegten Prioritäten, die absolut nicht den Zwängen des Privatprofits unterworfen sind“ zu binden.⁹ Die Option des Nullwachstums ist vor allem für die unterentwickelten Länder nicht akzeptabel. Die sozialistische Alternative, die Mandel vorschlägt, besteht in der radikalen Transformation der ökonomischen und sozialen Strukturen, sodass die Bedingungen für eine Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts geschaffen werden. In einer sozialistischen Gesellschaft wird die oberste Priorität auf die Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse für alle Menschen und auf die Erforschung neuer Techniken gelegt werden, die die knapp gewordenen Reserven an natürlichen Ressourcen wieder herstellen können. Lebensqualität, Freizeit, Reichtum der gesellschaftlichen Beziehungen werden viel wichtiger werden als „das Wachsen des Bruttosozialprodukts“.¹⁰

Seither wird diese Problematik in Ernest Mandels Schriften sehr präsent sein; so gibt es beispielsweise in dem Manifest der Vierten Internationale *Sozialismus oder Barbarei an der Schwelle zum 21. Jahrhundert* (1993) einen Abschnitt, der dem Verhältnis zwischen Sozialismus und

Ökologie gewidmet ist. Der Verfasser erkennt an, welche Schwächen die Arbeiterbewegung auf diesem Gebiet hat, dass die postkapitalistischen bürokratischen Gesellschaften himmelschreiend gescheitert sind und dass die revolutionären Marxist*innen den Ökologie-Theoretiker*innen und -Aktivist*innen viel zu verdanken haben. Doch hält er Kurs auf die sozialistische Alternative:

„Zu wirksamem Kampf gegen Umweltverschmutzung, systematischem Naturschutz, stetigem Forschen nach erneuerbaren Energiequellen, strikter Einschränkung der Verwendung nicht erneuerbarer Ressourcen gehört darum, die Entscheidungen über Investitionen und Wahl der Produktionstechniken den privaten Unternehmen zu nehmen und einer sozialen Gemeinschaft zu übertragen, die demokratisch darüber entscheidet.“¹¹

Das beharrliche Betonen der „seltenen Naturressourcen“, das es bereits in dem Artikel von 1972 gibt, ist eindeutig eine Schranke: Was im Zusammenhang mit Ökologie auf dem Spiel steht, reicht weit über diesen ökonomischen Aspekt hinaus.

„Aneignung“ oder Subversion des produktiven Apparats?

Ernest Mandels sozialistische Option scheint mir immer noch aktuell zu sein, allerdings denke ich, es ist notwendig, ein paar Schritte weiter zu gehen – sowohl in Bezug auf die Kritik des Marx'schen Erbes als auch auf die Radikalität des Bruchs mit dem bestehenden technisch-produktiven Paradigma. Es gilt, die Errungenschaften der Ökologie in das Zentrum des sozialistischen Ansatzes zu stellen – anders ausgedrückt: eine ökosozialistische Alternative anzustreben.

Ein gewisser klassischer Marxismus geht – Bezugnehmend auf einige Stellen von Marx und Engels – von dem Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen aus und definiert die soziale Revolution als die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die zum Hindernis für die freie Entwicklung der Produktivkräfte geworden seien. Bei dieser Konzeption scheint der Produktionsapparat als „neutral“ und seine Entwicklung als unbegrenzt aufgefasst zu werden. In dieser Sichtweise würde die sozialistische Transformation vor allem in der gesellschaftlichen Aneignung der von der kapitalistischen Zivilisation geschaffenen Produktivkräfte und darin zu bestehen, dass sie in den Dienst der arbeitenden Menschen gestellt werden. Um eine Stelle aus Engels' *Anti-Dühring* zu zitieren, dem Buch, das für ganze Generationen von Sozialist*innen zum Kanon gehörte:

(Im Sozialismus wird) die Gesellschaft offen und ohne Umwege Besitz ergreif(en) von den jeder andern Leitung außer der ihrigen erwachsenen Produktivkräften.¹²

Diese Sichtweise ist von einem ökosozialistischen Gesichtspunkt her zu kritisieren, wobei wir uns von Marx' Bemerkungen zur Pariser Commune leiten lassen sollten: Die Arbeiter*innen können sich nicht des kapitalistischen Staatsapparats bemächtigen und ihn in ihre Dienst stellen. Sie müssen ihn „zerbrechen“ und durch einen anderen, völlig andersgearteten ersetzen, durch eine nicht-staatliche und demokratische Form von politischer Macht.

Das gleiche gilt mutatis mutandis¹³ für den „real existierenden“, d. h. kapitalistischen Produktionsapparat: Von seinem Charakter und seiner Struktur her ist er nicht neutral, sondern steht er im Dienst der Kapitalakkumulation der unbegrenzten Expansion des Markts. Er steht im Widerspruch zu den Erfordernissen des Schutzes der Umwelt und der Gesundheit der Arbeitskraft. Aufgrund seiner Funktionsweise und seiner Logik muss er die Umweltverschmutzung, die Zerstörung der biologischen Diversität, die Beseitigung der Wälder, die katastrophale Veränderung des Klimas verschlimmern. Er muss also „revolutioniert“ werden, seine Struktur muss radikal transformiert werden. Das kann für einige Produktionszweige – z. B. die Atomkraftwerke – bedeuten, dass sie „abgebrochen“ werden müssen. Auf alle Fälle müssen die Produktivkräfte anhand von sozialen und ökologischen Kriterien zutiefst modifiziert werden.

Das bedeutet in erster Linie eine Energierevolution, die Ersetzung nicht erneuerbarer Energien, die für Umweltverschmutzung und Umweltvergiftung verantwortlich sind – Kohle, Öl und Atomkraft – durch „weiche“ und erneuerbare Energien: Wasser, Wind, Sonne.

Aber zusammen mit der Aufhebung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und dem Beginn eines Übergangs zum Sozialismus muss die gesamte Produktions- und Konsumptionsweise, die zum Beispiel auf dem individuellen Auto und anderen Produkten dieser Art basiert, transformiert werden. Es versteht sich von selbst, dass jede Umgestaltung des Produktions- oder des Transportsystems – die schrittweise Ersetzung der Straße durch die Schiene – mit Garantie der Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte erfolgen muss.

Wie wird die Zukunft der Produktivkräfte in diesem Übergang zum Sozialismus aussehen – einem historischen Prozess, der nicht in Monaten oder Jahren zu zählen ist? Zwei Schulen stehen sich innerhalb der, wie man sie nennen könnte, ökologischen Linken gegenüber:

■ Nach der optimistischen Schule kann die Entwicklung der sozialistischen Produktivkräfte mit dem Ziel, „jedem nach seinen Bedürfnissen“, dank des technischen Fortschritts und der sanften Energien unbegrenzt anhalten. Diese Schule berücksichtigt die natürlichen Grenzen des Planeten nicht und reproduziert letzten Endes – unter dem Etikett „nachhaltige Entwicklung“ – das alte sozialistische Modell.

■ Die pessimistische Schule ist, ausgehend von diesen natürlichen Grenzen, der Auffassung, dass das Bevölkerungswachstum und der Lebensstandard der Bevölkerung drastisch begrenzt werden müssen. Der Energieverbrauch müsse um die Hälfte gesenkt werden, und zwar um den Preis, dass auf Einfamilienhäuser, Heizung usw. verzichtet wird. Da diese Maßnahmen höchst unpopulär sind, liebäugelt diese Schule gelegentlich mit dem Traum von einer „aufgeklärten ökologischen Diktatur“.

Mir scheint, dass diese beiden Schulen eine rein quantitative Auffassung von der Entwicklung der Produktivkräfte teilen. Es gibt eine dritte Position, die mir angemessener erscheint – zu der Mandel zu tendieren schien – und deren Haupthypothese die qualitative Veränderung der Entwicklung ist: der monströsen Ressourcenverschwendung durch den Kapitalismus ein Ende zu setzen, die auf der Produktion nutzloser oder schädlicher Produkte in großem Maßstab beruht, die Rüstungsindustrie ist ein offensichtliches Beispiel. Es geht also darum, die Produktion auf die Befriedigung authentischer Bedürfnisse auszurichten, angefangen bei jenen, die Mandel als „biblisch“ bezeichnete: Wasser, Nahrung, Kleidung, Wohnung.

Wie kann zwischen echten Bedürfnissen und künstlichen und unechten Bedürfnissen unterschieden werden? Letztere werden durch ein System der mentalen Manipulation, das als „Werbung“ bezeichnet wird, hervorgerufen. Als unverzichtbarer Bestandteil des Funktionierens des kapitalistischen Marktes sollte Werbung in einer Gesellschaft des Übergangs zum Sozialismus verschwinden und durch Informationen ersetzt werden, die von Verbraucherverbänden geliefert werden. Das Kriterium, um ein echtes Bedürfnis von einem anderen künstlichen Bedürfnis zu unterscheiden, ist sein Fortbestehen nach der Abschaffung der Werbung (Coca-Cola!).

Das individuelle Auto hingegen erfüllt ein reales Bedürfnis, aber in einem ökosozialistischen Projekt, das auf einer Fülle von unentgeltlichen öffentlichen Verkehrsmitteln basiert, wird es eine viel geringere Rolle spielen als in der bürgerlichen Gesellschaft, wo es zu einem kommerzi-

ellen Fetisch, einem Statussymbol und zum Zentrum des sozialen, kulturellen, sportlichen und erotischen Lebens der Individuen geworden ist.

Sicher, werden Pessimist*innen reagieren, aber die Einzelne werden von unendlichen Wünschen und Sehnsüchten getrieben, die kontrolliert und gezügelt werden müssen. Der Ökosozialismus beruht jedoch auf einer Wette, die bereits bei Marx zu finden war und auf die Mandel oft betont hingewiesen hat: auf der Vorherrschaft des „Seins“ über das „Haben“ in einer klassenlosen Gesellschaft, d. h. die persönliche Erfüllung durch kulturelle, spielerische, erotische, sportliche, künstlerische, politische Aktivitäten, und nicht Verlangen nach einer unendlichen Anhäufung von Gütern und Produkten. Letzteres wird durch die bürgerliche Ideologie und die Werbung induziert, und nichts deutet darauf hin, dass solch ein Verlangen mit einer „ewigen menschlichen Natur“ zu tun habe.

Dies bedeutet nicht, dass es keine Konflikte zwischen den Anforderungen des Umweltschutzes und den sozialen Bedürfnissen, zwischen ökologischen Imperativen und den Bedürfnissen der Entwicklung, insbesondere in armen Ländern, geben wird. Es ist Aufgabe der von den Imperativen des Kapitals und des „Marktes“ befreiten sozialistischen Demokratie, diese Widersprüche zu lösen.

Quelle: Inprecor, Nr. 676, Juli 2020.

■ Übersetzung aus dem Französischen und Bearbeitung: Wilfried Dubois

Literatur

Engels, Friedrich: *Anti-Dühring*. M. E. Dühring bouleverse la science, [aus dem Deutschen] übersetzt von Émile Bottigelli, Paris: Éditions Sociales, 1950, (Œuvres complètes de Friedrich Engels). – 541 S.

Engels, Friedrich: „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“)“, in: Karl Marx / Friedrich Engels, *Werke*, Bd. 20, Berlin: Dietz Verlag, 1962, S. 1–303.

Erster Abschnitt verfasst September 1876 bis Januar 1877, zweiter Abschnitt Juni bis August 1877 und ab 3. Januar 1877 unter dem Titel „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Philosophie“ als Artikelserien in *Vorwärts*. Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands, Leipzig, veröffentlicht; dritter Abschnitt verfasst wahrscheinlich August 1877 bis Ende März oder Anfang April 1878 und veröffentlicht Mai bis Juli 1878 im *Vorwärts*; erste Buchausgabe: Leipzig 1878;

2. Ausg.: Hottingen-Zürich 1886; 3. Ausg.: Stuttgart 1894.

Mandel, Ernest: „La dialectique de la croissance. À propos du rapport Mansholt“, in: *Mai*, Bruxelles, Nr. 26, November/Dezember 1972, S. 7–14.

Mandel, Ernest: „Marx, Engels und die Ökologie“ (aus dem Französischen übersetzt von Rudolf Segall), in: ders., *Karl Marx – Die Aktualität seines Werkes*, Frankfurt a. M.: isp-Verlag, 1984, S. 171–190.

Ebenfalls in der 2. Ausg. des Buchs, Köln u. Karlsruhe: Neuer ISP Verlag, 2018.

Mandel, Ernest: *Late Capitalism*, 2. englischsprachige Ausg., [aus dem Deutschen] übersetzt von Joris De Bres, London: NLB, 1976. – 618 S.

Gegenüber der 1. Ausg. (*Der Spätkapitalismus*, 1972) und der ersten englischsprachigen Ausgabe (London: NLB, 1975) erweitert.

Mandel, Ernest: *Marxistische Wirtschaftstheorie*, aus dem Französischen übersetzt von Lothar Boepple, Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 1968. – 805 S.

2. dt. Ausgabe: Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 1972, (edition suhrkamp, Bd. 595, 596).

3. dt. Ausgabe: mit einer Einleitung von Manuel Kellner, Köln: Neuer ISP Verlag, 2007, (Schriften, Bd. 1).

Mandel, Ernest: *Der Spätkapitalismus*. Versuch einer marxistischen Erklärung, Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 1972, (edition suhrkamp, Bd. 521). – 541, [1] S.

Mandel, Ernest: *Traité d'économie marxiste*, 2 Bde., Paris: René Julliard, 1962.

Mandel, Ernest: *Traité d'économie marxiste*, 2. französ.

Ausg., 4 Bde., Paris: Union Générale d'Éditions, 1969, (le monde en 10|18, Bd. 428/429, 430/431, 432/433, 434/435).

Mandel, Ernest: *Le troisième âge du capitalisme*, aus dem Deutschen übersetzt von Bernard Keiser, 3 Bde., Paris: Union Générale d'Éditions, 1976, (10/18, Nr. 1081, 1082, 1083; Série „Rouge“, hrsg. von Alain Brossat u. Jean-François Godchau).

Mandel, Ernest: *Le troisième âge du capitalisme*. Der Spätkapitalismus, 2., durchgesehene u. verbesserte französische Ausg., aus dem Deutschen übersetzt von Bernard Keiser, mit einem Vorwort von Daniel Bensaid, einem Nachwort von Jesús Albarracín u. Pedro Montes sowie einem Beitrag von François Vercammen, Paris: Les Éditions de la Passion, 1997. – 559 S.

Marx, Karl / Engels, Friedrich: „Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner und

des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten“, in: Karl Marx / Friedrich Engels, *Werke*, Bd. 3, Berlin: Dietz Verlag, 1958, S. 9–530.

Geschrieben im Wesentlichen September 1845 bis Sommer 1846; zuerst vollständig veröffentlicht: Berlin 1932.

Socialisme ou barbarie au seuil du XXI^e siècle. Supplément à Inprecor, Paris, Juli 1993, S. 14/15.

Sozialismus Oder? Programmatiches Manifest der Vierten Internationale, o. O. [Köln]: Arbeitsausschuß der Inprekor-Strömung, 1992, (OktoberTexte, [Nr.] 4). – 37 S. (Format DIN A4).

12 F. Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“)“, in: Karl Marx / Friedrich Engels, *Werke*, Bd. 20, Berlin: Dietz Verlag, 1962, S. 260.

13 [Mit den notwendigen Abänderungen.]



1 E. Mandel, *Traite d'économie marxiste*, Bd. IV, Paris 1969, S. 185/186 [1. Ausg.: Bd. II, Paris 1962, S. 368/369]. [In den deutschen Ausgaben: *Marxistische Wirtschaftstheorie*, Frankfurt a. M. 1968, S. 728; Taschenbuchausgabe: Frankfurt a. M. 1972, Bd. 2, S. 864; 3. dt. Ausg.: Köln 2007, S. 728.]

2 E. Mandel, *Le troisième âge du capitalisme*, Paris 1997, S. 459. [Der *Spätkapitalismus*. Versuch einer marxistischen Erklärung, Frankfurt a. M. 1972, S. 514, 515.

Diese Stelle ist in der vom Verfasser überarbeiteten und erweiterten englischen Ausgabe etwas anders formuliert: *Late Capitalism*, 2. engl. Ausg., London 1976, S. 578.]

3 [Der Niederländer Sicco Mansholt (1908–1995) war Mitglied der sozialdemokratischen Partei, Landwirtschaftsminister in sechs niederländischen Regierungen, von 1958 bis 1972 Agrarkommissar und stellvertretender Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft; 1968 hatte er ein Konzept für die „Gemeinsame Agrarpolitik“ der EWG (den Mansholt-Plan) vorgelegt.]

4 E. Mandel, „La dialectique de la croissance. À propos du rapport Mansholt“, in: *Mai*, Bruxelles, Nr. 26, November/Dezember 1972, S. 11.

[„Marx, Engels und die Ökologie“, in: ders., *Karl Marx – Die Aktualität seines Werkes*, 2. Ausg., Köln u. Karlsruhe 2018, S. 182, 183.]

5 K. Marx, u. F. Engels, „Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten“, in: MEW, Bd. 3, S. 69.

6 [„Marx, Engels und die Ökologie“, S. 175.]

7 [„Marx, Engels und die Ökologie“, S. 180.]

8 [„Marx, Engels und die Ökologie“, S. 181.]

9 [„Marx, Engels und die Ökologie“, S. 185.]

10 [„Marx, Engels und die Ökologie“, S. 187.]

11 *Socialisme ou barbarie au seuil du XXI^e siècle. Supplément à Inprecor*, Juli 1993, S. 14/15.

[„An der Schwelle zum 21. Jahrhundert kann nur der Sozialismus das Überleben der Menschheit gewährleisten. Programmatiches Manifest der Vierten Internationale“ [vermutlich Februar 1992], in: *Sozialismus Oder?* Programmatiches Manifest der Vierten Internationale, o. O., 1992, S. 22.]

DEMOKRATISCHE PLANWIRTSCHAFT

Ein Plädoyer für eine demokratische Planwirtschaft, die aufgrund des Versagens der Marktwirtschaft dringender denn je erforderlich und angesichts der fortgeschrittenen Informationstechnologie auch machbar ist. Zugleich liegt darin die Voraussetzung, für eine von der Diktatur des Kapitals befreite Gesellschaft einzutreten, in der die Grundbedürfnisse befriedigt und demokratisch entschieden werden können und gleichzeitig die Umweltkrise angegangen werden kann. Das ist der Inhalt des Interviews, das **Romarc Godin** mit **Cédric Durand** geführt hat.

Diese beispiellose Krise im Zusammenhang mit dem Coronavirus veranschaulicht wohl ganz deutlich die Grenzen der Marktwirtschaft bei der gesellschaftlichen Entwicklung und damit die Notwendigkeit einer Planwirtschaft. Wie bewerten Sie die Situation?

Cédric Durand: Jahrzehntlang wurden in den Zeiten des Neoliberalismus der Marktwirtschaft alle möglichen Tugenden zugeschrieben: Effizienz in der Ressourcenzuteilung, dynamischer Wettbewerb, Produktdifferenzierung der Konsumgüter etc. Die aktuelle Krise hat deutlich gemacht, dass die Marktwirtschaft auch ihre ernsthaften Grenzen hat.

In Notsituationen kann die Wirtschaftstätigkeit nicht durch die Preisgestaltung angemessen koordiniert werden. Durch das Chaos der Märkte können eigentlich überschaubare, aber zwingend gebotene Ziele nicht erreicht werden: die Herstellung von Masken, Desinfektionsmitteln, Screening-Tests und Atemschutzgeräten oder die Verteilung von Medikamentenvorräten. Da besteht ein klarer Bedarf an Zentralisierung. Der allgemeine Ruf nach

Hilfe ergeht an die öffentliche Hand: eine Forderung nach einem kollektivem Vorgehen, die über die privaten Akteure hinausgeht und sich ihnen auferlegt. Dies entspringt einer Logik der wirtschaftlichen Prioritätensetzung, die im Widerspruch zum trial-and-error-Prinzip des Marktes steht.

Dieser relativ anomische Charakter des Marktes wird durch dessen kurzfristige Orientierung noch verschärft, die es ihm unmöglich macht, langfristig zu planen. Es mangelt an Reagenzien zur Herstellung von Tests, weil diese in Asien hergestellt werden. Aber warum wurde diese Produktion verlagert? Weil die Unternehmen ihre Kosten rationalisiert und ihre Wertschöpfungsketten optimiert haben.

Sofortige Einsparungen sind erforderlich, um dem Wettbewerbsdruck und den Rentabilitätsvorgaben der Finanzmärkte gerecht zu werden. Ein solches Verhalten ist aus statischer Sicht effektiv, die Kehrseite besteht aber in einer dynamischen Ineffizienz. Punktgenaue Vorgaben an die Lieferketten, breit verstreute Produktionsprozesse und geringe strategische Reserven machen das soziale und

produktive Gefüge verwundbar und hindern es daran, sich an plötzliche Veränderungen der Umstände anpassen zu können. Es ist inzwischen anerkannt, dass Belastbarkeit auch Redundanz erfordert oder, anders ausgedrückt, dass kurzfristige Effizienz eine fehlende Belastbarkeit zur Folge hat.

Unabhängig davon, ob es sich um Dringlichkeit oder Belastbarkeit geht, stellt sich letztlich das Problem der Zentralisierung der wirtschaftlichen Koordination. Mit dem Neoliberalismus wurde den Finanzmärkten die Aufgabe übertragen, die vielfältigen Pläne der Unternehmen und Einzelpersonen in Einklang zu bringen. Um langfristig zu planen oder einen plötzlichen Einbruch zu bewältigen, sind die Märkte jedoch ungeeignet. Wenn die Aussichten völlig im Dunkeln oder Probleme in weiter Ferne liegen, verhalten sie sich erratisch: Ihre Blindheit gegenüber der Katastrophe des Klimawandels veranlasst die Märkte, weiterhin unverwertbare fossile Brennstoffvorkommen zu erschließen, und die abrupten Kehrtwendungen der letzten Tage zeigen, dass sie die aktuelle Krise nicht verstehen können.

In der jetzigen Situation ist das Starren auf kurzfristige Profite, das den Investoren als Kompass dient, sicher nicht das richtige. Tatsächlich wäre es vernünftig, die Aktienmärkte zu schließen, anstatt zuzulassen, dass ihre Volatilität das Chaos noch verschlimmert.

Sie fordern mehr Staat, aber was wir vor allem sehen, ist, dass die öffentliche Hand auf die Situation nicht eingestellt ist ...

Wo ist die Zentrale im Kampf gegen die Pandemie? Welche Stellen sind für die Erfassung der Ressourcen und deren Verteilung zuständig? Warum erfolgt in Frankreich die Beteiligung der Industriellen an diesen Aufgaben auf freiwilliger Basis und nicht durch Zwangsverpflichtungen? Was diese Krise offenbart, ist in der Tat die Ohnmacht der öffentlichen Hand.

Der Wirrwarr an der Spitze des Staates zeugt nicht bloß von der mangelnden Kompetenz der Regierungsmannschaft. Jahrzehntelange Sparpolitik und die Umstrukturierung der öffentlichen Verwaltung haben dazu geführt, dass sie jetzt unfähig sind, angemessen auf die vitalen Interessen der Menschen zu reagieren und ihnen nachzukommen.

Das Problem liegt sowohl in den fehlenden Mitteln als auch an der Demoralisierung. Indem man sie schlecht behandelt und bezahlt und oft diskreditiert hat, sind die Beamten und Angestellten in der öffentlichen Daseinsvorsorge nunmehr wenig motiviert, ihre Aufgaben ordnungs-

gemäß zu erfüllen. In den Krankenhäusern und Pflegeheimen müssen die Menschen mit einer zunehmenden Zahl vermeidbarer Todesfälle nun den Preis dafür bezahlen.

Die Situation der vereinsamten und gefährdeten Menschen ist ebenfalls sehr besorgniserregend, da die sozialen Dienste abgebaut wurden und den lokalen Behörden immer weniger Mittel zur Verfügung stehen. Dies gilt aber auch für andere Bereiche der öffentlichen Verwaltung. Zum Beispiel verfügt die Gewerbeaufsicht nicht über die Mittel, um sicherzustellen, dass die Beschäftigten ihrer Arbeit unter wirklich geschützten Bedingungen nachgehen können.

Auch die jahrelang angesammelten Defizite des Bildungssystems kommen in diesen unruhigen Zeiten zum Tragen, wenn auch mittelbarer und weniger dramatisch. In Schulen und Universitäten wurde viel zu wenig in die Digitalisierung investiert, so dass die Voraussetzungen für eine geordnete Umstellung auf zeitweiligen Digitalunterricht überhaupt nicht gegeben waren und die Familien und Lehrerkollegien in eine groteske Situation gerieten.

Kurzum: Außer dass die Corona-Krise die Grenzen der Märkte aufzeigt, macht sie zugleich deutlich, dass die öffentlichen Dienste dringend benötigt werden. Mittlerweile ist allen klar, dass der öffentliche Dienst ein Gemeingut ist, auf das jede und jeder unter allen Umständen zählen und zurückgreifen kann, weil es allen gehört.

Diese kurzfristigen Erfordernisse machen demnach eine Planung notwendig. Dennoch werden weiterhin viele dagegenhalten, dass eine solche Produktionsplanung nicht möglich sei, weil die Welt zu komplex ist. Aber nach Ihrer Auffassung verfügen wir inzwischen über die technischen Mittel, um dieser Komplexität Rechnung zu tragen ...

Der größte Einwand gegen die Planwirtschaft ist ihre angebliche Ineffizienz in der Informationsverwaltung. So argumentiert namentlich der neoliberale Vordenker Friedrich Hayek, für den der Markt ein sozialer Mechanismus ist, der verstreute Informationen sowohl aufdecken als auch verarbeiten kann: Dank dieser Informationen können die Akteure die unendliche Komplexität des Sozialen überwinden und Entscheidungen treffen.

Gegen diese neoliberale Ansicht sprechen sowohl praktische als auch theoretische Gründe. Auch wenn es ein wenig trivial erscheint, müssen wir uns zunächst daran erinnern, dass die Planwirtschaft sehr wohl funktioniert: Nicht der Markt organisierte die Kriegsanstrengungen der

USA gegen die Nazis, sondern eine geplante Kriegswirtschaft. In Frankreich beruhten der Wiederaufbau und der Aufholprozess nach der Befreiung auf einer Planung, die zwar eher Richtlinien vorgab, die aber sehr verbindlich waren, insbesondere durch Kreditvergaben.

In der stalinistischen UdSSR ermöglichte die Planwirtschaft – auf Kosten einer beispiellosen Brutalisierung der Gesellschaft – eine rasche Industrialisierung. Und auch heute ist die Planwirtschaft noch längst nicht abgeschafft: In China entwirft die mächtige Nationale Entwicklungs- und Reformkommission (NDRC) weiterhin Fünfjahrespläne, die ausschlaggebend bei der Steuerung der sozio-ökonomischen Entwicklung sind.

Andererseits trifft zu, dass ab Ende der 1960er Jahre in den Ländern des Ostens die Gesamtplanungsmechanismen zunehmend deutlichere Anzeichen einer Dysfunktionalität offenbarten. Die zunehmende Ausdifferenzierung der Wirtschaftsprozesse und der gesellschaftlichen Ansprüche stellte die Planwirtschaft vor zwei entscheidende Hürden: die mangelnde Demokratie und begrenzte Rechenkapazitäten. Das mangelnde Demokratie führte zu einer unausgewogenen Entwicklung, zu einer Diktatur über die Bedürfnisse, um einen Ausdruck der Philosophin Ágnes Heller zu gebrauchen, in der die Erfordernisse des militärisch-industriellen Sektors die der Bevölkerung erdrückten und alle ökologischen Bedenken erstickten, derer man sich in der Zeit nach der russischen Revolution sehr wohl bewusst war.

Die zweite Hürde liegt in der Informationstechnologie, was eben auch Hayek monierte. Da die Informationstechnologie noch in den Kinderschuhen steckte und nicht verfügbar war, geriet die bürokratische Handhabung der Planwirtschaft immer schwerfälliger, extrem zeitaufwändig und mit zahlreichen Fehlern, Zeitverzögerungen und Manipulationen behaftet. Vor allem der Umgang mit der Unsicherheit (der wirtschaftlichen Perspektiven) war hochproblematisch: Es dauerte lange, bis unvorhergesehene Ereignisse die Entscheidungszentren erreichten, was zu chronischen Ungleichgewichten und massiven Verschwendungen führte, was wiederum zusätzlich zu den Funktionsstörungen Parallelkreisläufe entstehen ließ.

Aber wir leben nicht mehr in der Steinzeit der Informationstechnologie! Heute werden die meisten wirtschaftlichen Informationsprozesse automatisch auch digital erfasst. Damit entfällt das Argument hinsichtlich der Informationsverarbeitung weitgehend. Faktisch greift auch der private Sektor massiv auf eine Art Planwirtschaft zurück. Amazon oder Walmart verarbeiten heute un-

endlich mehr Daten als der sowjetische Gosplan. Diese multinationalen Unternehmen verfügen über die Mittel, ihre Geschäftsprozesse in Echtzeit an die Wandlungen der Marktbedingungen anzupassen. Das grundlegende Problem, vor dem eine Planwirtschaft heute steht, ist nicht mehr die eingeschränkte Informationstechnologie, sondern die demokratische Verarbeitung dieser Algorithmen, die immer mehr in der Hand einiger weniger Monopolunternehmen liegen.

Zudem muss man Hayek entgegenhalten, dass es eine Art von Wissen gibt, das der Markt komplett ignoriert, und das ist das Wissen, das aus Überlegungen entsteht. Um nicht kalkulierbare Risiken abzuschätzen, ökonomische und ökologische Kriterien gleichermaßen zu berücksichtigen, unter der Maßgabe der sozialen Beziehungen Entscheidungen zu treffen, dabei hilft die durch Marktprozesse vermittelte individuelle Entscheidungsfähigkeit nicht weiter. Stattdessen müssen die verschiedenen Standpunkte durch den Austausch von Argumenten über eins gebracht werden.

Um auf die gegenwärtige Situation zurückzukommen, hilft es nicht, zu sagen, dass die Produktionsweise zu komplex ist, um eine Planung zu erstellen, die in der Lage ist, auf drängende Erfordernisse zu reagieren. Im privaten Sektor gibt es extrem mächtige Instanzen, die die Informationen bündeln, wie etwa Google. Aber auch die großen Automobil-, Einzelhandels- und Elektronikkonzerne kontrollieren Informationssysteme, die ihnen einen Überblick über die Aktivitäten und Bestände auf den verschiedenen Stufen der Wertschöpfungsketten geben. Mit anderen Worten: Wenn der politische Wille dazu vorhanden ist, können die staatlichen Behörden diese Fähigkeiten entlang zentral vereinbarter Prioritäten nutzen.

Für die Zukunft scheint dieser Planungsbedarf unerlässlich zu sein, gerade weil er es ermöglicht, mit Risiken umzugehen, die vom Markt nicht berücksichtigt werden können.

Die Krise infolge der Covid-19-Pandemie lehrt uns einmal mehr, dass wir auch sowohl als Gemeinschaft wie als Spezies kollektiv denken und reagieren müssen. Dies ist kein individuelles Gebot, und es ist müßig, sich auf die Rationalität der Verbraucher zu verlassen. Sondern dies ist ein Warnsignal. Wir müssen uns künftig nicht nur verantwortlich um die Verhütung und Bewältigung des Risikos einer Pandemie kümmern, sondern auch um den Umgang mit der Fragilität unserer Gesellschaft. Ein größeres Bewusstsein für die Bedeutung unserer gegenseitigen

sozialen Beziehungen und für unsere Interdependenz mit der Biosphäre sollte Grund genug für uns sein, den Markt auf die hinteren Ränge zu verweisen.

Welche Art von Planung wäre nun genau geeignet, auf diese neue Situation reagieren?

Das sowjetische Modell hat Probleme hinsichtlich der inneren Demokratie und der Anpassung der Produktivkräfte verursacht. Das französische Planungsmodell war insofern interessant, als dort darüber beraten wurde, wie die Marktwirtschaft besser koordiniert werden könnte. Dies könnte ein Übergangsmodell sein. Aber unerlässlich ist, dass die Planwirtschaft der Zukunft unbedingt demokratisch sein muss. Planung für ein Land oder für ein Gebiet bedeutet, sich für eine gemeinsame Zukunft zu entscheiden. Dies erfordert ein Höchstmaß an Demokratie.

Man muss auch bedenken, dass sich die Planwirtschaft auf Zentralwirtschaft reimt, aber trotzdem dezentrale Belange berücksichtigen muss: Bei gleichen Problemen oder gleichen Zielen muss es den einzelnen Territorien erlaubt sein, mit verschiedenen Lösungen zu experimentieren. In Frankreich ist die Atomkraft ein ideales Gegenbeispiel: Die geplante Entwicklung dieser Industrie hat zu einer gefährlichen Form einseitiger Abhängigkeit geführt. Planung im 21. Jahrhundert bedeutet daher, ein „Ökosystem“ zu schaffen, in dem die Institutionen auf dem Beratungsweg ermöglichen, über wirtschaftliche Prioritäten zu entscheiden und eine Vielfalt von Produktions- und Konsumweisen zu erhalten. An diesem Thema arbeiten wir seit zwei Jahren mit anderen Soziologen und Ökonomen im Rahmen einer Seminarreihe mit dem Titel „Die Kommune planen“.

... und der Lockdown führt dazu, das Verhältnis zwischen notwendiger Planung und unseren Freiheiten neu zu überdenken. Wenn wir heute unserer Freizügigkeit beraubt werden, liegt das letztlich an mangelnder Planung?

Ja, das ist eine berechtigte Frage. Für die Liberalen bedeutet Freiheit immer eine individuelle Garantie für Rechtssicherheit und ihr Geld. Inzwischen reift jedoch die Einsicht, dass Freiheit auch auf kollektiven Garantien beruht, zu denen namentlich ein starker öffentlicher Gesundheitssektor gehört.

Wird die gegenwärtige Lage tatsächlich zu einem Wandel der ökonomischen Rahmenbedingungen führen?

Meiner Meinung nach ist die herrschende Ideologie durch die aktuellen Ereignisse stark ins Wanken geraten. Am 23. März zum Beispiel hat die Chefökonomin der OECD, Laurence Boone, in einem Beitrag in der *Financial Times* eine Position vertreten, die noch vor wenigen Wochen völlig undenkbar war. Sie schlägt vor, dass „die Steigerung der öffentlichen Ausgaben durch eine dauerhafte Erhöhung der Geldmenge finanziert werden sollte, die von den Zentralbanken geschaffen wird und die die schuldenfinanzierte Programme ersetzen könnte“. Und sie pocht darauf, dass „diese Vorgehensweise keine Inflationsängste schüren soll, solange das Wachstum unter seinen Möglichkeiten bleibt“. Mit anderen Worten, es geht darum, uns die finanziellen Mittel an die Hand zu geben, um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der gegenwärtigen Krise zu heilen, ohne auf die Märkte zurückzugreifen und ohne die Staatsverschuldung zu erhöhen. Eine solche Aussage widerspricht völlig dem Dogma der „gesunden Finanzen“, das in Wirklichkeit darauf abzielt, dem Privatsektor ein Monopol auf die Finanzierung der Wirtschaft zu sichern. Kurzum verwirft sie das Argument, wonach die Staaten fiskalisch verantwortungsvoll handeln und keine „Schuldenlast für unsere Enkel“ hinterlassen sollten, welches uns bis zum Überdruß zur Rechtfertigung der Sparpolitik und zur Kürzung öffentlicher Dienstleistungen serviert wird.

Im Grunde gibt eine solche Position der *Modern Monetary Theory* (MMT) Recht, die stets darauf betont, dass es keine finanziellen Zwänge für den Wohlstand gibt, sondern nur reale Zwänge. Die natürlichen Ressourcen, Fertigkeiten, Produktionsmittel und natürlich die Menschen, die für die Arbeit zur Verfügung stehen, sind die einzigen wirklichen Grenzen des kollektiven Reichtums.

Diese Krise schiebt also wirtschaftspolitische Instrumente in den Vordergrund, die bisher als obsolet galten. Insofern ist die Krise verständlicherweise eine Gelegenheit, ein für alle Mal mit dem Neoliberalismus zu brechen. Aber wir dürfen uns keine Illusionen machen. Ohne soziale und politische Kämpfe wird sich nichts ändern. Und wenn wir uns die momentan locker gemachten Gelder betrachten, stellen wir fest, dass es wieder einmal die Finanzmärkte, der Bankensektor und die Großkonzerne sind, denen die größte Unterstützung seitens der Zentralbanken zuteil wird.

Das Ziel der Herrschenden ist nach wie vor, die Wirtschaft in ihrer jetzigen Struktur zu retten. Diese Struktur ist in erster Linie eine ungleiche, da die Priorität immer bei den Unternehmen und Investoren liegt und die Eindämmung der sozialen Verelendung erst an zweiter Stelle steht

und für die Ärmsten das soziale Auffangnetz erhebliche Löcher aufweist. Daneben geht es um eine strukturelle Produktionsweise und der Staat wird sich niemals dazu hergeben, auf die Entscheidung, was wie produziert werden soll, Einfluss nehmen zu wollen.

Am Schlimmsten wäre es, weiterhin eine unterschiedslose Stützung der Wirtschaft zu betreiben, so wie nach 2008 nur ein Weiter so betrieben wurde und die staatlichen Behörden eine ins Wanken geratene Dominanz der Finanzwirtschaft unterstützt haben. Um es ganz offen zu sagen: Es wäre unverantwortlich, jetzt, wo die Flugzeuge am Boden bleiben, den Luftverkehr wieder auf den Stand vor der Krise bringen zu wollen. Dasselbe gilt für die Automobilindustrie oder für die Produktion von Pestiziden. Klar ist, dass der Schutz der Beschäftigten Vorrang haben muss. Unmittelbar danach muss es um die Umstrukturierung der schädlichen Wirtschaftssektoren und ein Investitions- und Entwicklungsplan für die Industriezweige gehen, die momentan als lebenswichtig gelten.

Die jetzt verschwenderisch eingesetzten Mittel zeigen, dass man sehr wohl massiv und gezielt in die Wirtschaft eingreifen kann. Die politische Dringlichkeit besteht darin, dafür zu sorgen, dass diese „leichte Hand“ eine Gelegenheit darstellt, die Wirtschaftsentwicklung in neue Bahnen zu lenken, nämlich in einen wieder gestärkten öffentlichen Dienst, in nützliche und hochwertige Arbeitsplätze, in regionale statt globalisierte Produktion und in die Erhaltung der Biosphäre. Kurzum, geht es bei dieser Krise nicht darum, die Wirtschaft zu retten, sondern ihre Transformation zu planen.

■■■■■ **Cédric Durand** ist Wirtschaftswissenschaftler und Mitglied des Redaktionskomitees von *Contre-temps*.

■ Übersetzung: MiWe



MIT WASSERSTOFF ZUM GRÜNEN KAPITALISMUS?

Die Bundesregierung hat den Wasserstoff zur „potenziellen Wunderwaffe“ erklärt. Doch die Verluste bei der Nutzung sind hoch und Wasserstoff ist nur ein Energiespeicher. Wo soll die Energie zu seiner Erzeugung herkommen?

■ Klaus Meier

Im Juni 2020 verkündete die Bundesregierung ihre „Nationale Wasserstoffstrategie“ gegenüber der breiten Öffentlichkeit. Federführend bei der Erstellung war das Wirtschaftsministerium.

1. Wasserstoff als ökologische Innovation

Bei Wasserstofftechnologien soll Deutschland „die Nummer eins in der Welt“ werden, tonte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier. Und weiter erklärte er, dies sei die größte Innovation im Bereich Klimaschutz und Energiewende seit der Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG).

„Grüner“ Wasserstoff wird erzeugt durch die Zerlegung von Wasser in Sauerstoff und Wasserstoff mit Hilfe von elektrischem Strom, der sog. Elektrolyse. Dabei wird ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien verwendet. Mit grünem Wasserstoff könnten wichtige Teile der Industrie CO₂-neutral gemacht werden. So die Hochöfen der Stahlindustrie, wo in Zukunft für die Reduzierung des Eisenerzes Wasserstoff statt Koks kohle eingesetzt werden könnte. Oder Teile der chemischen Grundstoffindustrie könnten bei der Methanol- und der Ammoniakproduktion CO₂-frei werden. Und schwere Lastwagen, Baufahrzeuge oder Traktoren könnten mit Brennstoffzellen betrieben werden, die Wasserstoff als Energieträger nutzen. Aus Wasserstoff könnten auch synthetisches Kerosin oder andere Treibstoffe hergestellt werden, so dass auch Flugzeuge und Schiffe CO₂-neutral angetrieben werden könnten.

Und nicht zuletzt eignet sich Wasserstoff zur jahreszeitlichen Zwischenspeicherung von überschüssigem Wind- und Solarstrom. In Zeiten einer Windflaute bei gleichzeitig schwacher Solareinstrahlung könnte der gespeicherte Wasserstoff wieder verstromt werden und so die Energieversorgung sichern.

2. Wasserstoff – eine ökologische Wunderwaffe?

Viele Medien haben die Initiative der Bundesregierung positiv aufgenommen. In einem Kommentar der Süddeutschen Zeitung ist die Begeisterung zu greifen. Wasserstoff sei im Kampf gegen den Klimawandel eine „potenzielle Wunderwaffe“. Und: „Sie hat das Zeug zu einem sauberen Exportknüller.“ [Bau20].

Ist Wasserstoff tatsächlich eine „Wunderwaffe“ im Kampf gegen die Klimakatastrophe? Bevor man diese Frage beantwortet, sollte man zunächst einen Blick auf das energetische Mengengerüst werfen. Im Jahr 2019 lag der Endstromverbrauch in Deutschland bei 516 TWh. Davon wurden 46 % oder 236 TWh mit Hilfe von Erneuerbaren Energien erzeugt. Die Photovoltaik erreichte einen Anteil von 9 % und die Windkraft einen Anteil von 24,6 % [ISE20]. Der Biomasseanteil hatte allerdings mit 8,6 % schon die Grenze zur Nachhaltigkeit erreicht. Der Ausbau der Wind- und Solarenergie ist aber ein schöner Erfolg. Allerdings nur auf den ersten Blick. Er wird schnell relativiert, wenn man bedenkt, dass der gesamte Endenergieverbrauch in Deutschland seit Jahren bei rund

2500 TWh liegt. Er umfasst nicht nur die Kohle für die Stromerzeugung, sondern auch die Energie, die in Kohle, Öl und Gas für die Industrie, den Verkehr, das Gewerbe und die Haushalte gespeichert ist. Wenn dieser gewaltige Energieverbrauch mit erneuerbarem Strom eins zu eins ersetzt werden soll, müssten die Windkraft- und die Solaranlagen in Deutschland mindestens um den Faktor 10 ausgebaut werden. Das ist aber noch nicht alles: Die Herstellung von Wasserstoff mittels Elektrolyse ist mit rund 30 % Energieverlusten verbunden. Dazu kommt ein weiteres spezifisches Problem: Um Wasserstoff transportieren zu können, muss er entweder unter hohem Druck verflüssigt werden oder er muss vorübergehend an bestimmte Kohlenwasserstoffe andockt werden (sog. LOHC-Technik¹). Bei beiden Verfahren muss ebenfalls von rund 30 % Verlusten ausgegangen werden. Rechnet man beides zusammen, also Herstellung und Transport, dann ist die Wasserstofftechnologie mit einem Energieverlust von 50 % verbunden. Wenn man also eine Wasserstoffmenge mit einem Energieinhalt von beispielsweise 500 TWh herstellen will, braucht man dazu einen Strom-Input von rund 1000 TWh. Gewaltige Verluste, die zuerst mal mit erneuerbarer Energie erzeugt werden wollen.

Wie bereits darauf hingewiesen, ist der Wasserstoffbedarf hoch. Nicht nur Prozesse in der Chemieindustrie und bei der Stahlerzeugung benötigen Wasserstoff. Auch schwere LKWs auf langen Strecken, Baufahrzeuge oder landwirtschaftliche Geräte sollten sinnvollerweise mit Wasserstoff betrieben werden. Das gilt sogar noch mehr für Flugzeuge oder Schiffe. Und in unserer kapitalistischen Gesellschaft haben die Schwertransporte, die Schiffslogistik und die Flugreisen immer mehr zugenommen. Die Frage stellt sich: Können wir dafür überhaupt solche großen Mengen an erneuerbarer Energie bereitstellen?

3. Eine gewaltige Energielücke tut sich auf

Werfen wir zur Beantwortung dieser Frage zunächst einen Blick auf das deutsche Potenzial an erneuerbaren Energien. Das Ökoinstitut geht in einer Berechnung aus 2019 davon aus, dass hierzulande mit Wind- und Solarenergie etwas über 700 TWh Strom erzeugt werden können. Dazu käme noch ein kleiner Anteil an Wärmeenergie, die gewonnen werden könnte. Wenn man diese Werte mit der heute verbrauchten Energiemenge von 2500 TWh vergleicht, wird eine gewaltige Lücke sichtbar. Es gibt allerdings zahlreiche Rechnungen von verschiedenen Instituten, die davon ausgehen, dass der Energieverbrauch bis 2050 deutlich abgesenkt werden könnte. So gibt es ein Klimaschutzze-

nario des Fraunhofer ISI und des Öko-Instituts aus dem Jahr 2015, bei dem in 2050 nur noch rund 1700 TWh an Primärenergie benötigt werden [Öko15]. Die Begründung: Einsparungen durch die Verwendung von Elektroautos statt Verbrennern und von Wärmepumpen statt Öl- und Gasheizungen. Und dazu eine deutlich verbesserte Hausisolation und allerlei Effizienzeffekte. Zu einem Teil mag die Rechnung realistisch sein (E-Autos und Wärmepumpen). Aber viele Rechnungen sind unübersichtlich und es drängt sich einem der Eindruck auf, dass hier schöngerechnet wird, ohne die Auswirkungen der realen kapitalistischen Wirtschaft zu berücksichtigen. So werden viele Effizienzgewinne im Konsumgüterbereich (Fernseher, Kühlschränke, Verbrauch von Fahrzeugen etc.) von den Konzernen immer wieder hintertrieben. Beispielsweise sank der spezifische Treibstoffverbrauch von Autos durch eine verbesserte Technik. Aber gleichzeitig wurden die Karossen in den letzten Jahren immer größer und PS-stärker. Auch in den Haushalten ist die Zahl der elektrischen Geräte immer mehr gewachsen und sie erhielten zusätzliche energieintensive Sonderfunktionen. Und bei der Hausisolation und der Förderung von Wärmepumpen fährt die Bundesregierung mit angezogener Handbremse. Einen Eindruck von der tristen Wirklichkeit der versprochenen Effizienzgewinne liefert ein Blick auf den deutschen Energieverbrauch. Da konnte in den letzten 10 Jahren nur noch eine geringe Reduktion festgestellt werden.

4. Riesige Wasserstoffmengen importieren – welche Grenzen?

Aber wird nicht immer wieder gesagt, dass allein die Sonnenenergie, die auf die Sahara fällt, bei einer Abdeckung mit Solaranlagen die 7000-fache Verbrauchsmenge ganz Europas ausmacht? Altmaiers Papier zur „Nationalen Wasserstoffstrategie“ knüpft an dieser gerne geäußerten Vorstellung an. Über 80 % des benötigten Wasserstoffs soll importiert werden. Vor allem aus Nordafrika und aus der EU. Auch die Bundesforschungsministerin Anja Karliczek unterstützt diese Position. Sie erklärte: „Wir können die Energie, die wir künftig in Europa brauchen, nicht vollständig selbst erzeugen. Deutschland wird auf jeden Fall ein großer Importeur von Energie bleiben.“ [Was19]. Sie denkt dabei an eine Kooperation mit süd- und westafrikanischen Staaten oder auch Australien. Der deutsche Entwicklungsminister Peter Müller, orientiert mehr auf erneuerbar hergestellten Wasserstoff aus Marokko [Was19]. Im Juni unterzeichnete er mit Regierungsvertretern des nordafrikanischen Landes bereits eine Kooperationsvereinbarung zum Thema Wasserstoff.

Aber selbst wenn in Marokko oder Tunesien große Solaranlagen in der Sahara aufgebaut werden sollten, es bleibt die Schwierigkeit des Energietransports. Im Papier der „Nationalen Wasserstoffinitiative“ wird über einen Flüssiggastransport gesprochen. Doch es müssten riesige Mengen Wasserstoff importiert werden, die zuvor aus erneuerbarem Strom hergestellt werden müssten. Die dafür erforderliche Elektrolyse hat einen schlechten Wirkungsgrad von etwa 70 %. Dazu müsste der Wasserstoff noch verflüssigt werden, bei -240°C und einem extrem hohen Druck [Wik20]. Bei der Verflüssigung von Wasserstoff würden dann weitere 30 % seines Energieinhaltes verloren gehen [Bos10]. Dazu kommen noch weitere Verluste beim Umfüllen und beim Transport von etwa 3 % pro Transporttag (Boil-Off-Verluste).

Geringere Verluste würde man erhalten, wenn man Wasserstoff vor Ort zunächst in Methan umwandeln und dann transportieren würde. Aber auch das ist kein Königsweg, denn die Gesamtverluste lägen dann bei 56 %.²

Die Desertec-Initiative³ propagierte einen Transport des erneuerbaren Stroms aus Nordafrika nach Deutschland mittels Hochspannungsgleichstrom-Übertragung (HGÜ). Damit sollten rund von 15 % des europäischen Stromverbrauchs aus Marokko oder Tunesien nach Europa importiert werden. Auf Deutschlands Stromverbrauch bezogen wäre das eine Größenordnung von etwas über 100 TWh. Aber auch damit käme man selbst bei einer sehr großzügigen Rechnung zusammen mit dem heimischen Wind- und Photovoltaik-Strom sowie direkter Solarwärme bestenfalls auf etwas über 1000 TWh.⁴ Das bedeutet, dass die gewaltigen Energiemengen, die heute in Deutschland verbraucht werden, mit einer nachhaltigen Herstellung absolut jenseits des Erreichbaren liegen. Was bleibt ist eine deutliche Reduzierung des Verbrauchs. Das bedeutet, dass im Land industriell abgerüstet werden muss, dass aber gleichzeitig die erneuerbaren Energien massiv auszubauen sind. Mindestens auf 700 bis 800 TWh. Auf die deutsche Regierung kann man dabei nicht setzen. Sie sollte eigentlich seit 30 Jahren wissen, dass zur Vermeidung der Klimakatastrophe die Energieversorgung und der Energieverbrauch des Landes komplett umstrukturiert werden müssten. Aber sie hat keine Antworten und schiebt alle Probleme vor sich her.

5. Konkurrenzfähigkeit wichtiger als Klimaschutz?

Ein weiteres Problem ist, dass in der kapitalistischen Ökonomie auf absehbare Zeit fossile Energieträger deutlich billiger sind, als grüner Wasserstoff. Konzerne werden daher weiter auf fossile Energieträger setzen. Ein Beispiel ist die Stahlindustrie: Thyssenkrupp oder die Salzgitter AG könnten ihre

Stahlherstellung mit Hilfe von Wasserstoff statt mit Koks zwar relativ einfach dekarbonisieren. Aber die Unternehmen verlangen für die Umstellung großzügige Staatshilfen. Sprich: Die Steuerzahler sollen alles bezahlen und die Konzerne fühlen sich nur für die Profite zuständig. Da wäre es gleich sinnvoller, die Stahlindustrie zu vergesellschaften und die Produktion klimaneutral umzubauen. Auch die Arbeitsplätze könnten dann gesichert werden, indem die vorhandene Arbeit auf alle Hände verteilt wird.

6. Klimaschutz erreichen: Eine einfache Wahrheit

Fassen wir zusammen: Der Einsatz von Wasserstoff ist sinnvoll, um wichtige Bereiche der Industrie (Stahl, Chemie) zu dekarbonisieren. Als Speichertechnologie könnte damit auch die Stromproduktion in wind- und sonnenarmen Jahreszeiten gesichert werden. Aber die herstellbare und importierbare Wasserstoffmenge wird nicht ausreichen, um den heutigen deutschen Energieverbrauch eins zu eins zu ersetzen. Die nationale Wasserstoffstrategie der Bundesregierung lässt diese Problematik geflissentlich unter den Tisch fallen. Statt reale Möglichkeiten zu nutzen, setzt sie auf unerfüllbare technologische Phantastereien. Realistisch wäre es, klar zu sagen, dass der deutsche Energieverbrauch drastisch eingeschränkt werden muss. Z. B. durch eine Umstellung des Autoindividualverkehrs auf den ÖPNV oder durch die Abkehr von kurzlebigen, nicht reparierbaren Konsumgütern. Dazu: Weniger Bauen, weniger Beton und dafür mehr Holzbau. Auch der Verpackungswahn mit Plastik und Papier muss drastisch reduziert werden. Warum die Bundesregierung dies nicht will, dürfte klar sein: Diese Maßnahmen würden in der Folge zu einem deutlichen Absinken der industriellen Produktion führen. Der Kapitalismus funktioniert aber nur mit Wachstum. Schon bei einer konstanten Produktionsmenge kommt sein Wirtschaftsmotor ins Stottern. Das gilt umso mehr bei einem massiven Rückbau. Da die Bundesregierung das weiß und sie gleichzeitig ihren Freunden in den Vorstandtagen von Banken und Konzernen verpflichtet ist, ist von ihr kein ernsthafter Klimaschutz zu erwarten. Stattdessen schwadroniert sie über eine „nationale Wasserstoffstrategie“ als einem Allheilmittel. Die einfache Wahrheit lautet dagegen: Klimaneutralität kann nur durchgesetzt werden, wenn parallel zur Einführung von Klimaschutzmaßnahmen der Kapitalismus überwunden wird.

Quellen:

[Bau20] Michael Bauchmüller: Wasserstoff Grüner Knüller, *Süddeutsche Zeitung* 12.06.2020

[Bet19] Wir stellen Weltrekorde auf, Interview mit Andreas Bett, Leiter des Fraunhofer Instituts ISE, Süddeutsche Zeitung, 17.12.2019

[Bos06] Ulf Bossel: Wasserstoff löst keine Energieprobleme, Technikfolgenabschätzung – *Theorie und Praxis*, 1 (15) April 2006, S. 27ff.

[Des09] Größtes Solarprojekt der Welt nimmt Gestalt an, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.07.2009

[FFE14] Forschungsstelle für Energiewirtschaft FFE e.V.: Kurzugutachten zum Kostenvergleich Stromtransport, Hybridnetz (Power-to-Gas) vs. HGÜ-Leitung, 2014

[Ind18] Studie IndWEDe: Industrialisierung der Wasserelektrolyse in Deutschland: Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), Autoren: Tom Smolinka, Nikolai Wiebe, Philip Sterchele, Andreas Palzer, Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE/Freiburg – Deutschland Berlin, 2018

[ISE20] Fraunhofer ISE: Nettostromerzeugung in Deutschland in 2019, Nettostromerzeugung von Kraftwerken zur öffentlichen Stromversorgung, letztes Update: 10 Jan 2020

[LOH20] LOHC-Technologie macht Wasserstoff zum sicheren Stromspeicher, H2-Industries SE, München, h2-industries.com

[Öko15] Öko-Institut; Fraunhofer ISI: Klimaschutzszenario 2050 Berlin, 26.11.2015

[Sta20] Bruttostromverbrauch in Deutschland bis 2019, A. Breitkopf, 21.01.2020, Statista 2020

[UBA17] Klimaschutz und regenerativ erzeugte chemische Energieträger – Infrastruktur und Systemanpassung zur Versorgung mit regenerativen chemischen Energieträgern aus in- und ausländischen regenerativen Energien, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau, 2017

[Wan16] Hewu Wang et al.: Efficiency analysis of novel Liquid Organic Hydrogen Carrier technology and comparison with high pressure storage pathway, *International Journal of Hydrogen Energy*, Vol. 41, Issue 40, October 2016

[Was19] Wasserstoff soll die Energiewende retten, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 18, Nr. 231, 05.10.2019

[Wik20] Wasserstoffspeicherung, Wikipedia, de.wikipedia.org/wiki/Wasserstoffspeicherung#Flüssigwasserstoffspeicherung

1 Als flüssige Wasserstoffträger eignen sich sog. LOHC (Liquid organic hydrogen carriers). Daran wird Wasserstoff (H₂) vorübergehend chemisch gebunden. Eine mögliche Substanz ist der Kohlenwasserstoff Dibenzyltoluol. An diese Substanz dockt Wasserstoff an und kann so bei normalem Umgebungsdruck (1 bar) und Normaltemperatur (T=20 °C) gelagert werden. Der so gespeicherte Wasserstoff ist nicht flüchtig und es findet auch keine Selbstentladung statt. Das LOHC kann beliebig oft mit Wasserstoff be- und entladen werden. Bei der H₂-Beladung des LOHC mit Wasserstoff wird Wärme freigesetzt, die abgeführt werden muss. Bei der Rückgewinnung des Wasserstoffs muss wieder Wärme hinzugefügt werden. Die Temperatur liegt zwischen 250 und 300 °C. Ein Liter LOHC kann in Form von H₂ eine Kilowattstunde elektrischer und eine Kilowattstunde thermischer Energie speichern [LOH20]. Der Wirkungsgrad des Verfahrens wird mit 69,17 % angegeben [Wan16].

2 Der erneuerbare Strom müsste zunächst in einem Elektrolyseverfahren in Wasserstoff umgewandelt werden. Das Gas müsste danach für den Transport in Schiffstanks noch verflüssigt werden. Da Wasserstoff dafür ungeeignet ist, müsste er mit Hilfe von Kohlendioxid in Methan umgewandelt werden. Erst danach kämen die Verflüssigung und der Schiffstransport. In Deutschland erfolgte dann wieder eine Regasifizierung. Der gesamte Prozess ist mit erheblichen Verlusten belastet. Das Umweltbundesamt hat eine Studie [UBA17] für den Transport von Flüssiggas (Liquified natural gas – LNG) aus Nordafrika nach Nordeuropa erstellt, die genau diese Ergebnisse liefert. Danach liegt der Wirkungsgrad der Elektrolyse bei 72 %, die Methansynthese bei 80 % und der LNG-Transport inklusive Verflüssigung liegt bei 77 %. Zusammen wäre das ein Wirkungsgrad von extrem geringen 44 %. Das bedeutet umgekehrt energetische Verluste von 56 %. Das hat zur Folge, dass man für 500 TWh erneuerbares Import-LNG im Herkunftsland zunächst 1136 TWh erneuerbaren Strom herstellen müsste. Damit wäre noch nicht einmal geklärt, woher man das CO₂ für die Methanisierung des Wasserstoffs nimmt.

3 Die ursprüngliche Idee von Desertec bestand darin, bis 2050 rund 15 % des in Europa verwendeten Stroms aus der Sahara zu beziehen [Des09]. Das sollte im Wesentlichen mit thermischen Solarkraftwerken (CSP-Concentrated Solar Power) gelingen. Dafür gründete sich eine Desertec-Stiftung, die diese Idee popularisieren wollte. Daneben entstand eine Desertec-Industrie-Initiative (DII), die sich Gewinne aus Wüstenstrom versprach. Als Photovoltaik-Anlagen wesentlich preisgünstiger als CSP-Kraftwerke wurden, war die bisherige Planung hinfällig. Die DII löste sich angesichts der vorhandenen Probleme und der voraussichtlichen Kosten auf.

4 Dazu eine hypothetische Rechnung: Sicherlich könnte man mittels Hochspannungsgleichstromübertragung (HGÜ) Solar- und Windstrom aus Nordafrika nach Deutschland übertragen. Marokko würde sich als politisch eher stabiles Land anbieten. HGÜ ist heute Stand der Technik und die Übertragungsverluste wären sehr gering. Die Kosten pro Kilometer HGÜ-Freileitung können mit 983 Euro pro MW und Kilometer angenommen werden [FFE14]. Dazu kommen noch die Wandlungskosten von Wechselstrom in Gleichstrom und umgekehrt an den beiden Leitungsenden von insgesamt 240 000 € pro MW. Bei einer Landstrecke von 3300 km beispielsweise zwischen Agadir (Marokko) und Frankfurt/M. wären das für 10 GW rund 35 Milliarden Euro Kosten. Damit könnten bei angenommenen 8000 Stunden Stromübertragung pro Jahr 80 TWh erneuerbarer Strom nach Deutschland geliefert werden. Deutschland bräuchte aber mindestens 1500 TWh Strom aus Nordafrika. Nur dann würde sich die Deckungslücke zwischen dem heute wahnwitzig hohen deutschen Energieverbrauch und den Möglichkeiten der eigenen Ökostromerzeugung schließen. Die HGÜ-Kosten wären dann mit 656 Mrd. Euro keine Petitesse mehr. Und noch eine kleine Zahl: Marokko hat heute mit seinen rund 36 Millionen Einwohnern einen Stromverbrauch von 29 TWh. Woher also diese riesige erneuerbare Strommenge so schnell nehmen? Übrigens: Auch die anderen europäischen Industrieländer bräuchten ja nach der Importlogik nordafrikanischen Strom ...

COBURG WIRD BAYERISCH

Am 1. Juli 1920 wurde das Herzogtum Coburg nach der Volksabstimmung vom 30. November 1919, in der 88,11% der Bevölkerung (26 102 zu 3466 Stimmen) gegen die Integration in den neugegründeten „Freistaat Thüringen“ votierten, an Bayern angeschlossen. Dies war der erste Volksentscheid über eine Neugliederung von deutschen Ländern überhaupt.

■ Paul B. Kleiser

 Für Bayern war es der einzig freiwillige Gebietszuwachs, weil der Anschluss der fränkischen Bistümer Würzburg und Bamberg ja von Napoleon durchgesetzt worden war. Mit der Abstimmung entschied sich die Coburger Bevölkerung auch gegen Preußen, mit dem es allerdings keine gemeinsame Grenze besaß. (Das Gebiet um Erfurt gehörte damals zu Preußen.)

Die Wettiner Dynastie hatte Coburg 1353 übernommen und regierte es somit 566 Jahre lang. 1826 wurde das Herzogtum Sachsen-Gotha mit Sachsen-Coburg in Personalunion, ab 1852 auch in Realunion zusammengelegt. (Faludi/Bartuschka 2020: 63) Die Coburger Dynastie Sachsen-Coburg und Gotha („Europas Stutengarten“) hatte verwandtschaftliche Verbindungen zu den Hohenzollern und den britischen Battenberg/Windsors (Der Herzog Carl Eduard war ein Enkel von Queen Victoria und war in England aufgewachsen! Im Ersten Weltkrieg verlor er seinen Titel als britischer Prinz.) Zahlreiche preußische Offiziere wählten das beschauliche fränkische Städtchen als Altersruhesitz. Coburg hatte wohl in Preußen bezüglich eines Anschlusses nachgefragt, war dort aber nicht willkommen. (Staatsarchivdirektor Alexander Wolz in der SZ, 28./29.12.2019)

Eigentlich sollte das protestantische (und fränkische) Coburg – immerhin eines der Stammlande der Reformation – gleich dem anderen Teil des Herzogtums, Gotha, die etwa 100 km auseinander liegen, zu Thüringen kommen,

als nach der Revolution 1918/19 die acht verschiedenen ernestinischen Kleinstaaten des einen Zweigs der Wettiner (der albertinische Zweig stellte den König von Sachsen) zum Land Thüringen zusammengelegt wurden. Schon im 19. Jahrhundert gab es Bestrebungen, diese anachronistischen Kleinstaaten zu einem Land zusammenzulegen, doch wurde das durch die Interessenlage des jeweiligen Adels verhindert. Die Militärverwaltung im 1. Weltkrieg handelte gesamtthüringisch, und die schlechten Erfahrungen damit dürften die Coburger veranlasst haben, sich nicht dem neuen Staat Thüringen anzuschließen. Bei den Händlern und Bauern gab es zwar Warnungen vor den „ultramontanen“ Bayern; außerdem verwies man auf die schlechte Ernährungslage im zu Bayern gehörenden oberfränkischen Hof. Die Coburger SPD-Führung rief zu einem Votum für Thüringen auf, wurde aber nicht einmal von der Mehrheit der eigenen Wählerschaft unterstützt. Die bayerische Regierung machte in den Verhandlungen große Zugeständnisse (Bamberger Stipulationen [Abmachungen, Zusagen; A.d.R.] vom 12. Juni 1919), denn die Coburger durften ihre Kunstschatze und historischen Dokumente behalten. Außerdem blieben das Theater, die Landesbibliothek, das Naturkundemuseum und sogar das Staatsarchiv in der Stadt, das man im Falle eines Anschlusses an Thüringen wohl nach Weimar transferiert hätte. In Thüringen hatten die Parteien der Arbeiterbewegung (MSPD und USPD, Gotha und Erfurt waren historische

Zentren derselben) das Sagen. Das kleinbürgerliche Coburg profitierte auch von der Lage nach der Revolution, als die bayerische Regierung unter dem Sozialdemokraten (und Franken) Johannes Hoffmann wegen der Münchener Räterepublik nach Bamberg geflohen und zu großen Zugeständnissen bereit war.

Zum Vollzug des Anschlusses bedurfte es gemäß Artikel 18 der Weimarer Verfassung eines Reichsgesetzes, das am 30. April 1920 verkündet wurde. Bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 durfte Coburg bereits im Wahlkreis 29 (Franken) abstimmen. Am 30. Juni 1920 beschloss die Coburger Landesversammlung in Anwesenheit des neuen bayerischen Ministerpräsidenten Gustav Ritter von Kahr (auch ein Franke, seit 16. März 1920 Nachfolger von Hoffmann) und des oberfränkischen Regierungspräsidenten Otto Ritter von Strößenreuther (1865–1958) die Selbstauflösung. (www.historisches-lexikon-bayerns.de/vereinigung-coburgs-mit-bayern/)

Aber bald schon wurde Coburg ein Hotspot der Konterrevolution, vor allem weil der (vom Arbeiter- und Soldatenrat abgesetzte) Herzog Carl Eduard (1884–1954) das Freikorps des aus Duisburg stammenden Korvettenkapitäns Hermann Erhardt, einem der Träger der konterrevolutionären Organisation Consul (O.C.) mit etwa 5000 Mitgliedern, finanziell und materiell unterstützte.¹ Diese Organisation war für eine ganze Reihe von politischen Morden verantwortlich. Carl Eduard war sogar Bezirksvertreter der Brigade Erhardt, als sie von der Führung der Reichswehr am 29. Februar 1920 für aufgelöst erklärt wurde. Daraufhin erfolgte ein rechter Marsch auf Berlin mit dem Ziel, die Reichsregierung zu stürzen. Die Brigade beteiligte sich am 13. März 1920 auch am rechten Kapp-Lüttwitz-Putsch, der aber aufgrund des Generalstreiks der Arbeiterbewegung scheiterte. In Bayern musste die Regierung Hoffmann (SPD) zurücktreten und wurde durch den rechten Gustav von Kahr (BVP) ersetzt.

Der Herzog beherbergte den flüchtigen Erhardt zeitweilig auf seiner Burg Callenberg, als er polizeilich gesucht wurde, und versteckte in andern Schlössern auch große Mengen an Waffen. Einer der Auftragskiller der O.C., Ernst von Salomon, der bei der Ermordung von Walther Rathenau im Juni 1922 Wache gestanden hatte – im Übrigen stammte auch der Attentäter Hermann Fischer selbst aus Coburg –, wurde sogar des Herzogs Adjutant. Carl Eduard war überzeugt, dass Erhardt (und nicht Hitler) der neue „Führer“ der völkisch-nationalistischen Bewegung sein würde. (Urbach 2019: 186–189) Karina Urbach fasst zusammen: „Die ‚politische Arbeit‘ der O.C. zu unter-

stützen, bedeutete also, politisch motivierte Attentate zu unterstützen. Carl Eduard hatte dabei den Finger niemals selbst am Abzug, aber er half, die Waffe zu laden.“ (ibid., 188) Träger des rechten Radikalismus in Coburg waren – abgesehen vom Herzog und seiner Entourage – insbesondere die Kriegervereine, wie der „Coburger Kriegerverband“, der „Militärverein Kameradschaft“ oder die „Angehörigen des 6. Thüringischen Infanterieregimentes 95“. Ab 1922 kam noch die Ortsgruppe des Jungdeutschen Ordens hinzu, die von den Pfarrern Willi Döbrich und Helmuth Johnsen geführt wurde.

Der Coburger „Blutsonnabend“

Nach der Ermordung des früheren Reichsfinanzministers Matthias Erzberger (Zentrum) am 26. August 1921 in Griesbach im Schwarzwald durch die Organisation Consul kam es im ganzen Reich zu Demonstrationen. In Coburg riefen die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften deswegen zu einer Kundgebung auf. Sie sollte am 3. September stattfinden und war auch gegen die bayerische Regierung des rechtsradikalen Ministerpräsidenten Gustav von Kahr gerichtet. Der Vorsitzende der örtlichen SPD, Franz Klingler, und der Gewerkschaftsführer Otto Voyer holten beim Bezirksamt eine Genehmigung für eine Kundgebung auf dem Coburger Schlossplatz ein. Da mit der Teilnahme von zahlreichen Arbeiter*innen aus den benachbarten Industriestädten Rodach, Neustadt und Sonneberg zu rechnen war, befürchtete die bayerische Landespolizei Unruhen. Der Oberbürgermeister Gustav Hirschfeld (SPD) versuchte mit dem Bezirksamt und der Polizei zu einer Einigung zu kommen. Aber die Regierung von Oberfranken untersagte eine nach einer Kundgebung übliche Demonstration, die „mit allen Mitteln“ verhindert werden sollte.

Zur Durchsetzung des Demonstrationsverbots entsandte die Landespolizei zusätzliche 150 Mann nach Coburg und ließ die Innenstadt absperren. Otto Voyer befürchtete, dass „die Landespolizei an zerstörerischer Wirkung in einer halben Stunde mehr erreichen werde, als die Sozialistenführer nicht in hundert Reden bewirken können“. (www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Coburger-„Blutsonnabend“/)

Gegen 15 Uhr hatten sich etwa 3000 Menschen auf dem Schlossplatz eingefunden. Die Polizei begann mit der Abspernung der Innenstadt, was die Menge empörte. Es kam zu Handgreiflichkeiten und der Einkesselung einer Polizeieinheit. Die Polizei schoss daraufhin Gewehrsalven und warf Handgranaten in die Menge. Etwa zwanzig Per-

sonen wurden teilweise erheblich verletzt, ein Mann erlag zwei Tage später seinen Verletzungen.

Es handelte sich um eine politische Machtprobe: Die Parteien der Arbeiterbewegung sahen den Anschluss an Bayern – besonders nachdem der Rechte Gustav von Kahr Ministerpräsident geworden war – äußerst kritisch und hätten sich (gleich dem früheren Gothaer Landesteil) lieber Thüringen angeschlossen. Der bayerischen Staatsregierung ging es darum, ihre Autorität auch im „neugewonnenen“ Coburg durchzusetzen.

Die Untaten des Herzogs

Seit 1913 sammelte sich das deutsch-völkische Lager zu einem „Deutschen Tag“. Der Deutsch-völkische Schutz- und Trutzbund berief ihn für 1922 nach Coburg ein. Unter den Gästen befand sich auch der damals außerhalb Münchens noch wenig bekannte Adolf Hitler, der vorher bei keinem Deutschen Tag aufgetreten war. Er wurde vom Organisator des Treffens, dem Coburger Lehrer Hans Dietrich, persönlich eingeladen. Nun sah er die Chance gekommen, vor einem rechtsradikalen Publikum außerhalb Münchens aufzutreten. Er behauptete später verharmlosend, der Zweck des Treffens sei es gewesen, „eine gegenseitige Fühlungnahme der vaterländischen völkischen Verbände zu ermöglichen“. (Erdmann 1969: 159) Dazu mietete er einen Sonderzug und fuhr mit 650 SA-Leuten über Nürnberg nach Coburg.² In Nürnberg, wo die Gruppe um Julius Streicher zustieg, wurde ein aus Berlin kommender Zug mit Hakenkreuzen beschmiert und die SA sang: „Schmeißt sie raus, die Judenbande!“ (Erdmann 1969: 100) Da verschiedene Organisationen der Arbeiterbewegung Gegenkundgebungen abhielten (am 24. Juni 1922 war der Außenminister Walther Rathenau von der O.C. ermordet worden, auch wirkten die Ereignisse vom vergangenen Jahr noch nach), kam es zu Straßenkämpfen.³ Antifaschisten dürften die provokativ auftretenden Nazis auf ihrem Marsch in Uniform und Musikkapelle vom Bahnhof zur Unterkunft wohl zuerst angegriffen haben, doch diese hielten sich an keine behördlichen Vorgaben und droschen mit allen Mitteln auf ihre Gegner ein.⁴

Adolf Hitler trat im örtlichen Hofbräuhaus auf und traf dort wahrscheinlich zum ersten Mal mit Carl Eduard und dessen Gemahlin zusammen. Daraus entwickelte sich eine anhaltende Männerfreundschaft, von der der Herzog vor allem nach 1933 immer wieder schwärmte. Er war kein geringerer Antisemit als Hitler, denn seiner Meinung nach waren die Juden alle Bolschewiken und für die Revolution und seine Absetzung im November 1918 verantwortlich.

Die Reden von Hitler und anderen Nazis fanden großen Beifall. Man verabschiedete eine Resolution zugunsten eines „entschlossenen Kampfes gegen Versailles und die Kriegsschuldflüge“, gegen die Berliner „Erfüllungspolitik“ und gegen die „Auslieferung der ‚Kriegsverbrecher‘“, und man verurteilte die Berliner Regierungen, die Aktionen der „deutschvölkischen Bewegung“ unterbunden hatten.

Carl Eduard wurde im Laufe der Jahre im Dritten Reich – auch weil er seine internationalen Beziehungen nach Schweden und England zugunsten des Reiches ausspielte – mit Orden und Ehrenzeichen überhäuft. Der angebliche „Marsch auf Koburg“ (sic; Hitler und die Nazis benutzten die Schreibweise von vor 1920) wurde ein wichtiges Datum in der Gründungsmythologie der NSDAP; allerdings wird der Herzog in *Mein Kampf* nicht namentlich erwähnt.

Am „Hitlerputsch“ (8./9. November 1923) im folgenden Jahr in München war Carl Eduard nicht beteiligt, weil er immer noch in enger Verbindung mit Hermann Erhardt stand, der eigene Putschpläne entwickelt hatte. Zwar wurde der Erhardt-Mann Alfred Hoffman Stabschef der SA, doch eine Beteiligung am Putsch in München lehnte Erhardt ab. Er war ziemlich eng mit dem bayerischen Staatskommissar Gustav von Kahr befreundet, dessen Hauptinteresse der Installierung einer rechtsgerichteten Regierung in Berlin galt.⁵ Dazu sollten die Truppen von Erhardt ggf. in der Reichshauptstadt einmarschieren. Daher wurde er von den rechtsradikalen Kreisen in München als Verräter angesehen.

Die Intentionen des Herzogs treten in einem Brief von Ende November 1923 an seine Schwester ziemlich unverhüllt zutage: „Ich kann derzeit nicht die bayerische Grenze in den Norden Deutschlands überqueren, ohne Gefahr zu laufen, dass man mich festnimmt und nach Leipzig (Sitz des Reichsgerichts, [d.Verf]) schickt – schließlich gehöre ich der Marinebrigade Erhardt an, einem höchst illegalen Freikorps, das in ganz Deutschland gefürchtet und verfolgt wird, *außer in Bayern*. Nun arbeiten wir unermüdlich daran, alle vaterländischen Kampfverbände unter dem alleinigen Kommando von Hauptmann E. zu vereinen. Die bayerische Staatsregierung ermöglicht uns das inoffiziell.“ (zit. nach Urbach 2018: 195)

Nach 1923 beruhigte sich die politische Lage in Bayern und im Reich. Doch die Weltwirtschaftskrise bestärkte die alten Ressentiments. Die antisemitische Agitation der NSDAP („Coburg den Coburgern! Palästina für die, die dort hingehören!“) war entscheidend für ihren Wahlsieg bei den Kommunalwahlen im Juni 1929. Die NSDAP gewann

13 der 25 Stadtratssitze und Coburg wurde die erste Stadt in Deutschland, die von einem Nazi-Bürgermeister regiert wurde. Der Kandidat, Franz Schwede, hatte seine Stellung als Maschinenschlosser bei den Stadtwerken verloren, weil er einen jüdischen Geschäftsmann mit antisemitischen Sprüchen beschimpft und beleidigt hatte. Die NSDAP schlachtete ihren Sieg natürlich reichsweit genüsslich aus; Carl Eduard hatte mit Geld und eigenem Auftreten bei NS-Veranstaltungen die Partei unterstützt. Im Februar 1932 verlieh Coburg Hitler die „Ehrenbürgerwürde“.

Carl Eduard war von Benito Mussolini und dem italienischen Faschismus fasziniert, weil er scheinbar die Monarchie und den alten Adel mit den neuen „Eliten“ verschmolz. Solches erhoffte er sich auch für Deutschland. Dazu gründete er 1931 zusammen mit dem Auftraggeber des Mordes an Rosa Luxemburg, Waldemar Papst (1881–1970)⁶, eine „Gesellschaft zum Studium des Faschismus“. Damit gelang es dem Herzog auch, wichtige Industrielle der DNVP für die Nazis zu interessieren.

Literatur:

- Erdmann, Jürgen, 1969: *Coburg, Bayern und das Reich. 1918–1923, Coburg* (Rossteutscher Verlag).
- Falusi, Christian/Bartuschka, Marc (Hrsg.) 2020 : « Engere Heimat ». Die Gründung des Landes Thüringen, Wiesbaden (Weimarer Verlagsgesellschaft).
- Hayward, N.F./Morris, D.S., 1988: *The First Nazi Town*, New York (St. Martin's Press).
- Malinowski, Stephan, 2004: *Vom König zum Führer. Deutscher Adel und Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main (Fischer).
- Urbach, Karina, 2019: *Hitlers heimliche Helfer. Der Adel im Dienst der Macht*, Darmstadt (wbg), 2. Auflage.

1 Die hochadligen Häuser Coburg, Hessen, Leiningen (Battenberg) und Hohenlohe waren sowohl mit dem britischen wie dem russischen Herrscherhaus eng verwandt. Alle diese Häuser unterstützten aktiv die Nationalsozialisten. (Urbach, 2019: 171; Malinowski 2004: 564ff.) Der wichtigste Grund lag in ihrer Angst vor der Revolution und dem „Bolschewismus“.

2 Die Fahrkarte kostete stattliche 190.– RM, der ganze Zug 120 000 RM. Hinzu kam eine beachtliche Teilnahmegebühr. Einfache Arbeiter hätten sich die Fahrt ohne Subvention von reichen Gönnern nie leisten können! (Erdmann 1969: 94f.)

3 Vgl. Ian Kershaw, *Hitler. 1889–1936*, München (DVA) 1998, S. 227f.

4 Es kam zu zahlreichen Strafanzeigen und Hitler wurde im Dezember und Januar zweimal von der Münchener Staatsanwaltschaft vernommen, wo er sich als Unschuldslamm gebärdete. Das Protokoll findet sich im Anhang bei Erdmann 1969: 159–162.

5 Hitler machte Gustav von Kahr für die Niederschlagung des Putsches, bei dem 16 Putschisten und vier Polizisten ums Leben kamen, verantwortlich. Deswegen wurde der Pensionist in der „Nacht der langen Messer“ am 30. Juni 1934 im KZ Dachau umgebracht.

6 Vgl. das Buch von Klaus Gietinger, *Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung der Rosa L.*, Berlin 1995.



DIE WELT NACH CORONA AUS SICHT DES KAPITALS

Das Homeshoring, wie sich dieser Trend nennt, habe sich zu einer „spannenden alternativen Organisationsform“ entwickelt, „wenn andere Kostensenkungsprogramme ihr Ziel verfehlt haben“, so der Unternehmensberater Ingo Scheidweiler zur Heimarbeit als Rationalisierungsmethode.

■ **Julien Salingue**

■ In ihrem Buch *Gegen Trump. Wie es dazu kam und was wir jetzt tun müssen*. (2017) greift Naomi Klein auf das zurück, was sie in ihrem 10 Jahre zuvor erschienen gleichnamigen Buch *Die Schock-Strategie* genannt hatte: „Eine „Schock-Strategie“ ist ein Bündel von taktischen Grausamkeiten, die darauf abzielen, die Konfusion in der Bevölkerung nach einem kollektiven Schock [...] systematisch auszunutzen, um extreme Maßnahmen zugunsten der Großkonzerne durchzusetzen, Maßnahmen, die oft als „Schocktherapie“ bezeichnet werden.“ Zweifellos ist die Covid-19-Krise ein besonders spektakuläres Beispiel für einen solchen Prozess, bei dem die herrschenden Klassen versuchen, ihre Positionen brutal durchzusetzen, indem sie sich die Folgen der kollektiven Schockstarre zunutze machen, die bei jeder Krise solchen Ausmaßes auftritt. Frankreich ist in dieser Hinsicht ein Lehrbuchbeispiel.

Natürlich ist es nicht unser Anliegen, die wabernden Verschwörungstheorien aufzugreifen, von denen eine obskurer ist als die andere und die glauben machen wollen, dass die herrschenden Klassen die Covid-Krise „provoziert“ oder gar „organisiert“ haben, um somit ihre politischen Schweinereien zu legitimieren. Aber nichtsdestotrotz müssen wir gewärtigen, dass die gegenwärtige Krise eine enorme Chance für die Bourgeoisie und ihre politischen Sachwalter*innen darstellt, um im Namen einer „Ausnah-

mesituation“ sozialfeindliche Maßnahmen durchzusetzen (längere Arbeitszeiten, niedrigere Löhne, Einschränkungen der demokratischen Rechte etc.), wobei solche unpopulären Maßnahmen als „vorübergehend“ ausgewiesen werden, während sie in Wahrheit auf Dauer angelegt sind.

Die Ausnahme wird zum Normalzustand

In diesem Zusammenhang sei an die Ereignisse in Frankreich in den zwei Jahren von November 2015 bis November 2017 erinnert, in denen der nach den Anschlägen vom 13. November verhängte Ausnahmezustand immer wieder verlängert wurde, bevor schließlich die meisten Bestimmungen in das allgemeine Recht überführt und somit normalisiert wurden. In diesen beiden Jahren hielten Hollande und Valls daran fest, dass der Ausnahmezustand aufrecht erhalten werden müsse, wobei sie immer Gründe fanden, Maßnahmen zu verlängern, die nach ihrer Lesart durch den „Notstand“ legitimiert seien. Macron, Castaner und Konsorten standen dem nicht nach und beendeten diesen „Normalisierungsprozess“ im Herbst 2017 mit einer Erklärung des Innenministers: „Ich bin der Ansicht, dass meine Freiheit nicht durch etwas bedroht wird, das es mir erlaubt, den Terrorismus wirksam zu bekämpfen.“

Die „Welt danach“, die so manche – durchaus aufrichtig – herbeisehnen, ist aus der politischen Sicht der

herrschenden Klassen in Wirklichkeit schon da. Auch wenn diese die gegenwärtigen und zukünftigen Krisen nicht in ihrem genauen Verlauf vorhersehen können, ist ihre Marschrichtung großteils schon vorgegeben: Angeblich seien sie sich dessen bewusst, dass es Veränderungen braucht, aber bloß, um somit reaktionäre Maßnahmen besser verkaufen zu können; sie nehmen die Kritik am System auf ihre Kappe, um daraus Maßnahmen abzuleiten, die das System in keiner Weise gefährden oder es gar noch konsolidieren; kurzum wollen sie den Ausnahmezustand aufrechterhalten, um ihn zum Normalzustand zu machen. Zwar hat es so noch niemand formuliert, aber man kann sich die Worte schon ausmalen: „Ich bin der Ansicht, dass meine sozialen Rechte nicht durch etwas bedroht sind, das es mir erlaubt, die Wirtschaftskrise wirksam zu bekämpfen.“

Das Programm bleibt gleich

Insofern ist es völlig illusorisch zu glauben, dass die gegenwärtige Krise die herrschenden Klassen von der Notwendigkeit überzeugen könnte, „ihr Programm zu ändern“ oder auch nur substanzielle Änderungen daran vorzunehmen, obwohl die Krise zweifelsfrei gezeigt hat, dass das kapitalistische System strukturell unfähig ist, die Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung zu befriedigen und stattdessen einzig von der Logik des Profits getrieben wird. In diesem Zusammenhang mögen bestimmte Maßnahmen auf den ersten Blick als ungewohnter staatlicher Interventionismus erscheinen, aber sie brechen keineswegs mit den Prinzipien des Neoliberalismus. Als Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire im März von staatlichen „Kapitalbeteiligungen“ oder gar „Verstaatlichungen“ sprach, ging es in keiner Weise darum, Unternehmen, die unentbehrliche Güter und Dienstleistungen produzieren (z. B. die Pharmaindustrie), unter öffentliche Kontrolle zu stellen, sondern darum, die von der Börsenkrise bedrohten „Juwelen“ des französischen Kapitalismus zu retten und sie vor ausländischer Konkurrenz zu schützen.

Dasselbe gilt für die versprochenen „Investitionsvorhaben“, unter anderem im Gesundheitswesen. Dazu schreibt Gilbert Achcar zu Recht: „Wir können mit Sicherheit vorhersagen, dass die Neoliberalen widerspruchlos die Ausgaben für das öffentliche Gesundheitswesen erhöhen werden, aber nicht ohne sicherzustellen, dass ihre Spezien in den Pharmakonzernen etc. davon profitieren werden. Sie werden dies auch nicht tun, weil sie über Nacht zu Verfechtern des Wohlfahrtsstaates geworden sind oder weil sie sich um die Bevölkerung sorgen, sondern weil sie

die wirtschaftlichen Folgen einer neuen Pandemie oder einer zweiten Welle der aktuellen Pandemie fürchten. Das Problem ist, dass sie natürlich versuchen werden, dies auf Kosten anderer Grundbedürfnisse der Bevölkerung umzusetzen, etwa des Bildungswesens, der Renten oder der Arbeitslosenunterstützung, und dabei gleichzeitig den Lohnabhängigen – durch Maßnahmen wie Lohnstopps oder gar –kürzungen – die Kosten für die „Rückkehr zur Normalwirtschaft“ aufbürden.“¹

Dass Macron und Konsorten durch ihr katastrophales Krisenmanagement gegläntzt haben, lag nicht nur an ihrer Inkompetenz, sondern auch an ihrer Ideologie, ihrem Verständnis von Wirtschaft, sozialen Beziehungen und Politik. In der beschränkten Sichtweise dieser glückseligen Jünger der Marktwirtschaft darf es keine Entscheidungen geben, die die kapitalistische Logik langfristig auch nur im Geringsten in Frage stellen könnten. Sie werden lieber zig Milliarden Euro öffentlicher Gelder ausgeben, um die Großkonzerne über Wasser zu halten, als sie unter öffentliche Kontrolle zu stellen; sie werden sich weigern, den Preis für Schutzmasken ernsthaft zu deckeln – geschweige denn sie kostenlos zu machen – indem sie argumentieren, dass „die Innovation nicht behindert werden darf“; sie werden den Pflegern und Krankenschwestern Prämien versprechen, statt ihre Gehälter zu erhöhen; sie werden an die umsonstige Nächstenliebe appellieren, statt ausreichend Personal im öffentlichen Dienst und vor allem in den Krankenhäusern einzustellen.

Sie sagen, was sie wollen ...

Die Sachberichte und Empfehlungen der verschiedenen wirtschaftsfreundlichen Lobbys wie z. B. die viel beachteten „Anmerkungen“ des Montaigne-Instituts zur Arbeitszeit² zeigen eindeutig, dass die unbedingten Verfechter des Kapitalismus keineswegs die Absicht haben, wirkliche Zugeständnisse zu machen oder von ihren Grundprinzipien abzurücken. Insofern teilen wir die Analyse von Jean Castillo in einer Veröffentlichung für Attac: „Über den Gesundheitssektor hinaus und auf einer eher allgemeinen Ebene wird seit Beginn der Krise stets propagiert, dass an der Marktwirtschaft wegen ihrer organisatorischen und ordnungspolitischen Kapazitäten festgehalten und der Staat auf Distanz gehalten werden müsse. Diese vorherrschende Position richtet sich nach wie vor frontal gegen Preiskontrollen und Regulierung von Angebot und Nachfrage. Sowohl Denkfabriken als auch einzelne Experten verweisen auf die Gefahr, dass der Staat wieder zu viel Einfluss auf

den Markt erlangen könnte, wohingegen sie immer noch das Heil in der Deregulierung sehen.“³

Dies bedeutet keineswegs, dass die Kapitalist*innen einfach nur zuwarten würden und bloß im Sinn haben, alles wieder wie vor der Krise zu handhaben, allein schon weil sie wissen, dass die Krise anhalten und die sozialen Beziehungen insgesamt verändern wird. Und wir können getrost davon ausgehen, dass sie alles daran setzen, dass diese Veränderungen nur zu ihren Gunsten ausfallen, indem sie die Covid-Krise nutzen, feste Pflöcke einzuschlagen, und uns vormachen, dass es jetzt an der Zeit sei, politisch zu handeln. In einem am 28. Mai veröffentlichten Papier, das eine Liste von „Vorschlägen für einen nachhaltigen Wiederaufschwung“⁴ enthält, macht das Medef keinen Hehl daraus: „Die Krise hat gezeigt, dass so manches nicht richtig funktioniert oder gar zu schwerfällig ist. Diese Erkenntnis müssen wir nutzen, um unsere Wirtschaft wieder aufzubauen und dabei die Erfordernisse zu berücksichtigen, die sich in dieser Krise offenbart haben.“ Und hinter den hehren Parolen („ökologischer Wandel“, „digitaler Wandel“ usw.) steht ganz klar, was sie eigentlich wollen: „Alle Beteiligten (Regierung, Unternehmen, Beschäftigte, Verbraucher, junge Generationen und Verbände) müssen für dieses gemeinsame Ziel [den „Wiederaufbau“] mobilisiert werden. Wir müssen Frankreich modernisieren und unsere Wirtschaft und unseren Arbeitsmarkt im Rahmen der Europäischen Union wiederaufbauen und gleichzeitig die Unternehmensfreiheit fördern.“

Die gleichen Töne schlägt die iFRAP-Stiftung, eine Denkfabrik der Unternehmer*innen, die von der äußerst medienwirksamen Agnès Verdier-Molinié⁵ geleitet wird, in ihrem Bericht⁶ an: „Diese Krise hat unsere Fehler der Vergangenheit ans Licht gebracht und stellt uns vor die Frage, wie wir wieder auf die Beine kommen, Arbeitsplätze und Wachstum schaffen können. Dies ist unsere Herausforderung für die Zukunft, denn nach unseren Berechnungen anhand des Némésis-Modells wird das französische BIP seinen Wert von 2019 erst 2024 wieder erreichen. Dies erreichen wir sicher nicht nach althergebrachter Art mit höheren Ausgaben, vor allem bei den Sozialausgaben, und höheren Steuern. In einer Zeit, in der einige einen nachfrageorientierten Aufschwung herbeisehnen, hält es die iFRAP-Stiftung für dringend erforderlich, das Produktionssystem durch Angebotssteigerungen und Strukturreformen zu stützen, die auf Unternehmen und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet sind. Es besteht die dringende Notwendigkeit, die Widerstandsfähigkeit unserer Wirtschaft zu stärken und unsere öffentlichen

Finanzen wieder auf einen nachhaltigen Pfad zu bringen.“ Man unterlässt die Heuchelei. Man redet, was man denkt ... [frei nach Molière].

... und nutzen die Zeit für ihre Offensive

Nichts Neues unter der Sonne, werden einige sagen. Kapitalisten sind Kapitalisten, und Neoliberale sind Neoliberale. So ist die aktuelle Offensive zur Arbeitszeitverlängerung (Wochenarbeitszeit, Abschaffung von Feiertagen und der AZV etc.) nur ein weiterer Aufguss des unerbittlichen Kampfes, der seit dem 19. Jahrhundert währt, und des Kampfes für den Zehn-Stunden- und später für den Acht-Stunden-Tag. Aber wir sollten nicht unterschätzen, dass die herrschenden Klassen sich das Hirn zermartern und versuchen, aus der Covid-Krise Profit zu ziehen, um den Spielraum für weitere Gegenreformen auszuloten. In gewisser Weise hat diese Krise ganzen Sektoren der Bourgeoisie als Experimentierfeld gedient, um neue Modelle unter realen Bedingungen zu testen, die sie nun durchgängig einsetzen wollen.

Beispielhaft ist in dieser Hinsicht die Telearbeit (Homeoffice). Von den Millionen von Beschäftigten, die während des Lockdowns von zuhause aus arbeiteten (20 % der erwerbstätigen Bevölkerung laut den verschiedenen Umfragen), merkten viele im Laufe der Wochen, dass die „Freiheit“, zuhause zu arbeiten, relativ ist. Laut einer Gewerkschaftsumfrage unter 34 000 Beschäftigten⁷ stellten beispielsweise mehr als 30 % der Befragten, die Telearbeit leisteten, eine Zunahme ihrer Arbeitsbelastung fest (40 % unter den leitenden Angestellten), wobei 78 % von ihnen angaben, dass sie kein Recht auf Unterbrechung der Online-Verbindung hatten, um Ruhezeiten zu garantieren. 82 % gaben sogar an, dass die Zeitfenster, in denen sie erreichbar sein sollten, nicht genau festgelegt waren. Zudem war während der Schließung von Schulen und Kindergärten keine Kinderbetreuung vorgesehen, wovon insbesondere Frauen betroffen waren, etc.

Diese „Flexibilisierung“ geht einher mit einer Atomisierung der Beschäftigten, mit einer zunehmenden Individualisierung der Aufgaben und der Beziehungen zu den Vorgesetzten und mit dem faktischen Verschwinden jeglichen kollektiven Rahmens der Kommunikation und gar Organisation, um damit umzugehen. Für die Arbeitssoziologin Danièle Linhart „verstärkt die Arbeit fern von Kolleg*innen tendenziell die Gefahren, die das moderne Management eingeführt hat, nämlich die Stimulierung einer narzisstischen Dimension, die den eigentlichen Sinn der Arbeit reduziert, nämlich für andere und mit anderen

zu arbeiten und nicht um der Beste zu sein in einem imaginären Wettbewerb mit sich selbst und den anderen. Weit weg von anderen zu arbeiten birgt auch die Gefahr, die abstrakte Dimension der Arbeit weiter zu verschärfen, die durch ein Management installiert wurde, das von Zahlen, Formalisierung und Kontrolle besessen ist und Verfahren, Protokolle und Berichtswesen vervielfacht. Weit weg von anderen zu arbeiten, führt auch potentiell dazu, über weniger Intelligenz, Erfahrung und Erfindungsreichtum zu verfügen, um mit den Problemen der Aufgabenstellung fertig zu werden, weil die zunehmend dringlichere Unterstützung durch das Kollektiv entfällt.“⁸

Es ist daher kaum verwunderlich, dass der Unternehmerverband Medef und die Denkfabriken des Kapitals offen damit liebäugeln, etliche Beschäftigte weiterhin von zuhause aus arbeiten zu lassen, zumal die Unternehmen dadurch einen gewissen Teil ihrer Kosten auf ihre Mitarbeiter abwälzen konnten (Computer-Hardware, Software, Internet-Abonnements, ergonomische Arbeitsmittel etc.)⁹. In dem bereits erwähnten Medef-Bericht kann man demnach auch lesen, dass es erforderlich ist, „Lehren aus der Zeit des Lockdowns zu ziehen, um über neue Arbeitsformen und betriebliche Erfordernisse (insbesondere durch Telearbeit) nachzudenken“, „alle Formen der Telearbeit zu erleichtern“ oder sogar „die Digitalisierung der öffentlichen Dienste in bestimmten Sektoren, in denen Telearbeit möglich ist, zu beschleunigen“. Natürlich geht es dabei nicht im Geringsten um Maßnahmen, diesen Sektor „sozial“ zu gestalten und zu regulieren.

Wir stehen vor massiven Angriffen ...

Statt der Telearbeit hätte man auch viele andere Beispiele nehmen können, wie das Bildungswesen, wo „die Krise wohl einen Feldversuch ermöglicht hat, wo mit Fernunterricht Erfahrungen gesammelt werden konnten und Lehrer*innen mit Worten wie ‚Sie sollen Erdbeeren pflücken‘ herabgewürdigt wurden, um so das öffentliche Schulwesen auf ein Minimum zu reduzieren und die Aufgaben der Wissensvermittlung so weit wie möglich zu externalisieren. Auf diese Weise können Privatfirmen Ergänzungsunterricht oder freiwillige Kurse verkaufen, wobei es dem Markt überlassen wird, die Bildungsziele je nach sozialen Merkmalen der Familien komplett zu variieren.“¹⁰ Düstere Aussichten, die leider alle Bildungsebenen, vom Kindergarten bis zur Universität, betreffen.

In diesem Zusammenhang könnte man auch die (Fern-)Überwachung thematisieren, wobei die Covid-Krise dazu dient, die technische und symbolische Kontrolle des öffent-

lichen Raums auszuweiten und als „normal“ zu verkaufen: Ausgangsbescheinigungen unter Androhung von Geldstrafen, Aufteilung in „erlaubte“ und „verbotene“ Zonen, verstärkte Polizei- und Militärpräsenz etc. Die Wochen, die hinter uns liegen, erinnern unweigerlich an das Werk von Michel Foucault, der in *Überwachen und Strafen* (1975) untersuchte, wie Pestepidemien von den öffentlichen Behörden gehandhabt wurden, und daraus folgende Schlussfolgerung zog: „Die verpestete Stadt, die von Hierarchie und Überwachung, von Blick und Schrift ganz durchdrungen ist, die Stadt, die im allgemeinen Funktionieren einer besonderen Macht über alle individuellen Körper erstarrt – diese Stadt ist die Utopie der vollkommen regierten Stadt/Gesellschaft. Die Pest (jedenfalls die zu erwartende) ist die Probe auf die ideale Ausübung der Disziplinierungsmacht. Versetzten sich die Juristen in den Naturzustand, um die Rechte und Gesetze in der reinen Theorie funktionieren zu lassen, so träumten die Regierenden vom Pestzustand, um die perfekten Disziplinen funktionieren zu lassen.“

Für die herrschenden Klassen ist die Covid-Krise eine Gelegenheit, auf eine Neuordnung der sozialen Beziehungen auf der Grundlage der jüngsten Neuerungen zu drängen. Diese Neuordnung soll nach dem Willen der Vordenker des Kapitals und dessen politischen Sachwalter alle Lebensbereiche umfassen und zur Voraussetzung haben, dass die Grundprinzipien des Kapitalismus hochgehalten werden und die Marktlogik in weitere Sphären eindringen kann. Gegen diese tiefgreifende Umstrukturierung, die zu noch mehr Unterdrückung und Ausbeutung von Mensch und Natur und damit zu immer mehr Krisen mit katastrophalen sozialen und ökologischen Folgen führt, müssen wir uns wehren. Mit anderen Worten, wir müssen die herrschenden Klassen ernst nehmen und dürfen nicht der Illusion erliegen, dass ihr chaotischer und gar katastrophaler Umgang mit der Krise an fehlenden Perspektiven oder Strategien liegt. Vielmehr kommt darin ein typisch kapitalistisches, aber einem ständigen Wandel unterworfenen Weltbild zum Ausdruck und die durch die Pandemie geschaffene Ausnahmesituation ist eine Gelegenheit, radikale Gegenreformen in Angriff zu nehmen und gleichzeitig zu versuchen, die destabilisierende Hegemoniekrise der Bourgeoisie zu überwinden oder gar zu lösen, auch wenn dies mit der weiteren Zunahme autoritärer Züge der politischen Machtstrukturen einhergeht.

... gegen die wir uns umgehend wehren müssen

Für die soziale und politische Linke war die Zeit des Lockdowns nach anfänglicher Verunsicherung Anlass, in

vielerlei Hinsicht darüber nachzudenken, wie die „Welt von morgen“ aussehen soll. In diesem Zusammenhang möchten wir auf den „Plan für einen Ausweg aus der Krise“ vom 26. Mai¹¹ verweisen, der von 20 Organisationen, Initiativen und Gewerkschaften ausgearbeitet worden ist und 34 soziale, ökologische und demokratische Maßnahmen vorschlägt und für einen „Systemwechsel“ plädiert. Hier ist nicht der Ort für eine detaillierte Analyse der Vorschläge dieses Kollektivs, die von einem „Notfallplan für das öffentliche Krankenhauswesen“ über „die Einstellung öffentlicher Subventionen für umweltschädliche Industrien“, „die Stärkung der Arbeiter*innenrechte“, „die Verkürzung und Aufteilung der Arbeitszeit“ bis hin zu „einem garantierten Recht auf Einkommen und sozialen Schutz für alle“ reichen. All dies sind Vorschläge, die von einem in dieser Breite beispiellosen kollektiven Bündnis getragen werden, die jetzt öffentlich diskutiert werden und deren Hauptverdienst darin besteht, dem Prinzip: „Es gibt keine Alternative“ entgegenzuwirken, den uns der herrschende Diskurs aufzwingen will.

Was uns in diesem Zusammenhang mehr interessiert, sind die konkreten Bedingungen, unter denen der Widerstand von unten gegen die gegenwärtige Offensive aufgebaut werden kann. Dabei geht es um spezifische Forderungen der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche, aber auch um ein umfassenderes Notfallprogramm, in dem Forderungen zusammengefasst und formuliert werden, die den Plänen und Interessen der Kapitalisten diametral entgegenstehen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass es innerhalb der politischen Linken zwei gegensätzliche Herangehensweisen gibt, deren eine aus dem Aufruf „Erneuerte pluralistische Linke“ vom 14. Mai hervorgeht.¹² Dieser Text will originell und punktuell radikal erscheinen, schlägt dabei aber nichts anderes vor als den Aufbau einer „politischen Alternative“ um die PS, die Umweltpartei Place publique, die Grünen aus der EELV und die „gemäßigten“ Tendenzen innerhalb der PCF. Eine ausschließlich auf die Institutionen orientierte Herangehensweise nach althergebrachter Art, die kein Wort darüber verliert, wie die Kräfteverhältnisse geändert und Mobilisierungen angestoßen werden können, als könne man bis zu den Wahlen 2022 warten, um sich gegen die laufende Großoffensive zu wehren.

Kurzum kommt darin das genaue Gegenteil von dem, was die Situation erfordert, zum Ausdruck, abgesehen von der besonders minimalistischen Programmatik des Aufrufs. Wie erwähnt begnügen sich die herrschenden Klassen nicht damit, eine „Welt nach Corona“, also einen

Neuanfang zu versprechen oder gar abzuwarten, sondern sie arbeiten bereits daran, und die kleinlichen Kalküls und großartigen Manöver derjenigen, die auf die nächsten Wahlen warten wollen, werden sie nicht in die Knie zwingen. Im Gegenteil, wenn man die Bevölkerung glauben machen will, dass die kleinen Leute alles (wieder) zu ihren Gunsten drehen können, ohne dass Massenmobilisierungen die bereits laufenden Angriffe so schnell wie möglich stoppen, heißt dies nur, sich auf die nächsten Nackenschläge einzustellen oder gar Schlimmeres.

Der Kapitalismus, insbesondere in seiner neoliberalen Version, ist sicherlich erheblich diskreditiert, und im Falle Frankreichs sollten die politischen und ideologischen Errungenschaften der Gelbwesten-Bewegung und der Mobilisierung gegen die Rentenreform nicht unterschätzt werden. Insofern gibt es keinen Grund für die Antikapitalist*innen und Revolutionär*innen, zu verzagen, und wir müssen uns voll und ganz dem „Kampf der Ideen“ widmen: Es geht darum, die Perspektive einer anderen Welt, einer anderen Produktionsweise, einer ökosozialistischen Gesellschaft nach vorne zu bringen, und uns dabei zunutze zu machen, dass sich in der Covid-Krise gezeigt hat, wie uns das kapitalistische System in eine tödliche Sackgasse geführt hat, was unserem Programm/Projekt ein ganz besonderes Echo verleihen kann.

Einerseits müssen wir unbedingt ein Notfallprogramm propagieren, mit Forderungen, die mit den Interessen der Kapitalist*innen unvereinbar sind, und die Idee verbreiten, dass „eine andere Welt möglich“ ist. Aber dies macht nur dann Sinn, wenn wir dabei den Widerstand gegen die kapitalistische Politik und deren Pläne zum jetzigen Zeitpunkt organisieren, sonst bleiben die Diskussionen über das „was möglich ist“ bloß tote Buchstaben. „Von nun an ist die Gegenwart kein einfaches Glied mehr in der Kette der Zeiten, sondern ein Augenblick der Auswahl des Möglichen; die Beschleunigung der Geschichte ist nicht die einer von Schnelligkeit berauschten Zeit, sondern die Auswirkung der verteuerten Rotationen des Kapitals; das revolutionäre Handeln ist nicht der Imperativ einer kontrollierten Fähigkeit, Geschichte zu machen, sondern das Engagement in einem Konflikt mit ungewissem Ausgang.“¹³

Die Kämpfe waren durch den Lockdown nicht völlig verschwunden und nehmen im Zuge der Lockerungen wieder zu, unter anderem und vor allem im Gesundheitswesen, aber auch in den Unternehmen, angesichts der Entlassungswellen und des Stellenabbaus, oder auch als Protest gegen Rassismus und Polizeigewalt. Sie sind ein

wichtiger Hebel, um gegen die „Schocktherapien“ der herrschenden Klassen auf Augenhöhe vorzugehen. Nur ein entschlossenes, kollektives Handeln, hier und jetzt, gegen das, was bereits vorhanden ist, kann aufzeigen, was morgen „möglich“ ist, und „etwas anderes“ ins Auge fassen als den Alptraum, den uns die Kapitalisten versprechen.

Aus: *l'Anticapitaliste la Revue* vom Juni 2020

■ Übersetzung: MiWe

1 Gilbert Achcar, *Auto-extinction du néolibéralisme ? N'y comptez point*, online unter <https://npa2009.org/actualite/economie/auto-extinction-du-neoliberalisme-ny-comptez-point>

2 *Rebondir face au Covid-19 : l'enjeu du temps de travail*, Mai 2020, online unter: <https://www.institutmontaigne.org/publications/r...>

3 Jean Castillo, *Comment les néolibéraux veulent profiter de la crise sanitaire*, 7. Mai 2020, online unter: <https://france.attac.org/se-mobiliser/que-faire-face-au-coronavirus/article/comment-les-neoliberaux-veulent-profiter-de-la-crise-sanitaire>

4 *Pour une "prise de confiance", propositions du Medef pour une relance durable*, 28. Mai 2020, unter: <https://www.medef.com/uploads/media/default/0018...>

5 Vgl. Pauline Perrenot (mit Kilian Sturm), *Agnès Verdier-Molinié, ou la „pédagogie“ à coups de marteau : „Sus à l'hôpital public“ !*, Acrimed, 15. April 2020, unter <https://www.acrimed.org/Agnes-Verdier-Molinie-ou...>

6 *Le plan de la Fondation iFRAP pour l'emploi et la croissance et surmonter la crise*, 7. Mai 2020, unter <https://www.ifrap.org/etat-et-collectivites/le-p...>

7 *Le travail sous épidémie*, 5. Mai 2020, unter <https://luttevira-le.fr/enquete/rapport/>

8 Beitrag von Danièle Linhart auf der Website von éditions Éres: <https://www.editions-eres.com/edito/89>

9 Vgl. hierzu die unter 7 erwähnte Untersuchung.

10 Stéphane Bonnery, *Covid-19 et accélération de la crise de l'école. Leur projet et le nôtre*, Contretemps-web, 31. Mai 2020, unter <https://www.contretemps.eu/covid19-crise-ecole-b...>

11 Vgl. hierzu u. a. auf der Website von Attac: *Plus jamais ça ! 34 mesures pour un plan de sortie de crise*, 26. Mai 2020: <https://france.attac.org/nos-publications/notes-et-rapports/article/plus-jamais-ca-34-mesures-pour-un-plan-de-sortie-de-crise>

12 *Au cœur de la crise, construisons l'avenir*, l'Obs, 14. Mai 2020, unter <https://www.nouvelobs.com/politique/20200514.OBS...>

13 Daniel Bensaïd, *Der unzeitgemäße Marx*, S. 74



JANEZ JANŠA ALS STIFTER DES „JANSAISMUS“

Das Wort „janšizem“ (Jansaismus) wird seit 1995 so oft gebraucht, dass es sogar Eingang in das Wörterbuch der slowenischen Literatursprache gefunden hat.

Definiert wird es dort als „die politische Orientierung (...) des slowenischen Politikers und derzeitigen Ministerpräsidenten Janez Janša“. Inwieweit dessen Politik ein kohärentes Ganzes darstellt, das diese Definition rechtfertigt, ist Gegenstand des folgenden Artikels.

■ **Rastko Močnik**

Der Begriff „Jansaismus“ taucht auf den Fahrraddemonstrationen wieder auf, die seit dem 24. April jeden Freitag in den Städten Sloweniens abgehalten werden, um somit das Verbot öffentlicher Kundgebungen unter der Pandemie zu umgehen. Die Parole der Teilnehmenden dort lautet „Tod dem Jansaismus und Freiheit für das Volk!“ und greift darin das Schlagwort des nationalen Befreiungskampfes in Jugoslawien „Tod dem Faschismus und Freiheit für das Volk!“ auf. Im Programm von Janšas Partei, der Slowenischen Demokratischen Partei (SDS), wird der antifaschistische Kampf als „brudermörderische Revolution“ und der Sozialismus als ein „totalitäres Regime“ bezeichnet. Darin liegt das erste Charakteristikum des Jansaismus, nämlich in einem Geschichtsrevisionismus, der die Erinnerung an den nationalen Befreiungskampf entstellen und die Errungenschaften des Sozialismus vergessen machen will.

Der Diskurs

Die SDS „will eine sozial gerechte Gesellschaft, die auf wirtschaftlichem Wettbewerb beruht“. Dabei waren es genau die Verheerungen der kapitalistischen Konkur-

renzwirtschaft, die den Ruf nach sozialer Gerechtigkeit in den Parteiprogrammen des 19. Jahrhunderts laut werden ließen. Folglich ist die Behauptung, dass Konkurrenz „die Solidarität zwischen den Völkern ermöglicht“, eine gefährliche Illusion. Noch deutlicher wird das Parteiprogramm der SDS, wenn es fordert, dass „die Arbeits- und Kapitalmärkte von Wettbewerbshindernissen befreit werden sollen“. Dabei dient der freie Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt dem Staat dazu, die Arbeiterklasse zu brechen und eine Abwärtsspirale bei den Löhnen, Arbeitsrechten, Arbeitsplatzgarantien und Arbeitsbedingungen etc. in Gang zu setzen. Seit Jahrhunderten kämpft die Arbeiterbewegung gegen die Anarchie des Marktes und sogar humanistisch gesonnene Kapitalist*innen haben versucht, die Auswüchse des Kapitalismus zu zügeln. Damit wären wir beim zweiten Charakteristikum, dem radikalen Neoliberalismus.

Die Forderung nach der Befreiung des Kapitalmarkts ist recht uneindeutig. Gemeint sein kann damit die Freiheit zu Finanzspekulationen, wobei dies bereits heute frei erlaubt ist, wodurch fiktives Kapital erzeugt und die Krise des Kapitalismus verschärft wird. Oder es kann bedeuten,

dass Unternehmensanleihen leichter begeben werden können, um die „Realwirtschaft“ zu stärken. Aber dies wäre eine Geldmarktpolitik und damit eine Regulierung statt einer „Liberalisierung“. Vielleicht ist aber auch gemeint, dass Kapitalinvestitionen angelockt werden müssen, indem das Arbeitsrecht abgeschafft, die Löhne gesenkt und der Umweltschutz ausgeschaltet werden etc. Kurzum meint die SDS, so handeln zu müssen wie es ihre Vorgängerregierungen unter Miro Cerar und Marjan Šarec für Magna getan haben¹. Somit wären wir beim dritten Charakteristikum, der bereitwilligen Unterordnung unter den Neokolonialismus.

Es überrascht wenig, dass im SDS-Programm die „uneingeschränkte individuelle unternehmerische Initiative“ als „Hauptantriebskraft“ rangiert. Umso erstaunlicher hingegen ist, dass dieses Programm einerseits das Kapital gegen die Arbeiter*innen und die Arbeiter*innen wiederum gegeneinander ausspielt, andererseits jedoch einen „nationalen Burgfrieden“ befürwortet. Damit proklamiert die SDS den Klassenkampf des Kapitals und macht die Arbeiter*innen waffenlos, ruft aber zur Versöhnung auf. Demagogie also als viertes Charakteristikum.

Die Regierungspolitik der SDS

Im Jahr 1993 wurde Janša als Verteidigungsminister entlassen, weil sich sein Ministerium in zivile Angelegenheiten eingemischt hatte. Im Jahr 2004 hat die SDS ihre Regierungsfunktion zu Propagandazwecken missbraucht, um das Gesetz zu den „Ausgelöschten“ per Referendum zu kippen.² Im Verein mit anderen Parteien, die nie an der Regierung beteiligt waren, erreichte die SDS, dass die Folgen eines Staatsverbrechens nicht, oder zumindest nicht im möglichen Umfang, von Regierungsseite behoben wurden. Darin liegt das fünfte Charakteristikum, nämlich Machtmissbrauch und Verstoß gegen die Menschlichkeit.

Unter der ersten Regierung Janša (2004 – 2008) wurde der Sozialstaat abgeschafft. Bis dahin hatte die Arbeiterbewegung eine klassenkämpferische Politik verfolgt und die Exzesse der kapitalistischen Restauration – zumindest teilweise – erfolgreich abwehren können. Leider haben sich jedoch die damals starken Gewerkschaften nicht gegen die kapitalistische Restauration und den Beitritt zur neoliberalen EU und zur imperialistischen Nato gewehrt. Diese strategischen Fehler trugen später zur Niederlage der Gewerkschaftsbewegung bei.

Den entscheidenden Beitrag zur Offensive des Kapitals jedoch leistete die Regierung Janša. Mit Unterstützung der Medien begannen die „jungen Ökonomen“ im Gefolge

der Regierung eine neoliberale ideologische Kampagne. Zwar scheiterte die Einführung einer flat rate tax (Einheitssteuer), aber die Steuern für die Aktionäre und Reichen und besonders auf Kapitaleinkünfte wurden gesenkt. Damit wurde der Staatshaushalt chronisch defizitär und die Regierung musste dazu übergehen, Staatsanleihen an ausländische Privatbanken zu tätigen und sich bei den einheimischen staatseigenen Banken zu verschulden. Dies führte zu zwei Konsequenzen, nämlich dass diese einheimischen Banken unkontrolliert Kredite an Staatsunternehmen vergab, die zumeist ihre Schulden gar nicht begleichen konnten, und dass zweitens der Staat immer stärker Auslandsschulden anhäufte, was die nachfolgenden Regierungen dazu zwang, sich den transnationalen Finanzinstitutionen zu unterwerfen.

Unter der ersten Regierung Janša begann eine erneute Privatisierungswelle, die Firmenpleiten und eine Bankenkrise zur Folge hatte, weil sich deren Manager bei den Unternehmensübernahmen verspekuliert hatten. Damit zeigte sich auch in der praktischen Regierungspolitik, was wir oben dem SDS-Programm bereits entnommen haben, nämlich die Hinwendung zum radikalen Neoliberalismus und die Bereitschaft zur neokolonialen Unterwerfung.

Unter der zweiten Regierung Janša (2012 – 2013) wurden die sozialen Schutzfunktionen des Staates weiter eingeschränkt. Mit der Einführung einer Schuldenbremse für den Staatshaushalt ging es denjenigen an den Kragen, die unter dem Existenzminimum leben (Befristung der Ansprüche auf öffentliche Beihilfen, auf Kinderbetreuung, Kindergeld, Sozialversicherung etc.). Selbst die Gepflogenheiten des bürgerlichen Parlamentarismus waren dieser Regierung zu demokratisch und etwa 100 Gesetze wurden per beschleunigtem Verfahren verabschiedet. Diese Abkehr selbst von demokratischen Mindeststandards und Hinwendung zum autoritären Regierungsstil zeigte sich auch darin, wie ein Referendum über die Gründung einer Bad Bank für faule Kredite verhindert wurde, nämlich indem die von den Gewerkschaften gesammelten Unterschriften dafür von den zuständigen Parlamentariern einfach „verloren gingen“.

Der Wendepunkt der zweiten Janša-Regierung war jedoch die Verlagerung innenpolitischer Konflikte auf die internationale Arena. Dies führte nicht nur zu Zwischenfällen in der Bucht von Piran³, sondern die Regierung verkündete sogar, dass Slowenien vom Bankrott bedroht sei und dass Hilfe bei der berüchtigten „Troika“ (EU-Kommission, EZB, IWF) ersucht werden müsse – just zu einer Zeit, wo das griechische Volk von dieser Troika

zur Armut verdammt und Griechenland in eine langfristige Abhängigkeit vom internationalen Finanzkapital gedrängt wurde. Janšas Ankündigung eines möglichen Staatsbankrotts wurde von den Rating-Agenturen dazu benutzt, Sloweniens Kreditwürdigkeit herabzustufen. Die Zinssätze für Staatsanleihen wurden von durchschnittlich 4,3 % im Jahr 2011 auf 6 % im Jahr 2012 erhöht. Experten zufolge stand der Anstieg der Zinssätze in keinem Verhältnis zu den Wirtschaftsdaten. Im Winter 2012 brachen im ganzen Land spontane Massendemonstrationen aus, und die Regierung musste zurücktreten.

Gegenwärtig erhofft sich die Regierung Janša Rückenwind von der viel beschworenen „Mittelschicht“. Ihre Gesetze zur „Bekämpfung des Corona-Virus“ sehen Unterstützungsleistungen für kleine und mittlere, wenig wettbewerbsfähige einheimische Unternehmen vor und senken die Umweltschutzstandards, um Investitionen anzuziehen. Dies ist eine typische Praxis in abhängigen neokolonialen Ländern.

Weitere Einschnitte der Arbeitsschutzgesetze sind vorgesehen, ebenso die Deregulierung des Arbeitsmarktes (Abschaffung der unbegrenzten Arbeitsverträge und noch weiter reichende Prekarisierungsmaßnahmen) sowie die Erleichterung von Entlassungen. Auch die öffentlichen Dienste wie das Gesundheits- und Bildungswesen und sogar die Sozialversicherung sollen weiter privatisiert werden. Dadurch soll die Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen eingeschränkt, der Lebensstandard der Mehrheit gesenkt und besonders die Situation der Beschäftigten verschlechtert werden, die ohnehin bereits unterbezahlt und ohne Arbeitsplatzgarantie sind.

Wie also heißt das Kind beim Namen?

Die „jansaisistischen“ politischen Maßnahmen gehorchen einer einheitlichen Logik: Ihr Neoliberalismus unterscheidet sich nicht prinzipiell von dem anderer bürgerlicher Parteien, aber ihr Radikalismus erzwingt autoritäre Praktiken, absoluten Gehorsam des Beamtenapparats, Demagogie und zunehmend brüskere Kommunikation.

Die drei Regierungen Janša waren Koalitionen. Insofern sollten wir den Begriff des „Jansaismus“ nicht einer Partei, geschweige denn einer Person zuschreiben. Die Parteien der „Mitte“ (DeSUS, SMC) und des rechten Flügels (NSi) bewegten sich mühelos hin zum starken Staat und radikalisierten ihre neoliberale Politik. Eine gegen das Volk gerichtete Politik verleitet rasch zu autoritären Maßnahmen. Sie vereint Entscheidung und Kontrolle in derselben Instanz und macht aus den Behörden sowie den

Verwaltungs- und Berufsverbänden ein einheitliches Instrument gegen die Interessen der Beschäftigten.

Die Besonderheit dieser Politik besteht darin, dass sie den Interessen des Kapitals „im Allgemeinen“ dient, sowohl dem einheimischen als auch dem internationalen. Indem sie die Ausbeutung mehrt, ermöglicht sie den kleinen, nicht wettbewerbsfähigen einheimischen Unternehmen, zu überleben, und verschafft den quasi monopolistischen internationalen Konzernen billige Arbeitskräfte. Beide haben sich an die marginale Position Sloweniens in der Europäischen Union angepasst und verstärken somit unsere neokoloniale Unterordnung.

Der autoritäre Neoliberalismus Sloweniens ist nicht mit der Politik Viktor Orbáns gleichzusetzen. Orbáns Politik zielt auf die Errichtung einer nationalen herrschenden Klasse aus Magnaten, Managern und einer Verwaltungselite, die in der Lage ist, mit dem internationalen Kapital zusammenzuarbeiten und aus Ungarn wieder eine Regionalmacht zu machen. Die autoritären neoliberalen Politiker bei uns begnügen sich hingegen mit Korruption und „Bestechungsgeldern“ und haben keine eigenen Klassenambitionen. Dies haben sie in ihrer vorherigen Amtszeit gezeigt, als sie landesinterne Konflikte auf die internationale Ebene gehoben und die internationalen Kapitalinstitutionen um Hilfe gebeten haben. Es ist insofern angemessener, von einem autoritären Neoliberalismus im Dienste der neokolonialen Politik des internationalen Kapitals zu sprechen.

Aber auch wenn wir den „Jansaismus“ solchermaßen definieren, müssen zwei Aspekte bedacht werden. Erstens: Das Alleinstellungsmerkmal des „Jansaismus“ ist nur die Intensität seiner autoritären Züge. In der allgemeinen Ausrichtung unterscheidet er sich nicht von anderen bürgerlichen Parteien und ihren Regierungen. Insofern – und dies ist der zweite Aspekt – ist das Problem nicht der „Jansaismus“, sondern der „Anti-Jansaismus“. Denn für diese politische Strömung stellen die grundlegenden sozialen Widersprüche – der Kampf zwischen Arbeit und Kapital sowie zwischen Imperialismus und den untergeordneten Völkern – bloß Konflikte zwischen den Fraktionen der herrschenden Bürokratie dar. Aber was hätten wir davon, wenn Šarec (Ministerpräsident 2018 – 2020), Bratušek (Ministerpräsident 2013 – 2014) oder eine neu zusammengewürfelte Koalition die derzeitige Regierung ersetzt? Sie werden dasselbe tun wie Janša, vielleicht weniger unverblümt und vulgär. Wir brauchen eine wirkliche Alternative. Und dies kann keine Alternative zur gegenwärtigen Regierung oder zu Janez Janša

sein, sondern muss eine Alternative zu Imperialismus und Kapitalismus sein.

■ **Rastko Močnik** ist emeritierter Hochschullehrer und seit den 1960er Jahren Mitglied der slowenischen Opposition. Von 1988 bis 1990 war er aktiv im Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte und Gegner der Aufteilung Jugoslawiens 1990.

Aus: *Mladina* vom 7.6.2020

■ *Übersetzung aus dem Frz.: MiWe*

1 Um eine neue Lackiererei für den transnationalen Autozulieferer Magna zu bauen, wurden die Umweltgesetze vom slowenischen Parlament unter der damaligen Koalition (bestehend aus der Partei des modernen Zentrums (liberal), der Demokratischen Rentnerpartei (liberal) und den Sozialdemokraten) geändert. Das Magna-Werk wurde auf geschützten landwirtschaftlichen Flächen errichtet, um so die Wasserversorgung zu gewährleisten.

2 Im Februar 1992 wurden die Namen von 25 671 Personen (mehr als 1 % der Gesamtbevölkerung), die in Slowenien lebten, aber in einer anderen jugoslawischen Republik geboren wurden und die das Formular zum Erwerb der slowenischen Staatsbürgerschaft nicht rechtzeitig ausgefüllt hatten, nach nicht nachvollziehbaren Kriterien aus den nationalen Personenregistern „gelöscht“. Sie wurden somit ihrer Staatsbürgerschaft beraubt. Dieses Vorgehen war dann Gegenstand eines Ende 1999 in Kraft getretenen Gesetzes, das vom von der Vereinigung der ausgelöschten Personen in Ptuj angerufenen Verfassungsgericht als nicht verfassungskonform beurteilt wurde. Das Gericht entschied auch, dass die Opfer Anspruch auf Entschädigung hätten, was zu einer heftigen Kontroverse führte. Im November 2003 wurde ein weiteres Gesetz verabschiedet, das die Rückgabe der Bürger- und Eigentumsrechte an die Ausgelöschten vorsah. Die rechte Opposition, einschließlich der SDS, erwirkte dann im April 2004 ein Referendum dagegen, das von 94 % der Wähler*innen gestützt, aber angesichts der äußerst niedrigen Wahlbeteiligung ignoriert wurde, weswegen das Gesetz von 2003 weiterhin gültig blieb. Im Jahr 2006 kam es zu einem Marsch – „die Karawane der Ausgelöschten“ – durch Italien und Frankreich, um vor dem Europäischen Parlament zu protestieren. Siehe: Die Ausgelöschten. Informationen und Dokumente <https://www.mirovni-institut.si/izbrisani/en/about-the-project/index.html>

3 Im nördlichen Teil der Adria und an der Südspitze des Golfs von Triest gelegen werden die Küsten der Bucht von Piran zwischen Kroatien und Slowenien geteilt. Slowenien nutzte als EU-Mitglied sein Vetorecht, um die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien damals zu verzögern, um eine Änderung der dortigen aus dem früheren Jugoslawien ererbten Grenzverläufe zu erzwingen. Im Jahr 2018 begann die slowenische Polizei damit, kroatische Fischer wegen „Grenzverletzungen“ in der Bucht zu belangen.

■

WAS LEHRT UNS DIE GESCHICHTE DER SYRISCHEN REVOLUTION?

Die syrische Revolution hat viele Feinde: das reaktionäre Regime, die geostrategischen Interessen der Regional- und Großmächte, letztlich aber auch die Schwächen der syrischen Linken und die Desorientierung der internationalen Linken. Dennoch gärt es weiter in der gesamten Region und der Sieg der Reaktion könnte sich als vorläufig erweisen.

■ Joseph Daher

 Vor mehr als neun Jahren begannen die Aufstände in Syrien. Und inzwischen ist die Situation für die Menschen dieses Landes katastrophaler denn je. Das Land befindet sich in einer schweren humanitären Krise, denn mehr als 11,7 Millionen Menschen benötigen dort humanitäre Hilfe, und mehr als 5,6 Millionen Syrer leben als Flüchtlinge über den gesamten Nahen Osten verstreut. Die Armutsquote liegt insgesamt bei über 80 %, die Kosten für den Wiederaufbau werden auf ca. 400 Milliarden Dollar geschätzt.

Der Ausbruch der Covid-19-Krise hat nun die sozio-ökonomische Notlage der großen Mehrheit der syrischen Bevölkerung noch weiter verschärft. Das Assad-Regime hatte in der Vergangenheit bereits unzählige Krankenhäuser zerstört und das ohnehin schwache und unterfinanzierte Gesundheitssystem damit noch weiter geschwächt. Nun fehlen ausgerechnet jetzt, wo das Virus über das Land hereinzubrechen droht, aufgrund der internationalen Sanktionen auch noch dringendst benötigte Medikamente und medizinisches Material.

Assad hat inzwischen die Herrschaft über mehr als 70 Prozent des syrischen Staatsgebiets wiedererlangt. Mit Hilfe von Russland, dem Iran und der libanesischen Hisbollah gelang es ihm, den ursprünglichen Aufstand nie-

derzuschlagen und die Auseinandersetzung, die zu einem regionalen und internationalen Krieg geworden war, mehr oder weniger zu gewinnen.

Es ist nun an der Zeit, die aus dem syrischen Aufstand gewonnenen Erkenntnisse zu evaluieren, ein Aufstand, der ursprünglich Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit gefordert hatte und sich gegen Rassismus und konfessionelles Sektierertum richtete. Warum hatte der Aufstand keinen Erfolg? Einige vorläufige Erklärungen und Lektionen können jetzt zwar präsentiert werden, sie sollten aber nur als erste Überlegungen betrachtet werden, die in Debatten und Dialogen mit allen, die ein Interesse an der Emanzipation und Befreiung der Volksklassen und unterdrückten Völker haben, weiterentwickelt werden müssen.

Der revolutionäre Prozess

Hierfür müssen wir die Wurzeln des Aufstands in Syrien, dem Nahen Osten und Nordafrika (MENA) verstehen. Diese Region befindet sich am Anfang eines langen Revolutionsprozesses. Er gründet auf dem Versagen und der Unfähigkeit des dortigen Wirtschaftssystems, die Erwartungen der Arbeiterklassen und unterdrückten Völker zu erfüllen.

In den Staaten dieser Region herrschen wahlweise Oligarchensippen bzw. militärische Diktaturen, die ein hauptsächlich auf fossilen Brennstoffen und anderen Ressourcen beruhendes wirtschaftliches Rentiersystem betreiben. In patrimonialen Rentierstaaten ist die Macht in der Hand einer einzigen Familie und deren Clique konzentriert, wie z. B. bei den Assads in Syrien. Die herrschenden Familien betrachten den Staat als ihr privates Eigentum und nutzen ihre ganze repressive Macht, um ihre Herrschaft zu schützen.

Bei anderen Staaten, wie etwa Ägypten, Algerien und dem Sudan, handelt es sich um neopatrimoniale Systeme. Hier befindet sich die Macht nicht in der Hand einer einzigen Familie, sondern in der eines Militärapparats. Das ermöglichte es dem Militär, als es sich in Ägypten mit Massenprotesten konfrontiert sah, den einen Diktator durch einen anderen Diktator zu ersetzen und damit die Struktur des Regimes und die eigene Macht zu schützen.

Der Unterschied in der Art dieser Regime ist ein Schlüsselaspekt, der erklärt, warum die Volksaufstände in dieser Region unterschiedliche Wege nahmen. Patrimoniale Regime sind weniger flexibel und müssen sich, wie in Syrien, der totalen Repression bedienen, während neopatrimoniale Regime verhasste Herrscher loswerden und gleichzeitig die bestehende Ordnung beibehalten können.

Diese Regime und ihre Rolle in der Wirtschaftswelt haben die Entwicklung der Region verzerrt, indem sie sich zu sehr auf die Förderung von Öl und Erdgas konzentrierten, die produktiven Sektoren zu wenig, die Dienstleistungssektoren hingegen zu stark entwickelten und diverse Arten von spekulativen Investitionen, vor allem in puncto Immobilien, anheizten. Für die Masse des Volkes, die von diesen Gewinnen nicht das geringste sah, hatte dies den Effekt, dass qualifizierte Arbeitskräfte aus der Region abwanderten und Arbeitslosigkeit sowie Unterbeschäftigung vor allem bei jungen Menschen massiv zunahmen.

Das Wirtschaftssystem der Region begründete damit die vorrevolutionäre Situation. Das Fehlen von Demokratie und die zunehmende Verarmung der Massen bereiteten in einem Klima von Korruption und wachsender sozialer Ungleichheit den Boden für den Volksaufstand vor, für dessen Ausbruch es dann nur noch eines kleinen Funkens bedurfte.

Als dieser Funke erwiesen sich die Aufstände in Tunesien und Ägypten. Durch sie wagten es auch Menschen in anderen Ländern, sich zu erheben. In Syrien gingen große Teile der Bevölkerung mit denselben Forderungen auf die Straße, die auch in anderen Aufständen gefordert wurden:

Freiheit, Menschenwürde, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit.

Wie es häufig bei Volksaufständen der Fall ist, schufen auch die Syrer*innen Alternativen zu den Institutionen des bestehenden Staates. Demonstranten bildeten Koordinationskomitees und örtliche Räte, die der lokalen Bevölkerung Dienstleistungen anboten und die Bewegung koordinierten. In befreiten Gebieten ließen revolutionäre Kräfte damit quasi eine Doppelherrschaft entstehen, die die Macht des Regimes herausforderte.

Natürlich darf man das Ganze nicht überbewerten; das alternative System demokratischer Selbstbestimmung wurde niemals umfassend entwickelt und hatte etliche Defizite. Zu diesen Problemen gehörten vor allem die Unterrepräsentierung von Frauen und von ethnischen sowie religiösen Minderheiten. Dennoch schufen die Komitees und Räte erfolgreich eine politische Alternative, die für große Teile der Bevölkerung attraktiv war.

Kräfte der Konterrevolution

Diese demokratischen Organe wurden von diversen konterrevolutionären Kräften schrittweise untergraben. Die stärkste Kraft war dabei natürlich Assads despotisches Regime, das die Aufstände militärisch niederschlagen wollte.

Dieses Regime ist und bleibt die größte Bedrohung für die Masse des syrischen Volkes. Die Widerstandskraft des Regimes wurzelte in der Mobilisierung seiner Volksbasis mithilfe von Sekten-, Stammes-, regionalen und klientelistischen Verbindungen sowie in der massiven ausländischen Unterstützung durch Russland, den Iran und die Hisbollah.

Die zweite konterrevolutionäre Kraft bestand in den islamistisch-fundamentalistischen und dschihadistischen Militärorganisationen. Diese verfügten zwar nicht über dieselben zerstörerischen Fähigkeiten wie Assads Staatsapparat, standen den ursprünglichen Forderungen und Zielen des Aufstands jedoch radikal ablehnend gegenüber. Sie attackierten die demokratischen Elemente der Protestbewegung und versuchten, ein neues autoritäres und andere Kräfte ausschließendes politisches System zu erzwingen.

Regionale Mächte und imperialistische internationale Staaten formierten sich dann noch als eine dritte Kraft der Konterrevolution. Durch die Hilfe der Damaskus-Alliierten Russland, Iran und Hisbollah sowie der ausländischen, von Teheran unterstützten fundamentalistischen schiitischen Milizen verfügte das Regime über politische, wirtschaftliche und militärische Macht in einem Umfang, der ihm ein Überleben ermöglichte.

Diese regionalen Kräfte betrachteten die Protestbewegung in Syrien und den möglichen Sturz des Assad-Regimes als Gefahr für ihre jeweiligen eigenen geopolitischen Interessen. Indem sie ihren Einfluss auf die Gesellschaft und den Staat des Landes verstärkten, wurden Teheran und vor allem Moskau zu einem immer wichtigeren Teil für das Überleben des Regimes, für die kommerzielle Ausnutzung beim Wiederaufbau des Landes sowie für die Ausbeutung seiner natürlichen Ressourcen.

Gegen diese Akteure schlossen sich die sogenannten „Freunde Syriens“ (Saudi-Arabien, Katar und die Türkei) zu einer weiteren internationalen Kraft der Konterrevolution zusammen. Sie unterstützten die meisten der reaktionären islamistisch-fundamentalistischen Gruppen, halfen, den Aufstand in einen konfessionell-sektiererischen bzw. ethnischen Krieg zu verwandeln, und stellten sich zu jeder sich bietenden Gelegenheit gegen den demokratischen Aufstand aus Angst, dass er eine potenzielle Gefahr für ihre eigenen autokratischen Regime sein könnte.

Die westlichen Staaten unter der Führung der USA wollten ebenfalls keine radikalen Änderungen in Syrien und wiesen jegliche Pläne zurück, die Hilfe für die progressiven Streitkräfte bedeutet hätten, die Assad stürzen wollten. Die US-amerikanische Politik konzentrierte sich auf die Stabilisierung des Systems und den gegen den IS gerichteten sogenannten „War on Terror“ (Kampf gegen den Terror).

Eine gewisse Zeit lang forderten die USA zwar, dass Assad abdanken solle, während sie sich gleichzeitig nach einem willfähigen General umsahen, mit dessen Hilfe sie die Fäden ziehen konnten, doch als diese Lösung nicht mehr möglich schien, wischten sie diese Forderung vom Tisch und akzeptierten, wie der Rest der regionalen und internationalen Mächte, dass Assad weiter an der Macht blieb. Die einzelnen Ziele der diversen regionalen und internationalen Akteure mögen zwar durchaus konträr gewesen sein, in einem Punkt zogen jedoch alle am selben Strang: Sie alle waren Gegner des Aufstands und alle wollten eine Ausbreitung des Aufstands über die Grenzen des Landes hinaus verhindern.

Subjektive Schwächen der Linken

All diese verschiedenen konterrevolutionären Akteure halfen dabei, den syrischen Aufstand niederzuschlagen. Nun sollte man zwar durchaus nicht davor zurückscheuen, diese Kräfte für die Niederlage der Aufständischen verantwortlich zu machen, allerdings muss man auch die Fehler und Defizite der syrischen Opposition untersuchen und einer Kritik unterziehen.

Eines der schwerwiegendsten Probleme der Opposition ergab sich aus der von Liberalen und einigen Linken vorangetriebenen falschen Allianz mit den Muslim-Bruderschaften und anderen islamistisch-fundamentalistischen Gruppen und deren internationale Unterstützer, die die basisdemokratischen Forderungen der Aufständischen, insbesondere der Frauen, unterdrückter religiöser Minderheiten und ethnischer Gruppen, komplett ablehnten. Nicht zuletzt durch diese fehlgeleitete Allianz ging die Inklusivität der anfänglichen Volksbewegung in Syrien verloren. Diese Schwachpunkte waren zwar auch schon vor den Aufständen vorhanden, traten dann jedoch erheblich deutlicher hervor.

Die diversen linken Gruppierungen waren nach Jahrzehnten der Unterdrückung durch das Regime einfach zu schwach, um ein organisiertes demokratisches und progressives unabhängiges Zentrum zu bilden. Das Ergebnis war, dass es der gegen Assad gerichteten Opposition nicht gelang, eine tragfähige politische Alternative darzustellen, die die Massen und unterdrückte Gruppen hätte zusammenschmieden können.

Der Fehler, diese Fragen nicht in den Mittelpunkt zu stellen, wird vor allem an den zwei Hauptproblemen deutlich: Frauen und Kurden. In beiden Fällen führten große Teile der syrischen Opposition einfach Konzepte fort, die diese Gruppen diskriminierten und ausgrenzten. Damit verprellten sie wichtige Kräfte, die für den gemeinsamen Kampf gegen das Regime unerlässlich gewesen wären.

Für einen Sieg hätte die Opposition ihre Kämpfe gegen Autokratie, Ausbeutung und Unterdrückung bündeln müssen. Hätte sie nicht nur demokratische Forderungen gestellt, sondern auch Forderungen im Interesse aller Arbeitenden sowie Forderungen nach Selbstbestimmung der Kurden und Befreiung der Frauen, wäre sie in einer sehr viel stärkeren Position gewesen, eine tiefere und umfassendere Solidarität unter den sozialen Kräften der syrischen Revolution aufzubauen.

Ein weiterer Schwachpunkt der Opposition war die sehr gering ausgeprägte Entwicklung sowohl der Klassenorganisation als auch der progressiven politischen Organisation. Die Aufstände in Tunesien und im Sudan zeigen eindrücklich, wie wichtig große Gewerkschaftsorganisationen wie die tunesische UGTT und die sudanesischen Berufsverbände sind, um die Massen zu einem erfolgreichen Kampf zu vereinen.

In gleicher Weise waren die feministischen Massenorganisationen in Tunesien und im Sudan wichtig, um Frauenrechte voranzubringen und demokratische sowie

sozioökonomische Rechte zu erkämpfen, auch wenn diese noch immer fragil und nicht absolut gefestigt sind. Die syrischen Revolutionär*innen hatten diese organisierten Kräfte weder eingebunden noch waren sie mit Massenorganisationen zu vergleichen; dadurch wurde die Bewegung geschwächt. Für zukünftige Kämpfe müssten diese Kräfte jedoch unbedingt aufgebaut werden.

Die Linke muss sich bei Aufbau und Entwicklung solcher großer alternativer politischer Strukturen dringend einbringen. Der letzte große Knackpunkt, der untersucht und gemeistert werden muss, ist die Schwäche der regionalen Linken und deren Vernetzung ihrer Zusammenarbeit. Die Linke muss jetzt dabei helfen, eine Alternative zu den diversen konterrevolutionären Akteuren aufzubauen, und zwar nicht nur in ihren jeweiligen Heimatländern, sondern auch regional und international.

Im Moment befinden wir uns in dieser Region mitten in einem sich überkreuzenden revolutionären Prozess und benötigen eine Linke, die aus den Kämpfen in den einzelnen Ländern ihre Lehren und Ideen zieht. Eine Niederlage in einem Land ist eine Niederlage für alle Länder, und ein Sieg in einem Land ist ein Sieg für alle in der Region.

Despotische Regime verstehen das, und das sollten auch wir. Um ihre autoritäre, neoliberale Ordnung zu erhalten, teilen diese Regime einander mit, welche Lehren sie aus den Vorgängen gezogen haben. Und wir brauchen unsererseits mehr Kollaboration, vor allem zwischen progressiven Kräften in der Region und international. In einem Land allein oder in einer einzelnen Region kann keine sozialistische Lösung gefunden werden. Dies gilt gerade auch für die Länder und Regionen des Nahen Ostens und Nordafrikas, in denen regionale und imperialistische Mächten ihre Kämpfe austrugen und es noch immer tun.

Für eine internationalistische Linke

Diese Zusammenarbeit muss auf die internationale Linke, einschließlich die in imperialistischen Mächten, ausgedehnt werden. Viel zu viele dieser Sektionen haben die syrische Revolution verraten, indem sie den progressiven Kräften der Bevölkerung ihre Solidarität verweigerten.

Für diesen Verrat gibt es viele Gründe, der wichtigste Grund jedoch besteht vielleicht im Rückzug der Linken vom sozialistischen Prinzip der Selbstbefreiung, jenem Gedanken, dass sich die Volksmassen nur durch ihren eigenen Kampf für Reformen und Revolution befreien können. Statt diese Position zu vertreten, mit der die Linke solidarisch an der Seite des syrischen Aufstands gestanden hätte, schlug sich ein großer Teil der Linken im Namen des

„Anti-Imperialismus“ auf die Seite des Assad-Regimes, um „gegen den US-Imperialismus“ zu sein.

Schlimmer noch, sie schlug sich auf die Seite anderer imperialistischer und regionaler Mächte wie Russland und der Iran, die intervenierten, um Assad zu retten – weil diese Mächte angeblich „das kleinere Übel“ waren. Damit zeigten sie überdeutlich, dass ihr „Anti-Imperialismus“ nichts anderes als Rhetorik war und dass ihre politische Praxis sie lediglich dazu brachte, sich auf die Seite des eines kapitalistischen Staates bzw. einer Gruppe kapitalistischer Staaten gegen den bzw. die anderen zu schlagen und dabei den Kampf der Massen um ihre eigene Befreiung zu ignorieren, zu verraten oder, schlimmer noch, zu verunglimpfen.

Diese Haltung wirkte sich auch auf die Antikriegsbewegungen vor allem in den USA und Großbritannien aus. Die meisten verweigerten der Revolution ihre Solidarität unter dem Vorwand, „der Hauptfeind steht im eigenen Land“. Das ist zwar durchaus wahr, vor allem im Fall des US-amerikanischen Staates, der weltweit der größte Gegner von fortschrittlichem sozialen Wandel ist und bleibt, es bedeutet jedoch nicht, dass ihrem eigenen Staat gegenüber kritisch eingestellte Antikriegsbewegungen anderen internationalen und regionalen Imperialismen und Volksrevolutionen gleichgültig gegenüberstehen dürfen.

Stattdessen hätten sie sich gegen die USA und Großbritannien stellen sollen, gegen kleinere Imperialismen opponieren und dem syrischen Aufstand ihre Solidarität beweisen müssen. Dies ist der einzige Weg, wie die Linke einen echten Internationalismus aufbauen kann, der sich gegen jegliche Art von Imperialismus stellt, Kämpfe der Massen für Revolution und nationale Befreiung verbindet und einen weltweiten Kampf für den Sozialismus von unten her aufbaut.

Wir befinden uns in einem günstigen Umfeld, solch einen Internationalismus voranzutreiben. Im Verlauf des letzten Jahres wurden wir Zeugen einer weiteren Welle von Massenaufständen, die in großen Teilen der Welt den Neoliberalismus und Autoritarismus herausforderten. Aufgrund der Pandemie und der weltweiten Rezession mag diese Welle zwar zeitweise etwas gebremst worden sein, in den kommenden Jahren wird sie das System jedoch immer mehr in Frage stellen und noch radikalere Aufstände anheizen. Wir müssen jetzt eine neue Linke schmieden, die dieser Welle international zum Sieg verhilft.

Der revolutionäre Prozess

Syrien und die MENA-Region werden Teil dieser Dynamik sein. Selbst in jenen Ländern, die wie Syrien katast-

rophale Konterrevolutionen erlitten haben, braut sich ein neuer Sturm zusammen.

Aus diesem Grund muss man sich darüber klar sein, dass revolutionäre Prozesse wie die in der MENA-Region als Epochen zu verstehen sind, die durch Phasen der Revolution und der Niederlage gehen, auf die dann neue revolutionäre Aufstände folgen. In Syrien sind die Verhältnisse, die zu den Aufständen führten, noch immer da. Dem Regime ist es nicht nur nicht gelungen, die Probleme zu lösen, sondern es hat sie im Gegenteil noch weiter verschärft.

Damaskus glaubt, genau wie andere Hauptstädte der Region, dass es seine despotische Herrschaft durch die anhaltende massive Gewalt gegen die eigene Bevölkerung weiter aufrechterhalten könne. Eine solche Auffassung ist unzweifelhaft zum Scheitern verdammt. Neue Ausbrüche von Massenprotesten wie kürzlich in Algerien, im Sudan, Irak und Libanon dürften zu erwarten sein.

Trotz der massiven Unterstützung durch seine ausländischen Verbündeten steht das Assad-Regime vor schier unlösbaren Problemen, ganz gleich wie hartnäckig es sich auch dagegen wehrt. Dass es ihm nicht gelungen ist, die riesigen sozioökonomischen Probleme des Landes zu lösen, die Bevölkerung aber weiterhin gnadenlos von ihm unterdrückt wird, hat für Kritik und auch schon neue Proteste gesorgt.

Mitte Januar 2020 fanden in der Provinz Sweida mehrere Demonstrationen statt, die sich gegen das Versagen des syrischen Regimes im Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit wendeten. Auch in der Provinz Daraa sowie in ländlichen Gebieten rings um Damaskus sind in letzter Zeit immer mehr Proteste aufgeflammt.

Aus diesen Situationen heraus ergeben sich jedoch nicht automatisch politische Chancen, vor allem nicht nach mehr als neun Jahren eines schrecklichen, mörderischen Krieges. Das Fehlen einer strukturierten, unabhängigen, demokratischen und inkludierenden politischen syrischen Opposition, die für die ärmeren Klassen attraktiv sein könnte, erschwert es verschiedenen Teilen der Bevölkerung, sich zu vereinen und das Regime erneut und diesmal auf einer die gesamte Nation umfassenden Stufe herauszufordern.

Das ist die größte Herausforderung. Trotz der schwierigen Bedingungen, wie Unterdrückung, Armut und soziale Entwurzelung, muss eine fortschrittliche politische Alternative organisiert werden, die als Ausdruck des lokalen Widerstands gelten kann. Und sie muss sich einige der Erkenntnisse, die ich aufzuzeigen versucht habe, zu

Herzen nehmen und sich von den neuerlichen Aufständen in der Region inspirieren lassen.

Wenn die syrische Revolution erneut ausbricht, muss sich die internationale Linke des kapitalen Fehlers bewusst sein, den so viele beim ersten Ausbruch machten, indem sie sich auf die Seite des Regimes oder regionaler und internationaler Konterrevolutionskräfte schlugen. Stattdessen sollte der politische Kompass der Revolutionär*innen vom Prinzip der Solidarität mit progressiven Kämpfen, ausgehend von breiten Teilen der Bevölkerung, geleitet werden.

Wie Che Guevara sagte: „If you tremble with indignation at every injustice then you are one of my comrades.“ (Wenn dich jede Ungerechtigkeit vor Wut erzittern lässt, bist du einer meiner Genossen.) Unsere Schicksale sind miteinander verbunden.

■ **Joseph Daher** ist ein syrisch-schweizerischer Sozialist und Wissenschaftler. Er ist der Autor von „Hezbollah: The Political Economy of the Lebanon's Party of God“ (2016) und „Syria after the Uprisings: The Political Economy of State Resilience“ (2019).

Aus: <https://spectrejournal.com/historical-lessons-of-the-syrian-revolution/>. Französ. in: Inprekor 674/675

■ *Übersetzung aus dem Englischen: A. Hink*

■

EIN BLICK AUF IRANISCHE KRISE(N) UND IHRE HINTERGRÜNDE

Die US-Sanktionen, der Niedergang der Ölpreise und nicht zuletzt die Corona-Pandemie treffen das Leben der unteren und mittleren Schichten der iranischen Gesellschaft sehr hart und fordern enorme menschliche Opfer und materielle Schäden.

■ Ali Behrokh

■ Zurzeit spitzen sich die ökonomische, die soziale und die politische Krise zu, aber auch der Widerstand wächst. Angesichts dieser in der Tat sehr kritischen Situation stellt sich die Frage: Was tut die politische Elite des Landes dagegen? Kann sie denn nicht mit staatlichen Mitteln das Leid der Leute etwas lindern und die Schäden begrenzen? Diese und ähnliche Fragen können mit einem etwas genaueren Blick auf die Bilanz der mehr als vierzigjährigen Herrschaft der islamischen Republik in Iran besser und verständlicher beantwortet werden.

Ein Regime, das sich selbst in einen religiösen und den heutigen Realitäten sehr fernen Glaubenskodex einsperrt, manövriert sich zwangsläufig in einen Teufelskreis, der ständig Krisen und Katastrophen produziert. Es darf nicht übersehen werden, dass Iran wegen seiner geo-strategischen Lage ständigen vom imperialistischen Ausland provozierten Krisen ausgesetzt war und ist. Während der letzten gut hundertjährigen iranischen Gegenwarts-geschichte haben britische, russische, westeuropäische, ame-rikanische – und aktuell chinesische! – Einmischungen die gesellschaftliche Entwicklung Irans negativ beeinflusst und gestört. Doch die Wurzeln der heutigen iranischen

Krise(n) liegen im Lande selbst und müssen im Herzen des Teufelskreises gesucht werden.

Ökonomische Krise

Wie anfangs erwähnt, basiert die Staatsräson der Machthaber der islamischen Republik auf religiösen Grundsätzen. Daraus leiten sie ihre innenpolitische Praxis sowie ihre verdeckten und offenen militärischen und politischen Abenteuer in den Nachbarländern der Region ab, wo ihre schiitischen Mitstreiter als bewaffnete Gruppen im Untergrund, als Opposition oder gar als Teile der Regierung aktiv sind. Während das Regime aufgrund seines religiösen Spagats regional und international als Sektierer und Störer auffällt, blieb und bleibt es der Ordnung des neoliberalen Kapitalismus treu verbunden. Doch durch die Jahre haben die Kategorien Treue und Verbundenheit mehr und mehr an Bedeutung verloren, was blieb ist Abhängigkeit und Ergebenheit zu Ungunsten der iranischen Interessen. Die Spitzenfunktionäre des Regimes pflegen eine „Wirtschaftspolitik“, die mehr den Sitten und Gebräuchen der islamischen Urzeiten entspricht als modernen wirtschaftlichen Normen. Handelsgeschäfte, Kaufen und Verkaufen

(Import/Export) und Tausch von Rohstoffen gegen Cash oder fertige Industriewaren werden von ihnen bevorzugt. Begriffe wie Schutz „eigener“ Ressourcen vor fremden Interessen, Entwicklung „eigener“ Produktionskapazitäten oder ein Minimum von Grundsicherung „eigener“ Arbeitskräfte sind ihnen fremd. Verheerende Spuren dieser Art des wirtschaftlichen Handelns sind in allen Bereichen der iranischen Volkswirtschaft überdeutlich zu sehn. Gerade in einer Krisenzeit, in der die iranische Wirtschaft schon durch unsachliche staatliche Maßnahmen sowie durch all die gegenwärtige Korruption extrem geschwächt war, überrollte das Fieber der von Weltbank und IWF diktierten Privatisierung das Land.

Die unten angeführten Fakten zum Phänomen der „Privatisierung“ in Iran basieren auf folgenden drei Quellen. A) Gleichzeitig mit der Privatisierungswelle fielen die damit einhergehenden Unregelmäßigkeiten den Beschäftigten der betroffenen Betriebe auf; sehr früh fingen sie an, dagegen zu protestieren und veröffentlichten im Laufe ihrer Kämpfe brisante Details über die fragwürdigen Betriebsübertragungen. B) Für die rasche Veröffentlichung und Verbreitung sorgte u. a. die allen Zensurbarrieren des Regimes trotzende iranische Jugend. (Auf dem Höhepunkt der Protestbewegung während der letzten zwei Jahre beteiligten sich iranische Schüler*innen und Studierende massiv an den Protesten; einer ihrer Slogans lautete: „Wir sind Kinder der Arbeiter / wir bleiben an ihrer Seite“!) Und schließlich C) Eigentlich ging und geht es den unterschiedlichen Flügeln und Fraktionen bei ihrem Streit darum, wer mit welchen Methoden das von ihnen geliebte aber immer tiefere Krisen aufweisende islamische Regime gegen seine „Feinde“ besser schützt; mit Zuckerbrot und Peitsche oder nur mit Peitsche. Doch in letzter Zeit kommt es immer öfter und offener zu Streitigkeiten an der Spitze des Regimes – dabei geht es grundsätzlich um die Pfründe und die Aufteilung der „Beute“. Es kommt in Iran vor, dass Mitglieder höherer staatlicher Positionen offiziell die „gerechte islamische Justiz“ auffordern, Angehörige gegnerischer Fraktionen, die bei finanziellen Machenschaften dumm und dreist auffallen, vor Gericht zu stellen und zu bestrafen!

Das Ergebnis des Zusammenkommens der oben aufgezählten Faktoren (Arbeiterkämpfe, Internet-Aktivitäten der iranischen Jugend und Streitigkeiten an der Regime-Spitze!) ist, dass gerade in den letzten Monaten eine Reihe von Fakten über die in Iran grassierenden Wirtschaftskriminalität an die Öffentlichkeit gelangten.

Da in dieser Zeitschrift („die internationale Nr. 1/2020 Dossier Iran Seite 21-35) in fünf Beiträgen die Lage in Iran und auf S 25-27“ auch die Problematik „Privatisierung“ thematisiert wurde, sei hier nur auf zwei kurze Beispiele hingewiesen:

Haft-Tapeh

ist eine der größten Rohzuckeranbau- u. Raffinerieanlagen des Landes, die seit den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts existiert. Mit ihren Produkten konnte die Fabrik durch viele Jahre den heimischen Markt gut versorgen und ihren Produktionsüberschuss in die benachbarten Länder der Region ausführen. Als 2014/15 das Regime die Privatisierung von Haft-Tapeh beschloss und im Schnellverfahren durchsetzte, gingen ihre Beschäftigten auf die Barrikaden. In ihren Protestnoten erklärten die Streikenden u.a., die Privatisierung sei illegal, widerspreche den von der Regierung selbst festgelegten Vorschriften, die neuen Besitzer und Vorstandsmitglieder seien junge und unqualifizierte Männer, sie hätten den Betrieb nur übernehmen können, weil sie Beziehungen mit ganz oben haben und Söhne von sehr bekannten Würdenträgern seien. Dafür mussten sehr viele Arbeiter*innen und ihre Unterstützer*innen Erniedrigung, Verhaftung, Folter und Gefängnisstrafen hinnehmen.

Nun vor ca. einem halben Jahr bekam die iranische Öffentlichkeit über unterschiedlichste Kanäle aktuelle Informationen über Haft-Tapeh. Justiz- u. Polizeiorgane des Regimes hatten solche Meldungen nur noch zu bestätigen und zu ergänzen; Omid Assad Beygi als Vorstandschef und Rosstami Vorstandsmitglied von Haft-Tapeh wurden mit mehreren anderen Personen wegen Wirtschaftsdelikten verhaftet und warteten auf ihren Prozess. Etwas später wurde bekannt, Assad Beygi sei gemeinsam mit weiteren 21 Personen wegen Wirtschaftskriminalität in Haft, er sei der Kopf der Gruppe und die Anklageschrift gegen ihn würde 18 Ordner füllen. Ihm konkret wurde die Veruntreuung von 1,5 Milliarden (1 500 000 000!) Dollar vorgeworfen, diese Summe habe er aus staatlichen Geldreserven mit vergünstigten Konditionen erhalten, sie habe er aber mehrfach verteuert auf dem „freien Markt (Schwarzmarkt) verkauft“, außerdem illegalen Geldtransfer betrieben und so dem nationalen Währungssystem geschadet. Omid Beygi und Co. wird weiterhin vorgeworfen, sie hätten einen Vertrag für den Import von einer vollautomatisierten Maschinenanlage zur Raffinerie von 18 000 Tonnen Rohzucker bis zur Endproduktion im Wert von 632 Mio. Dollar registrieren lassen. Zur Realisierung dieses Projekts hätten sie 345 Mio. Dollar staatlicher Gelder erhalten.

Doch später sei bekannt geworden, der eigentliche Wert der Anlage habe 14 Mio. Dollar betragen und zu einer Einfuhr der Anlage sei es nie gekommen. Noch einen weiteren Punkt über die „Verfehlungen“ von Assad Beygi gab die iranische Justizbehörde bekannt: Die von Assad Beygi und Co. registrierten Firmen seien vor fünf Jahren – also in der Zeit der Übernahme von Haft-Tapeh – mit 51 Mio. Dollar Schulden und ohne Konkursmasse pleite gewesen, deshalb wären sie weder in der Lage noch berechtigt, so ein Geschäft (Übernahme von Haft-Tapeh!) zu tätigen.

Während Herr Assad Beygi sich nach der Hinterlegung einer entsprechenden Bürgschaft auf freiem Fuß befindet, sitzen Arbeiter*innen und Aktivist*innen, die auf die Unregelmäßigkeiten bei der Privatisierung aufmerksam gemacht hatten, heute immer noch im Gefängnis – bzw. wurden erneut verhaftet! – oder befinden sich auf der Flucht und müssen sich vor den Augen der Schergen des Regimes versteckt halten.

HEPCO

ist der Name einer Industrieanlage und liegt in der Stadt Arak im Zentrum des Landes. HEPKO gehört wie Haft-Tapeh zu den größten industriellen Anlagen Irans, existiert mehr oder weniger so viele Jahre wie Haft-Tapeh und ist spezialisiert auf die Herstellung von schweren Maschinen und Motoren von Spezialfahrzeugen für die Hoch- u. Tiefbauindustrie. HEPKO gelang es sogar, sich vom Import von Motoren- u. Karosserieersatzteilen aus dem Ausland größtenteils unabhängig zu machen und den iranischen Eigenbedarf größtenteils zu decken. Diese Fabrik fiel vor ca. 15 Jahren (2004/05) der „Privatisierung“ zum Opfer. Bei der Ausschreibung ging ein Devisenhändler mit dem Namen Ali Asghar Attarian – er steht den höheren Etagen der Führung der islamischen Republik nahe – als Gewinner hervor. Die Privatisierung bescherte der Fabrik noch ein „Geschenk“! Ein ehemaliger Minister für landwirtschaftlichen Aufbau mit dem Namen Mahmud Hojati wurde samt seinen zwanzig Stellvertretern als Vorstand von HEPKO eingesetzt und der jetzige Ölminister, Namdar Zangane, übernahm das Amt des Vorstandsvorsitzenden.

Ähnlich wie ihre Haft-Tapeh-Kolleg*innen protestierte die HEPKO-Belegschaft gegen die „Privatisierung“, organisierte – den repressivsten Bedingungen und den Attacken bezahlter Schlägertrupps trotzend – Streiks, Blockaden und Kundgebungen. Die HEPKO-Streikenden bezeichneten die Privatisierung als Diebstahl und Todesurteil für ihren Betrieb. Das Regime unterdrückte die

Protestaktionen blutig, die Arbeiter wurden vor ihrem Betrieb und auf offener Straße attackiert und schwer verletzt, ins Gefängnis geworfen und auch dort gefoltert – Bilder und Videos der vom Regime misshandelten Streikenden erreichten dank der sozialen Medien die internationale Öffentlichkeit. Während es den HEPKO-Beschäftigten so erging, kassierten die Herrschaften des Vorstands Millionen von Euro. Und in welchem Zustand ist die Firma HEPKO heute? Da die Folgen der Privatisierungen der letzten Jahre zu Top-Themen in Iran gehören, war am 01.07.2020 in der iranischen Zeitschrift Shargh (Der Osten), die hauptsächlich Wirtschaftsthemen behandelt, u.a. dies zu lesen: „... die jährliche Produktionskapazität von HEPKO betrug vor 10 Jahren 2145 Baufahrzeuge aller Art, sie ging im laufenden Geschäftsjahr auf 30 Stück zurück.“

Soziale u. politische Krisen

Massenverelendung, galoppierende Inflation (inzwischen ein unvorstellbarer Wertverlust der iranischen Währung), Wasserverknappung (bedingt durch den unverzeihlich verschwenderischen und sachunkundigen Umgang mit den Wasserreservoirs eines Landes mit reichlichen Öl- u. Gasvorkommen, aber doch mit sehr knappen Wasserreserven!), fast täglich teurer werdende Grundnahrungsmittel in einem Land, in dem sogar laut offizieller Zahlen eine erdrückende Mehrheit der lohnabhängigen Bevölkerung unterhalb des Existenzminimums lebt, sind Folgen der „Wirtschaftspolitik“ der islamischen Republik.

Die Corona-Pandemie traf die iranische Gesellschaft inmitten dieser Krisen. Das Verhalten des Regimes angesichts der Seuche ist nicht nur eine Mischung aus Ignoranz und Inkompetenz. Bei genauerer Betrachtung entsteht der hartnäckige Verdacht, dass die Corona-Plage vom Regime bewusst und gewollt als Waffe gegen Teile des iranischen Volkes eingesetzt wird. Zunächst begriff das Regime die Gefahr, die von dem Virus ausging, ganz und gar nicht als ein Problem, das dringende Maßnahmen in den Bereichen Gesundheitspolitik und Hygiene erfordert. Seit März 2020 debattierte die ganze Welt über China als das Land, das als Herd und Quelle von Corona feststand. Doch der Flugverkehr zwischen Iran und China ging bis weit in den April hinein unvermindert weiter.

Täglich pendelten Hunderte iranische und chinesische Händler zwischen Teheran und Peking und fungierten so als ein Mega-Verbreiter des Virus, der in kürzester Zeit iranische Großstädte und später das ganze Land erfasste. Weiter verschärfend kam hinzu, dass an der Spitze des Regimes lange Zeit Uneinigkeit bei der Einschätzung und

Behandlung der Krankheit bestand, die täglich eine hohe Zahl an Menschenopfern forderte. Teile der religiös-politischen Führung des Regimes vertraten die Meinung, Corona sei eine Verschwörung der Feinde des Islams, Beten sei das beste Mittel dagegen und die Gläubigen sollten heilige Schreine der Imame aufsuchen! So oder ähnlich sahen die ersten „Maßnahmen“ des Regimes gegen Corona aus. Iran gehörte in den ersten Wochen und Monaten der Pandemie zu den drei bis vier Ländern mit den höchsten Todesraten. So makaber es auch klingen mag: Das Regime ist willens und in der Lage, Corona gegen das „eigene“ Volk als Waffe einzusetzen.

Tausende politische Gefangene

Das „Vergehen“ der inhaftierten Frauen und Männer? Sie beharren auf der Einhaltung der Grundrechte, sie werfen dem Regime Korruption in höchstem Maße vor und sie kritisieren seine Außenpolitik, die vielleicht dem Überleben des Regimes dienlich ist aber den iranischen Interessen kurz-, mittel- u. langfristig schadet. Die überfüllten iranischen Gefängnisse gehören zu den gefährlichsten Brutstätten des Corona-Virus. Noch viel mehr als draußen vor den Gefängnismauern, wo hygienisch-medizinische Versorgung für das „gemeine Volk“ kaum zu haben ist, sind die innerhalb der Mauern festgehaltenen Menschen Bedingungen ausgeliefert, die einem Todesurteil gleichkommen. Wie die politischen Gefangenen aus den Gefängnissen berichten, werden Hunderte Menschen als politische wie „gewöhnliche“ Gefangenen ohne Hygiene-Vorkehrungen und ohne nennenswerte medizinische Versorgung in Großräumen eng zusammen gehalten. Frau Narges Mohammadi, eine über die Grenzen des Landes bekannte Menschenrechtsaktivistin, sitzt seit Jahren auf Grund unhaltbarer Anschuldigungen im Gefängnis, ist krank, wurde neulich Corona-positiv getestet und wird weiterhin festgehalten. Täglich werden immer wieder unschuldige Menschen ganz willkürlich festgenommen und ins Gefängnis geworfen, weil sie irgendwann dem Regime als Kritiker*innen oder als Menschen mit „politischer Vergangenheit“ aufgefallen sind und müssen nun dafür büßen. So z. B. Sepideh Gholiyan, die als Internet-Journalisten und Reporterin der Haft-Tapeh-Proteste auffiel, deshalb verhaftet wurde, über ein Jahr Gefängnisstrafe und Folterhaft hinter sich hat und dann „frei“ war, wurde im Juni 2020 erneut verhaftet. Viele weitere aber weniger prominente Frauen und Männer sitzen in entlegenen Regionen des Landes im Gefängnis und sehen dem „sanften Tod“ entgegen.

Die Faktenlage in Iran lässt folgende Schlussfolgerung

zu: Das Regime ist innenpolitisch am Ende der Sackgasse angekommen und seine militärisch-politischen Abenteuer in der Region haben Milliarden von Petro-Dollar verschlungen, ohne nennenswerten Nutzen zu bringen. Nun sieht es so aus, dass das Regime aus einer Position innenpolitischer Schwäche und außenpolitischer Isolation nach einem „strategischem Partner“ Ausschau hält. Wie in vielen afrikanischen und asiatischen Ländern spielt die chinesische Wirtschaft seit Jahren auch im Iran-Geschäft die erste Geige. In jüngster Zeit kam es wiederholt zu Gerüchten, dass Iran und China über einen neuen Mega-Vertrag verhandeln. Das iranische Regime steht den Gerüchten wohlwollend gegenüber und entfacht ihre Verbreitung immer wieder neu. Das Regime will seine Gegner*innen und das sehr unzufriedene und zugleich politisch motivierte iranische Volk auf folgende Weise beeindrucken: Schaut her, ich bin erfolgreich, ich habe die Mächtigsten dieser Welt als Partner auf meiner Seite und werde euch eine glorreiche Zukunft bringen. Der chinesische Partner hält sich auffallend bedeckt und dies könnte folgenden Grund haben: Die Chinesen wollen ihre westliche Konkurrenz (USA / EU) nicht nervös machen und setzen sie nur portionsweise über den Umfang des Vertrags in Kenntnis, außerdem wollen sie aus den iranischen „Partnern“, die auf diese „strategische Partnerschaft“ sehr scharf sind, bis zum endgültigen Vertragsabschluss noch mehr Zugeständnisse herauspressen.

Nach bisherigen Kenntnissen und bezugnehmend auf einen „Vorentwurf“, den das iranische Staatsfernsehen Mitte Juli 2020 veröffentlichte, sei hier auf die wichtigsten Passagen hingewiesen:

„1) Die islamische Republik übernimmt die vollständige Tilgung ihrer Schulden in Form von Öllieferungen, und zwar 30 Prozent unterhalb des regulären Preises, die Buchführung darüber liegt allein in der Hand der chinesischen Zentralbank. 2) Zoll- u. Steuerfreiheit für chinesische Waren, die in Iran importiert werden, die Verantwortung für ihre Lagerung und ihre Sicherheit trägt die iranische Seite. 3) Die chinesische Seite trägt keine Verpflichtung, auf ihren Anlagen und Einrichtungen in Iran einheimische Kräfte einzustellen. 4) Rechte, Seewege im iranischen Seegebiet zu benutzen, dort Fischerei zu betreiben und nach See- u. Bodenressourcen im Seegebiet des iranischen Seehafens Bandar-Tscha-Bahar im Persischen Golf zu „forschen“, werden der chinesischen Seite zugesprochen. 5) Für die Verwirklichung der Vereinbarung ist zunächst vorgesehen, dass 5000 chinesische Fachkräfte nach Iran kommen. 6) Die chinesische

Seite verspricht Investitionen in die iranische Infrastruktur zu tätigen ...“

Über den bisher bekannt gewordenen Inhalt des Vorvertrages wird innerhalb der iranischen Opposition sehr heftig diskutiert. Auf der einen Seite akzeptieren ihn die iranischen „Blockdenker*innen“ (Campist*innen) dezent und unterschwellig. Sie argumentieren u.a. folgendermaßen: Der Vertrag sei ja noch nicht ganz fertig, Verbesserungen könnten ja noch kommen und außerdem: Warum sollten solche Verträge nur mit westlichen Ländern geschlossen werden, China sei ein östlich-asiatisches Land, habe „mit uns“ gemeinsame kulturelle und historische Wurzeln und einen strategischen Partner brauche eigentlich jedes Land ...

Auf der anderen Seite regen sich iranische säkular-demokratische und liberale (also pro westliche) Kräfte furchtbar über den bis jetzt publik gewordenen Inhalt auf; sie fordern die sofortige Annullierung des Papiers, verurteilen die beiden diktatorischen Regierungen und verlangen von den „demokratischen“ Ländern, den bald unterschriftsreifen Vertrag zu Fall zu bringen und die demokratischen Kräfte im Kampf gegen Diktatoren zu unterstützen.

Es gibt jedoch genug iranische Stellungnahmen und Analysen im In- u. Ausland, die von der Position iranischer Interessen aus das neue Abenteuer des Regimes begutachten. Während die Kommentare im Ausland im Schutze der geographischen Entfernung und aus sicherer Distanz abgegeben werden, riskieren die kritischen Analysten in Iran dafür ihre Freiheit, ja ihr Leben – und trotzdem tun sie das. Aus der Vielzahl solcher Analysen greifen wir ein Interview heraus, das ein iranischer Ökonomie-Dozent am 20.07.2020 im Internet veröffentlichte (sein Name ist der Redaktion bekannt). Mit dem Hals in der Schlinge äußerte er sich über den „Vorvertrag“. Hier eine kurze Zusammenfassung:

„Wir gehören in den letzten drei Jahrzehnten zu den Ländern mit der höchsten Fluchtrate von menschlichem und materiellem Kapital in Richtung Ausland. Ein Land, das seine eigenen inneren Fähigkeiten zu nutzen nicht in der Lage ist, will nun von ausländischen Kapitalinvestitionen profitieren? China hat versprochen, zwischen 280 und 400 Milliarden Dollar zu investieren. Anstatt ausländisches Kapital zu Investitionen einzuladen, sollten wir zuerst im Lande existierende Fähigkeiten aufbauen und erhöhen (...) Außerdem: Die Neigung chinesischer Investoren deutet darauf hin, dass sie am Kauf von Rohstoffen interessiert sind (...) Auf Grund unserer vorliegenden Forschungsarbeiten betrugen die Direkteinnahmen Irans in den Jahren

2004–2017 aus dem Export-Geschäft 2180 Milliarden Dollar. Es wäre besser und sinnvoller erst das, was in der angekündigten Urkunde der iranisch-chinesischen Zusammenarbeit versprochen wird, aus den eigenen vorhandenen finanziellen Möglichkeiten zu schöpfen, die drei bis sechs Mal höher liegen als die von der chinesischen Seite versprochene Summe. Sogar in der Zeit von Herrn Rouhani in den Jahren 2013 – 2017 hatten wir aus derselben Einkommensquelle 317 Milliarden Dollar Direkteinnahmen ...“ Der iranische Dozent schließt das Interview: „Hatte denn Iran in den letzten 200 Jahren bei diversen Vertragsabschlüssen mit fremden Mächten irgendwelche Vorteile? Wenn Großmächte strategische Partner haben, dann sind das jeweils ihre eigenen Interessen und niemand sonst, vergessen wir das nicht!“

Die Region des Persischen Golfs und seine Anrainerstaaten stehen im Mittelpunkt der imperialen Gesamtkonzeption der USA. Seit dem Ende des II. Weltkriegs üben sie dort unangefochten die Rolle der „Schutzmacht“ aus. Nun hat sich ihr asiatischer Rivale in einem der wichtigsten Länder der Region festgesetzt und kann von dort aus seine Fühler ausstrecken. Diese vollendete Tatsache macht den US-Imperialismus nervös, lässt ihn toben und immer lauter Drohungen aussprechen. Die Spannungen zwischen den USA als Supermacht auf absteigendem Ast und China als energiedurstiger und markthungriger aufstrebender Großmacht sind global und können noch viel größere Dimensionen erreichen. Aber die US-Sanktionen gegen Iran – die in erster Linie den Lebensgrundlagen der untersten Schichten der iranischen Gesellschaft schwerste Schäden zufügen – sind gegen die Führung der islamischen Republik als Nadelstiche gedacht und sollen sie zur „Vernunft“ bringen. Aber da das Regime und das iranische Volk längst geschiedene Leute sind, begibt sich das Regime aus einer erbärmlichen Lage der Angst und Schwäche unter den Schutzschirm einer nicht minder gefährlichen Supermacht und wirft ihr als Gegenleistung wichtige Ressourcen des Landes in der Hoffnung vor die Füße, damit dem eigenen Regime das Überleben zu garantieren. Ganz gleich, ob sich nun die Spannungen zwischen den USA und China verschärfen oder beruhigen, ist das iranische Regime als dummer Händler und Marktschreier bereits jetzt der definitive Verlierer dieses Spiels.

Der Widerstand:

Die iranische Widerstandsbewegung blickt auf eine mehr als vier Generationen alte Erfahrung des politischen Kampfes, gespickt mit ermutigenden Erfolgen und

bitteren Niederlagen. Es sind mutige und bewundernswert informierte Frauen und Männer, die heute vom Gefängnis aus, am Arbeitsplatz, auf der Straße und im Untergrund den Kampf gegen das mörderische Regime organisieren und anführen. Ihnen genügt es nicht mehr, die groben Menschenrechtsverletzungen des Regimes anzuprangern, die im Land wütende Wirtschaftskriminalität zu verurteilen oder die dümmliche Außenpolitik des Regimes aufs Korn zu nehmen. Gestützt auf die konkreten Lehren des Volksaufstandes von Februar 1979, als dem Sturz einer Ein-Mann-Diktatur (Schah-Regime) eine Diktatur der schiitischen Kleriker folgte, erklären sie: Der politische Übergang (damals hieß es: „Hauptsache zuerst das jetzige blutrünstige Regime loswerden“!) allein reicht nicht; es geht um politische Freiheit, soziale Gleichheit und Schutz vor Einflussnahme und Einmischung asiatischer, amerikanischer und europäischer Großmächte. Es geht auch um die Beantwortung der folgenden Frage: Welche gesellschaftlichen Kräfte haben während der Übergangsphase die Führung, sind verantwortlich und bieten Garantien?

Dies sind die Themen, die die iranischen Aktivist*innen neben dem offenen Kampf gegen das Regime beschäftigen. Seit mehr als 10 Jahren macht sich die Präsenz der iranischen Arbeiter*innen-Bewegung in den ersten Reihen der Kämpfe deutlich bemerkbar. Besonders während der letzten zwei Jahre, in der zwei große Protestwellen weite Teile des Landes erfassten und in denen unzufriedene, betrogene und hungernde Schichten auf die Straße gingen, waren Slogans, Parolen und Forderungen zu hören, die hauptsächlich aus den Streiks, Protesten und Verlautbarungen der Arbeiter*innen stammten.

Im Sommer 2020 machten die Beschäftigten von Haft-Tapeh durch ihre zweite große Streikwelle auf sich aufmerksam. Dienstag, der 27.07.2020 war der 45. Tag ihres Streiks und während diese Zeilen geschrieben werden (01.08.20!), dauert ihr Streik noch an. Ihre Forderungen lauten u.a.:

1.) Sofortige Auszahlung der Löhne und Gehälter der Beschäftigten, die seit Beginn des Jahres (März 2020) nicht überwiesen wurden! 2.) Sofortige Einstellung der entlassenen Kolleg*innen! 3.) Sofortige Wiederverhaftung von Assad Beygi! 4.) Enteignung der korrupten und rechtswidrig eingesetzten „Haft-Tapeh-Besitzer“ und Rückgängigmachung der Privatisierung.

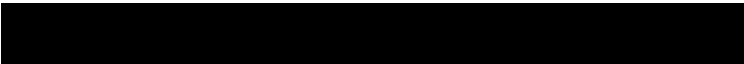
Neben den Streiks, die in großen und kleineren Betrieben täglich stattfinden, kam es ebenso in den Sommermonaten 2020 wieder in vielen iranischen Städten

zu Protestaktionen, wovon auch ausländische Medien berichteten (z. B. SZ am 21.07.20).

Die Reaktion des Regimes besteht einzig und allein in der Verschärfung der Repressalien. Mit wahllosen Festnahmen, der Ermordung von politischen Gefangenen, die seit Jahren schuldlos in Haft sind, und den willkürlichen Festnahmen versucht das Regime Angst und Schrecken zu verbreiten. Dies sehen nicht nur kritische und unabhängige Beobachter*innen so. Teile des Regimes warnen sogar: „Sobald die Corona-Krise etwas abgeflaut ist, sind große Unruhen zu befürchten.“

Anfang August 2020





COVID-19-DOSSIER: ZUR LAGE IM GLOBALEN SÜDEN

Ein Dossier mit 3 Beiträgen

Asien unter der
Pandemie
SEITE 57

Lateinamerika im
Zentrum des Sturms
SEITE 60

Afrika in Zeiten von
Covid-19
SEITE 62

ASIEN UNTER DER PANDEMIE

Die Corona-Pandemie betrifft die Länder Asiens in besonders ungleicher Weise, wobei sich die gesundheitliche Situation und die politischen Maßnahmen der einzelnen Länder nur sehr viel schwerer untereinander vergleichen lassen als in Europa. Dennoch will der folgende Beitrag ein paar grobe Linien herausarbeiten, wenn auch manches bruchstückhaft und vorläufig bleibt. **Pierre Rousset**

Die Ausbreitung des Corona-Virus verläuft in den asiatischen Staaten ganz unterschiedlich und selbst innerhalb der Großregionen wie Südasien, Südostasien und Fernosten. Überall dort ist es einzelnen Staaten gelungen, die Pandemie in mitunter bemerkenswerter Weise einzudämmen, während andere oft kläglich gescheitert sind. Besonders stark betroffen ist bspw. Indonesien, wo offiziell 75 699 Fälle und 3606 Tote¹ gezählt werden, aber eine beträchtliche Dunkelziffer vorliegt. Woher rühren diese Unterschiede?

Rasche Reaktion

Wie schnell die Behörden reagiert haben, war mit ausschlaggebend bei der Bekämpfung der Pandemie. Je zögerlicher sie waren, desto größer war die Ansteckungsgefahr. Besonders augenfällig war dies in China, dem Ausgangs-herd, von dem aus sich das Virus weltweit verbreitet hat. Dafür trägt Peking eine große Verantwortung, aber nicht nur Peking. Zunächst hat das Virus Europa erreicht und den Kontinent zum Hotspot werden lassen. Die meisten europäischen Staaten haben darauf verspätet reagiert, weswegen sich die Pandemie von dort aus auf die anderen Kontinente mit einer Wucht verbreiten konnte, die durch die engen Handelsbeziehungen im Gefolge der kapitalistischen Globalisierung noch um ein Vielfaches zugenommen hat.

Länder, die unverzüglich drastische Maßnahmen ergriffen haben, konnten die Epidemie eindämmen oder sogar ausrotten (und trugen nicht zur Ausbreitung der Pandemie bei). Dies zeigte sich besonders in Vietnam, wo bisher bloß 372 Fälle gemeldet wurden, ohne Todesfälle und ohne Neuinfektionen über mehrere Wochen. Oder in

Taiwan mit 449 registrierten Fällen und 7 Todesfällen. In Thailand gab es bisher 3220 Infektionen, darunter 58 mit tödlichem Ausgang, und v. a. gibt es seit mehr als 45 Tagen keine Neuinfektion.

Der Vergleich der Sterblichkeitsraten zeigt folgendes Bild für Asien: 0,0 pro 100 000 Einwohner*innen in Vietnam, 0,03 in Taiwan, 0,08 in Thailand, 0,33 in China, 0,39 in Malaysia, 0,46 in Singapur, 0,56 in Südkorea. In Europa hingegen: 10,50 in Dänemark, 10,94 in Deutschland, 16,09 in Portugal, 23,11 in der Schweiz, 35,73 in den Niederlanden, 35,97 in Irland, 44,80 in Frankreich, 54,27 in Schweden, 57,83 in Italien, 60,79 in Spanien, 67,50 in Großbritannien und 85,64 in Belgien. Selbst wenn man die Verzerrungen berücksichtigt, die sich aus den qualitativ unterschiedlichen epidemiologischen Erhebungen und der offiziell bekannt gegebenen Zahlen ergeben, sprechen diese Zahlen für sich, und die von der Johns Hopkins University durchgeführten Folgeuntersuchungen scheinen dies zu belegen.

Gesundheitspolitik und Selbsthilfe der Bevölkerung

Weiter ausschlaggebend ist die Grundversorgung im Gesundheitswesen. Die intensivmedizinischen Kapazitäten eines Landes wie Vietnam sind sehr gering, und dennoch hat es trotz sehr hoher Risiken infolge des Handels mit dem benachbarten China die beste Bilanz vorzuweisen. Denn die grundlegenden Präventivmaßnahmen sind nicht kompliziert: Tests, Isolierung der kontaminierten Personen, Nachverfolgung der Personen, mit denen sie in Kontakt gekommen sind, Masken, Händewaschen und Desinfektion. In Sri Lanka hat es bisher „nur“ 11 Tote bei 2617 registrierten Infektionen gegeben. Dies ist darauf zurückzuführen, dass es dort noch immer ein hoch entwickeltes öffentliches Gesundheitssystem gibt, das leider durch die neoliberale Politik in Bedrohung gerät. In Ländern, die die Epidemie wirksam kontrolliert oder eingedämmt haben, haben die staatlichen Behörden konsequent interveniert, oft durch die Mobilisierung sozialer Netzwerke für die Umsetzung der Gesundheitspolitik – sei es seitens der Regierungen oder der Verwaltungen, die mehr oder weniger autonom von den politischen Machthabern gehandelt haben, wie das Beispiel Thailands zeigt².

Daneben spielte die in der Bevölkerung verankerte Hygienekultur (erneut Thailand als Beispiel) und der Umgang mit der Seuchengefahr sowie die Selbsthilfe der Bevölkerung wiederholt eine große Rolle. Vor allem in Hongkong schützten sich die Einwohner umgehend und spontan und

gegen den ursprünglichen Rat der Behörden mit Gesichtsmasken. In Vietnam stellten die sozialen Netzwerke eine Frau aus der obersten Gesellschaftsschicht an den Pranger, weil sie versuchte, die obligatorische vierzehntägige Quarantäne für alle Rückkehrer*innen aus dem Ausland zu umgehen. Es war auch die Bevölkerung, die die im Land anwesenden Franzosen zur Ordnung rief, die das Tragen der Maske aufgrund der (verlogenen) Erklärungen ihrer Regierung als überflüssig erachteten. Diese Regierung arbeitet seit Wochen daran, das genaue Gegenteil von dem zu propagieren, was angemessen wäre, und erklärt die Notwendigkeit (Ressourcenknappheit auf allen Ebenen) zur Tugend.

Dopplereffekt und Eurozentrismus

Das Corona-Virus erzeugt einen Doppler-Effekt, indem es die Realität hinter dem Anschein zutage befördert. Frankreich ist keine Großmacht mehr, sondern ein abhängiges imperialistisches Land mit einem autoritären Regime, das sich weigert, Vertreter*innen von Patienten und Pflegekräfte an der Ausarbeitung oder Umsetzung seiner Gesundheitspolitik zu beteiligen. Generell setzt der Westen nicht mehr die Maßstäbe auf der Welt, auch nicht im medizinischen Bereich. Mehr denn je führt eine eurozentristische Sichtweise zu katastrophalen Fehleinschätzungen. Erst als Italien betroffen wurde, haben unsere Politiker*innen erkannt, dass die Pandemie eine Gefahr darstellt. Hingegen blieben sie blind für das, was in Asien geschehen ist. Statt aus den asiatischen Erfahrungen Lehren zu ziehen, haben sie zumeist die Nase darüber gerümpft.

Das Problem ist nicht neu, wie Pascale Brudon, die die Weltgesundheitsorganisation in Vietnam vertrat, als SARS im Jahr 2003 ausbrach, betont. Zu dieser Zeit leistete die WHO noch eine wirksame internationale Koordinierung und aus vielen Nationen kamen Teams, um Hilfe zu leisten und aus dieser Krise zu lernen ... aber kaum jemand aus Frankreich. In einem Interview mit *Mediapart* (6. April 2020) sagte sie, sie sei „entsetzt über die Art und Weise, wie schlecht das öffentliche Gesundheitswesen [in Frankreich] funktioniert hat, obwohl wir bereits ausgedehnte Epidemien erlebt haben. Als die WHO Ende Januar die Liste der steigenden Fallzahlen auf Länderbasis veröffentlichte, war noch Zeit, um zu reagieren. Es gab eindeutige Signale, die nicht gehört wurden.“

Vom Nutzen der Landesgrenzen

Solange die Epidemie nicht ausgerottet wird, besteht die Gefahr eines Wiederaufflammens. Südkorea hat gerade diese schmerzliche Erfahrung gemacht. Die Süd-

koreaner*innen haben in der Tat beschlossen, ihren Urlaub im eigenen Land zu verbringen, anstatt ins Ausland zu reisen ... und das Virus hat sich wieder ausgebreitet (eine Warnung für Frankreich!). Dort wo es sich wieder verbreitet hat, kann es aus dem Ausland wieder „importiert“ worden sein, zumal der internationale Wirtschaftsaustausch wieder zunimmt. Solange die globale Pandemie nicht unter Kontrolle gebracht worden ist und es weder eine wirksame Behandlung noch einen Impfstoff gibt, der einen dauerhaften Schutz bietet, besteht die Gefahr, dass die Epidemien wieder aufflammen. So gibt es in Vietnam und Thailand derzeit täglich einzelne neue Fälle.

Die Quarantäne für einreisende Personen in einer Region (angefangen bei den Staatsangehörigen und Einwohner*innen, die in ihre Heimat zurückkehren) war eine sehr wirksame Maßnahme, aber man muss verstehen, wie umfassend dies erfolgte. Am 25. März waren 45 000 Menschen in Vietnam davon betroffen!³ Eine erste Triage fand i. W. auf den Flughäfen statt: Alle, die Symptome (Fieber ...) zeigten, wurden ins Krankenhaus eingeliefert, die anderen wurden in Quarantäne geschickt.

Die „Grenzen“ einer Epidemie werden in erster Linie von Clustern gesteckt – den Infektionsherden, die sich überall befinden können: in der Mitte eines Landes, auf beiden Seiten oder sogar am Rande einer Staatsgrenze (wie im französischen Elsass). Vor der Pandemie sind alle Bevölkerungsgruppen gleich. „Gesundheit in einem einzigen Land“ gibt es nur auf Zeit, und die Kooperation zwischen den Staaten sollte von Solidarität geprägt sein, aber das ist nicht der Fall. In Asien, wie in den meisten Regionen der Welt, stecken nationale Grenzen immer noch den Raum, in dem eine staatliche Gesundheitspolitik im Guten wie im Schlechten vollzogen wird.

Angeichts einer Pandemie ist das Überschreiten von Staatsgrenzen von existenzieller Notwendigkeit, zugleich aber gegenwärtig unmöglich, zumal die Regierungen jeweils eine Gesundheitspolitik verfolgen, die oft im Widerspruch zu der der Nachbarn steht. Daher müssen wir langfristig dafür kämpfen, auch wenn die Bedingungen und Machtverhältnisse ungünstig sind.

Gesundheitspolitik als Machtinstrument

Asien ist zwar ganz offensichtlich die Geisel einer neo-liberalen Weltordnung, die den Wirtschaftsmächten exorbitante Macht verleiht, aber wahrscheinlich weniger betroffen als die Europäische Union mit ihren „freien und unverfälschten“ Wettbewerbsregeln und der Deindustrialisierung vieler Mitgliedstaaten. Aber auch Asien hat

seinen Donald Trump, wie zum Beispiel Narendra Modi in Indien oder Rodrigo Duterte auf den Philippinen.

Die Pandemie breitet sich in Südasien rasch aus. Mit einer Bevölkerung von 1,4 Milliarden Menschen ist Indien das drittgrößte Land mit der höchsten Zahl an Infektionen: 850 000 und 23 000 registrierte Todesfälle (Zahlen, die als stark untertrieben gelten). Die Regierung interessiert sich nicht für die „Binnenmigrant*innen“ (also die indischen Tagelöhner), die durch ihre Rückkehr in ihre Heimat unwissentlich die Krankheit verbreitet haben. In Singapur (45 000 Infektionen) waren die 26 Todesfälle notabene darauf zurückzuführen, dass die Behörden nichts zum Schutz ausländischer Wanderarbeiter*innen unternommen hatten. Selbst in Zeiten gesundheitlicher Notlagen neigen die Behörden dazu, (Nicht-)Bürger*innen zweiter Klasse zu „vernachlässigen“, was aus epidemiologischer (und humanistischer) Sicht von absurder Blindheit zeugt.

Narendra Modi gründet seine Macht auf einem hinduistischen Ultrationalismus (Hindutva). Mitten in der Pandemie organisierte er eine Pilgerfahrt von Tausenden seiner Anhänger*innen zur Amarnath-Höhle, die sich auf 3900 Metern Höhe in Kaschmir (indische Seite) befindet und des Gottes Shiva gewidmet ist, wobei die sanitären Maßnahmen bloß symbolischer Natur waren. Erschwerend hinzu kommt, dass darin Modis expansionistischer Nationalismus zum Ausdruck kommt und er den territorialen Zugewinn bestimmter Regionen anstrebt.

Im Kampf gegen die Pandemie ist auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zum Gegenstand geostrategischer Konflikte geraten. Bisher hat sie ihre Funktion erfüllt, die Grundversorgung durch das Gesundheitssystem der Mitgliedsländer sicherzustellen und zuverlässig die notwendigen Daten zu liefern. Die USA (und die Pharmakonzerne) haben das Funktionsprinzip der WHO, wonach sich die Stimmrechte nicht nach den finanziellen Beiträgen sondern pro Mitgliedsland bemessen, immer kritisiert. Trump hat noch einmal nachgelegt, indem er ganz generell die internationalen Institutionen der multilateralen Kooperation zwischen den Staaten im Namen des Unilateralismus infrage stellt. Erst kürzlich hat er den Rückzugsprozess der USA aus der WHO eingeleitet, der in einem Jahr vollzogen wird, sofern er die nächsten Präsidentschaftswahlen gewinnt.

Hinzu kommt, dass sich das Epizentrum des geopolitischen Konflikts zwischen Peking und Washington heute im indo-pazifischen Raum befindet, wo jeder Staat aufgefordert ist, sich zu positionieren. Insofern hat Australien beschlossen, sich entschieden gegen China zu stellen.

Die Zukunft bringt uns also nicht mehr Zusammenarbeit, sondern mehr Konflikte, vor allem in Asien. Die Pandemie wird's danken!

Solidarität in schwerer Zeit

Mit der weltweiten Durchsetzung des Neoliberalismus haben sich die Schwerpunkte der internationalen Solidarität verschoben. Neben der „traditionellen“ Solidaritätsbewegung in den Ländern des Nordens mit dem Süden (die nach wie vor natürlich wichtig ist) haben die gemeinsamen Abwehrkämpfe der betroffenen Bevölkerung gegen die universelle Durchsetzung dieser neoliberalen Politik an Dynamik gewonnen.

In allen Ländern, wo meines Wissens solidarische Initiativen von unten – besonders während des Lockdowns – entstanden sind, verfolgen diese ähnliche Ziele, etwa den isolierten und bei den Regierungsmaßnahmen außen vor gelassenen Menschen (Flüchtlinge ohne Aufenthaltsgenehmigung etc.) zu helfen oder die Grundversorgung sicherzustellen. So sind die Volksküchen zum Symbol dieser Solidarität geworden.

In Asien gibt es viele Bevölkerungsgruppen, die aus der Gesellschaft ausgegrenzt worden sind. Die Basisorganisationen zu deren Unterstützung mussten ihre Aktivitäten daher neu ausrichten, um diese Notlage auffangen zu können, indem sie sich auf die vorrangigen Bedürfnisse konzentrierten (Nahrungsmittel, Utensilien für die tägliche Hygiene, psychologische oder pädagogische Unterstützung etc.). Dabei kamen ihnen die bereits bestehenden Solidaritätsnetzwerke zugute. Mitunter jedoch mussten sie dafür ihre über mehrere Jahre konzipierten Programme auf Eis legen, weil sie unter oft sehr schwierigen Bedingungen arbeiten und ihre Kapazitäten begrenzt sind.

Nehmen wir das Beispiel der MiHands-Koalition in Mindanao (im Süden der Philippinen), die ein Netzwerk von etwa 50 Initiativen koordiniert, die im Bedarfsfall tätig werden, um auf humanitäre Katastrophen aller Art zu reagieren. Die Insel steht unter Kriegsrecht. Die Polizei oder die Armee stehen seitens des Präsidenten unter Immunität. Die Umsiedlungen und Evakuierungen sind kompliziert, und die Kooperationsbereitschaft der Behörden (die unerlässlich ist, um praktische Hilfe zu gewähren) variiert je nach Ort und Zeit. Die militärischen Konflikte indes dauern an. Die angestammten Gebiete der Bergvölker (Lumad) sind besonders betroffen. Rohstoffkonzerne wollen die dortigen Bodenschätze und natürlichen Ressourcen (Holz, Mineralien) ausbeuten, während die traditionelle Lebensgrundlage der indigenen Völker in

der Symbiose mit dem Regenwald liegt. Angesichts dieser Situation müssen die praktischen Hilfsmaßnahmen damit verbunden werden, zugleich zur Lösung der Konflikte beizutragen. Dafür braucht es die Unterstützung seitens eines weiteren Bündnisses mit weitergehenden politischen Zielen. Nichts spricht dafür, dass sich die Lage künftig bessern wird, und die Aktivist*innen in diesen Netzwerken stehen unter zehrendem Stress.

Wir kämpfen einen gemeinsamen Kampf, aber in Ländern wie den Philippinen führen unsere Genoss*innen diesen Kampf unter unendlich schwierigeren Bedingungen. Sie verdienen unsere Unterstützung.⁴

■ Übersetzung aus *essf: MiWe*

1 Diese – wie auch die folgenden – Zahlen datieren auf den 13.7.2020

2 <http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article53564>

3 Zahlen laut *Gavroche Thaïlande* vom 29. März 2020.

4 Vgl. den Solidaritätsappell unter: <http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article53242>

LATEINAMERIKA IM ZENTRUM DES STURMS

Für l'Anticapitaliste, die Wochenzeitung der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA), hat **Franck Gaudichaud**, Lateinamerika-Spezialist und Mitglied der NPA, mit **Pierre Salama**, emeritierter Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Universität Sorbonne Paris Nord, gesprochen.

Du hast gerade ein Buch fertiggestellt, das im September unter dem Titel „Virale Ansteckung, ökonomische Ansteckung – politische Risiken in Lateinamerika“ erscheinen wird¹. In einem

Artikel, den Du vor kurzem für die Zeitschrift Contretemps geschrieben hast, hast Du bereits unterstrichen, wie sehr die Pandemie die Ungleichheiten und die Brüche in der Region offenbart.² Kannst Du einen kurzen Überblick über die Situation geben?

Alle lateinamerikanischen Länder zeichnen sich durch eine Tendenz zur langfristigen wirtschaftlichen Stagnation ihres BIP aus; sie erklärt sich im Wesentlichen aus extrem hohen Einkommensungleichheiten, aus einer erhöhten Anfälligkeit aufgrund einer Rückkehr zu einer internationalen Spezialisierung, bei der der Verkauf von Rohstoffen im Mittelpunkt steht, aus einem Rückgang der staatlichen Beteiligungen an der Wirtschaftstätigkeit und schließlich aus einer ausgeprägten Deindustrialisierung. Einige Länder befanden sich, schon bevor sie von dem Virus befallen waren, entweder in einer sehr tiefen Krise (Venezuela), in einer Rezession (Mexiko), in Lethargie (Brasilien nach einer zweijährigen schweren Krise in den Jahren 2015/16) oder aber im Abschwung (Peru, Kolumbien, Chile). Das schwächt sie sowohl strukturell als auch zyklisch. Schlecht darauf vorbereitet, traf sie die Pandemie in diesem sehr anfälligen wirtschaftlichen Kontext: Sie hat die Wirtschaftskrise nicht verursacht, die Lateinamerika seit Anfang 2020 durchlebt, sondern hat sie beschleunigt. SARS-CoV-2 wirkt sich auf Länder aus, die durch jahrzehntelange Wachstumsschwäche, ein hohes Maß an Armut – trotz eines Rückgangs Anfang der 2000er Jahre – und Gesundheitsinfrastrukturen, die in den meisten Fällen der Herausforderung der Pandemie nicht gewachsen sind, angeschlagen sind.

Die Armen konzentrieren sich in den informellen, ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen und stellen die anfälligste Bevölkerungsgruppe dar. In Elendsvierteln sind Ausgangssperren kaum durchzuführen, und die Pandemie kann sich sehr schnell ausbreiten. Die Schwierigkeit hat eine ganze Reihe von Gründen: hohe Promiskuität, nicht immer einfacher Zugang zu Wasser, oft schwieriger Zugang zur Gesundheitsversorgung bei einem hohen Stand an Vor- und Nebenerkrankungen unter den Armen (Fettleibigkeit durch Junk Food, Diabetes, Herzprobleme) und schließlich die Notwendigkeit, arbeiten zu gehen und sich so der Ansteckung mit dem Virus auszusetzen. An dem Virus zu sterben oder an Hunger zu sterben, ist eine Wahl zwischen Skylla und Charybdis, wenn es keine ausreichende Hilfspolitik der Regierung gibt. Und die gibt es eben nicht, wenn auch je nach Land in unterschiedlichem Ausmaß. Dabei ist Argentinien unter den großen Ländern am „größzügigsten“, sowohl bei der finanziellen Unterstüt-

zung als auch in Bezug auf das Verbot von Entlassungen für Beschäftigte im formellen Sektor (etwa die Hälfte der Stellen in der Privatwirtschaft).

In der Figur Bolsonaro ballt sich stets ein wenig mehr, was es im gegenwärtigen lateinamerikanischen Kontext vom Schlimmsten gibt. Du arbeitest seit vielen Jahren vor allem zu Mexiko, Argentinien und Brasilien: Was gibt es aus deiner Sicht in diesen drei Ländern an gemeinsamen Herausforderungen, Tendenzen und Unterschieden auf politischer und sozialer Ebene?

Wenn eine Wirtschaftspolitik beschlossen würde, die Haushaltszwänge außer Acht lässt und die wachsende Defizite hinnimmt, würde das dazu beitragen, dass die Zahl der Todesfälle begrenzt, den Ärmsten beim Überleben geholfen und eine wirtschaftliche Erholung vorbereitet wird. Eine Politik dieser Art ist notwendig, reicht aber nicht aus. Der zumeist schlechte Zustand der Gesundheitsinfrastruktur und der Mangel an Ressourcen machen es schwierig, die Zahl der Todesfälle und die zunehmenden Ungleichheiten einzudämmen, da sich die Wirtschaftskrise vertieft und die Steuereinnahmen daher sinken. Die Weigerung, eine klare Diagnose zu stellen, was diese Pandemie ist (laut Bolsonaro eine „Grippe“ oder für López Obrador in Mexiko eine Krankheit, die man mit einem Amulett in Griff bekommen kann), für eine Wiederaufnahme der Arbeit, noch bevor der Höhepunkt der Pandemie erreicht ist, zu Felde zu ziehen, sich gegen Minister und Gouverneure von Staaten, die Ausgangsbeschränkungen verhängt haben, zu stellen – das ist einfach kriminell. Das tut Bolsonaro, wobei er sich auf die meist armen Evangelikalen stützt. Aber so etwas hat auch López Obrador getan, wenn er dekretiert hat, dass Unternehmen, die für die Vereinigten Staaten arbeiten, „strategisch“ sind. Damit hat er Trumps Anordnungen befolgt. Die argentinische und die peruanische Regierung tun dies nicht, ohne großen Erfolg, vor allem in Peru.

Wie sehen die Szenarien für einen Weg heraus aus der Krise vom Standpunkt der armen Klassen und der demokratischen Alternativen aus, wenn die Lateinamerikaner*innen nach wie vor kein Licht am Ende des Tunnels dieser dramatischen ersten Pandemiewelle sehen?

Ich gehöre nicht zu denen, die meinen, dass die Geschichte einem unabänderlichen Weg folgt. Es gibt immer mögliche wirtschaftliche und politische Abzweigungen. Um Marx zu paraphrasieren: „Die Menschen machen ihre eigene Ge-

schichte, aber unter Bedingungen, die nicht frei von ihnen entschieden werden.“ Mit anderen Worten, es gibt einen Spielraum zwischen Idealismus und Determinismus. Die Geschichte, die gemacht wird, ist gleichzeitig das Produkt dieses Idealismus der Menschen, ihres Willens und des Determinismus der ökonomischen Gesetze. Deshalb glaube ich, dass es trotz starker Tendenzen zu bestimmten Formen von „Illiberalismus“ und Autoritarismus wie in Ungarn, trotz der Drohung mit Militärputschen, die durch das wachsende Gewicht der evangelikalen Kirchen unterstützt werden, immer noch Möglichkeiten für einen positiven Ausgang gibt. Kurz vor dem Eintreten der Pandemie hat die rechte Schockwelle nachgelassen, in Chile und in Argentinien, in Brasilien wie in Mexiko ist wieder eine linke Dynamik mit immer wichtigeren sozialen Mobilisierungen wahrnehmbar geworden. Wegen ihrer größeren Betroffenheit erwarten die armen Bevölkerungsschichten sofortige, sogar „Wunder bewirkende“ Maßnahmen. Es gibt einen nachdrücklichen Bedarf an Hoffnung. Einige suchen sie in den Lehren der evangelikalen Kirchen, denen Arme massenhaft angehören. Sie mögen für den Diskurs von Politiker*innen empfänglich sein, die vielfach zur extremen Rechten gehören und auf Sündenböcke zeigen. In Brasilien prangert Bolsonaro auf demagogische Weise all jene an, die „euch daran hindern wollen, zur Arbeit zu gehen“ und für Ausgangsbeschränkungen eintreten. Und in der Tat gibt es für Bolsonaro trotz des Ausmaßes der gesundheitlichen Katastrophe und all seiner rassistischen und homophoben Äußerungen nach wie vor eine echte Unterstützung in der Bevölkerung, sicher von einer Minderheit, aber einer bedeutenden, ein bisschen wie bei Trump in den USA.

Für die Linke bedeutet das, dass sie ihre Software auswechseln muss. Sie muss einen Diskurs führen, der die armen Klassen anspricht, während leider ein großer Teil der Aktivist*innen an Diskursen festhält, die abstrakt und fern vom Alltag der großen Mehrheiten bleiben. Mobilisierungen zur Kaufkraft, gegen Armut und Arbeitslosigkeit sind dringend notwendig. Wenn wir die wesentlichen Fragen, mit denen die von der Krise Ausgeschlossenen und Verarmten konfrontiert sind, nicht beantworten, laufen wir Gefahr, nicht gestärkt aus dieser Krise herauszukommen und das Feld radikalen, rechten Kräften zu überlassen.

■ Aus dem Französischen übersetzt von Friedrich Dorn

Quelle: <https://npa2009.org/arguments/international/les-ameriques-latines-au-coeur-de-la-tempete>

1 Pierre Salama, *Contagion virale, contagion économique. Risques politiques en Amérique latine*, Vulaines-sur-Seine: éditions du croquant, 2020.

Zusammen mit der marxistischen Wirtschaftswissenschaftlerin Mylène Gaulard hat Pierre Salama außerdem vor kurzem ein kleines Buch mit einem nützlichen Überblick über die Wirtschaft in Lateinamerika veröffentlicht (*L'économie de l'Amérique latine*, Levallois-Perret: Bréal, 2020).

2 Pierre Salama, „Amérique latine: la pandémie comme révélateur“, *Contretemps – Revue de critique communiste*, 17. April 2020, <https://www.contretemps.eu/amerique-latine-pandemie-coronavirus/>.

AFRIKA IN ZEITEN VON COVID-19

Covid-19 hat die wirtschaftliche, soziale und ernährungstechnische Krise, unter der Afrika bereits leidet, noch weiter verschärft. Eine Verschlimmerung, die die gesamte Bevölkerung und vor allem die prekärsten Schichten mit voller Wucht trifft. **Paul Martial**

Die Situation vor Ausbruch der Covid-19-Epidemie in Afrika war, als Konsequenz des Zusammenbruchs der Rohstoffmärkte in den Jahren 2014–2015, von einer Schwächung der Wirtschaft geprägt. Dadurch geriet der Export von Rohstoffen, auf dem die Wirtschaft zahlreicher Länder basiert, in eine tiefe Krise. Das war nicht nur der Fall bei den erdölexportierenden Ländern, auch Sambia und die Demokratische Republik Kongo, die Kupfer abbauen, oder auch Guinea, das Bauxit exportiert, wurden davon hart getroffen. Die extreme Abhängigkeit dieser Länder von den Multis bringt eine hohe Schwankung ihrer Einkünfte mit sich. Krisen, wie sie die reichen Länder kennen, treffen Afrika mit sehr viel größerer Wucht. Aufgrund fehlender Haushaltsspielräume und fehlendem sozialen Schutz sind die Konsequenzen für die Menschen dort von wahrhaft dramatischen Dimensionen.

Rezession

Es ist deutlich zu sehen, dass die Covid-19-Krise diese Situation noch weiter verschärft. Der IWF prognostizierte

im April einen Rückgang der Wachstumsraten beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 1,6 %, die Schätzungen der Weltbank lagen dabei noch höher. Sie sagte 2,1 bis 5,1 % voraus. Im Juni hat der IWF seine Prognose zurückgezogen und geht mittlerweile von einem Rückgang von 3,2 % aus. Damit nähert sie sich den pessimistischen Vorhersagen der Weltbank an.

Der für das östliche Afrika zuständige Regionalleiter der Agence Française de Développement [die französische Entwicklungsagentur, kurz AFD] zeigte in einem Gastbeitrag mit dem Titel „Ostafrika: Was sich nach Covid-19 ändern muss“¹ auf, dass „die interkontinentalen Handelsverbindungen stärker geschwächt wurden als die internationalen Handelsbeziehungen“. Dafür macht der Autor die Regierungen und Administrationen verantwortlich. Das ist zwar absolut richtig, er stellt jedoch nicht ein einziges Mal die Frage nach dem Ursprung dieser Situation.

Diese Abhängigkeit Afrikas von den reichen Ländern ist das Ergebnis jahrhundertelanger erst kolonialistischer und dann imperialistischer Politik. Europa hat Afrika ein wirtschaftliches Rentiersystem übergestülpt und auf Kosten der Regionalmärkte des Kontinents in die Rolle eines einfachen Rohstofflieferanten gezwungen. Seither profitieren die Industriestaaten mit den USA und China an ihrer Spitze von dieser Aufteilung auf Weltebene. Eine Änderung in der Politik der reichen Länder ist nicht zu erwarten. Sie werden trotz des Geschwätzes, das sie uns seit Jahren immer wieder in die Ohren blasen, niemals die Entwicklung einer lokalen Wirtschaft fördern, die auf die Bedürfnisse der Bevölkerung abgestimmt ist.

In Frankreich hat das Institut Moutaigne, eine liberale Denkfabrik, eine Analyse der Situation französischer Firmen in Afrika veröffentlicht. Neben den üblichen Klischees, die man in dieser Art von Studie finden kann, nennt das Institut als größte Gefahr, dass die französischen Firmen den wirtschaftlichen Aufschwung verpassen könnten: „Die Analyse der zwanzig Unternehmen, auf denen die Ausarbeitung der Studie des Institut Moutaigne basiert, brachte uns die Erkenntnis, dass das größte Risiko darin besteht, den Zeitpunkt zu verschlafen, an dem die Aktivitäten wieder aufgenommen werden müssten: Man muss schnell, aber mit allen Sicherheitsmaßnahmen reagieren.“²

Die Vorbereitungen der europäischen Unternehmen auf dem Sektor der Agrarindustrie sind bereits in vollem Gange. Die milchverarbeitenden Firmen profitieren von den europäischen Subventionen und lagern die nicht verkaufte Milch in Form von Milchpulver ein, das sie dann versuchen, in Westafrika abzusetzen. Das Ganze

läuft folgendermaßen ab: „Einige Unternehmen haben mit den Milchfetten Butter produziert, die dann zu günstigen Preisen verkauft wurde. Das dabei übriggebliebene Magermilchpulver wurde danach mit Palmöl wieder angereichert und in Schwellenländern zu Preisen verkauft, die unter denen der lokalen Milcherzeuger lagen.“

Diese Praxis stürzte den durch die bewaffneten Konflikte auf diesem Kontinent bereits schwer getroffenen Sektor der Viehwirtschaft in eine noch größere Krise.

Die Schuldenlast

Die Verschuldung ist ein weiteres Beispiel für den Würgegriff, in dem die afrikanische Wirtschaft gefangen ist. Die Verantwortlichen der für Afrika zuständigen Finanz- bzw. politischen Institutionen z. B. haben sich während der Covid-19-Krise ziemlich bedeckt gehalten. Statt eine Streichung der Schulden, deren Rückzahlung die nationalen Budgets sehr stark belastet, zu fordern, forderten sie lediglich ein Moratorium, also eine zeitweilige Aussetzung der Schuldenrückzahlung. Gleichzeitig verkündeten die reichen Länder die Bereitstellung von Hunderten Milliarden Euros für die Wiederbelebung ihrer Wirtschaften, insbesondere in Form von enormen Fördermitteln für die Großindustrien.

Zu diesem Moratorium, das ohnehin nicht auf die Gesamtheit der Schulden zutrifft, meint die Fachpresse: „Afrika muss die Mittel und Devisen finden, um Forderungen der Kreditgeber auf nichtbilateraler Ebene zu begleichen. Dabei handelt es sich um private Investoren, die in Eurobonds und andere durch die Länder der Region bereitgestellte Bankdarlehen investiert haben.“³

In einem seiner Artikel zeigte das CATDM (comité pour l'abolition des dettes illégitimes = Komitee zur Abschaffung unrechtmäßiger Schulden) auf, dass die Staaten mit geringem Einkommen im Durchschnitt 7,8 % des BIP für die Rückzahlung der Schulden, für die Ausgaben des Gesundheitswesens jedoch lediglich 1,8 % des BIP ausgaben.⁴

Was die Ernährungssituation betrifft, so war sie bereits Ende des Jahres 2019 äußerst angespannt. 73 Millionen Menschen litten damals unter Mangelernährung. Durch die gigantische Heuschreckenplage, die nach drei Jahren der Dürre über Afrika hereinbrach, wurde ein Großteil der Ernte in Ostafrika vernichtet, wodurch zehn Millionen Menschen von Hunger bedroht sind. Auch in Ländern wie der Zentralafrikanischen Republik, dem Südsudan oder Somalia stellt sich die Lage aufgrund der ständigen bewaffneten Konflikte äußerst kritisch dar. Die durch das Covid-

19-Virus ausgelöste Epidemie hat die Probleme in puncto Ernährung noch weiter verschärft und zu Spannungen in weiteren Regionen geführt, was gerade die ärmsten Bevölkerungsgruppen am härtesten trifft. In einem Bericht der UNO heißt es dazu, dass „die größte Hungersnot in West- und Zentralafrika herrscht, wo die Anzahl der Menschen, deren Ernährungssicherheit chronisch bedroht ist, um 135 % gestiegen ist. Auch für das südliche Afrika wurde mit einem Anstieg von 90 % ein neuer Höchstwert erreicht.“⁵

Die Covid-19-Krise zeigt in Afrika wie auch anderswo die Notwendigkeit für eine Neuausrichtung der Wirtschaft, um auf die sozialen Bedürfnisse der Menschen einzugehen. Eine solche Kursänderung setzt jedoch einen politischen Willen voraus, der heute auf der Agenda der afrikanischen Führer wie auf der der Führer der reichen Länder noch genauso wenig zu finden ist, wie es bisher der Fall war. Es gibt daher nur eine einzige Lösung: Die Völker müssen in Massen die Bühne der politischen Szene erstürmen.

1 Christian Yoka, „Ostafrika: Was sich nach Covid-19 ändern muss“, 30. Juni 2020, online unter <https://www.jeuneafrique.com/1008227/economie/tribune-afrique-de-lest-ce-qui-doit-changer-apres-le-covid-19/>.

2 Jean-Michel Huet, „Französische Unternehmen in Afrika und Covid-19: Schnell vorangehen und dabei Sicherheit garantieren“, 3. Juli 2020, online unter https://www.lepoint.fr/afrique/entreprises-francaises-en-afrique-aller-vite-tout-engarantissant-la-securite-02-07-2020-2382822_3826.php.

3 „Bericht zur Schuldenrückzahlung: Eine für viele afrikanische Staaten schwer zu akzeptierende Unterstützung“, 11. Mai 2020, online unter <https://www.agenceecofin.com/finance/1105-76505-report-du-remboursement-de-la-dette-un-soutien-du-g20-difficile-a-accepter-pour-beaucoup-de-pays-africains>.

4 „Auswirkung der Ansage, Lüge und Auslassung bezüglich der Schulden Afrikas, die Macron vor dem Club de Paris macht“, 1. Juli 2020, online unter <http://www.cadtm.org/Effet-d-annonce-mensonge-et-omission-sur-les-dettes-africaines-Macron-mise-sur>

5 „Die Auswirkungen von Covid-19 verschlimmern den Hunger bei den Schwächsten, warnt die UNO“, 1. Juli 2020, online unter <https://www.un.org/fr/coronavirus/articles/hunger-worsening-for-vulnerable-population>

Erstellt Mittwoch, 15. Juli 2020, aktualisiert Mittwoch, 15. Juli 2020 um 9:30 Uhr

■ Übersetzung A. Hink



Verstärkte Online-Präsenz der Vierten Internationale

Seit kurzem gibt es eine dreisprachige Webseite der Vierten Internationale. Sie enthält Texte auf Englisch, Französisch und Spanisch:

<https://fourth.international/en>
<https://fourth.international/>
<https://fourth.international/es>

Sie ist nicht zuletzt als Portal zu den Nachrichten-Webseiten *International Viewpoint* und *Inprecor* sowie zu den Webseiten der nationalen Sektionen gedacht.

Auf dieser Webseite werden aktuelle Verlautbarungen von Leitungsgremien der Vierten Internationale veröffentlicht, darunter Resolutionen und Erklärungen der Weltkongresse, des Internationalen Komitees, das in der Regel einmal im Jahr tagt, und des Büros der Internationale. Außerdem werden einige aktuelle Artikel vorgestellt. Ein Kollektiv aus Genoss*innen aus Belgien, Frankreich und dem Spanischen Staat arbeitet für diese Seite.

Unter dem Menüpunkt „Wer wir sind“ gibt es eine geraffte Darstellung von Selbstverständnis, Zielen und Geschichte der Vierten Internationale sowie eine Liste der Organisationen, die entweder als Sektionen oder sympathisierende Organisationen der Internationale angehören oder in der Mitglieder der Vierten Internationale mitarbeiten (wie beispielsweise Enhedslisten in Dänemark oder sowohl Ensemble! als auch Nouveau Parti Anticapitaliste in Frankreich). Außerdem gibt es eine weitere Kategorie von Organisationen, das sind solche, die eng und vertrauensvoll mit der Vierten Internationale zusammenarbeiten, ohne dass sie ihr formell angehören, z. B. die Bewegung für den Sozialismus sowie solidaritéS in der Schweiz, die Russische Sozialistische Bewegung – RSD, die New Socialist Group in Kanada oder Socialist Alternative in Australien ...

Geplant ist weiter ein Neustart der spanischsprachigen Seite „Punto de Vista Internacional“, die es

ermöglichen soll, über Kämpfe und die Situation in Lateinamerika und im Spanischen Staat zu berichten und Debatten zu bereichern.

Ergänzt werden die Webseiten der Vierten und von *International Viewpoint* durch Facebookseiten auf Englisch, Französisch, Spanisch (darunter <https://www.facebook.com/FourthInternational/>).

In Papierform wird derzeit nur die französischsprachige *Inprecor* produziert.

Im deutschen Sprachraum sind die meisten Erklärungen der Gremien der Vierten Internationale in gedruckter Form in *die internationale*, der seit Anfang 2017 erscheinenden Zeitschrift der ISO, zu finden. Online sind ISO in Deutschland, SOAL in Österreich und die BFS in der Schweiz mit ihren Webseiten präsent.

Für den Ausbau der Online-Präsenz der Vierten Internationale gibt es eine internationale Spendenkampagne, deren Ziel es ist, 10 000 Euro zu sammeln. Ein erster Aufruf hat ein gutes Echo gefunden, es sind Spenden aus Belgien, Britannien, Frankreich, Griechenland, Irland, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Slowenien, Taiwan und den USA eingegangen.

Weitere Spenden werden erbeten auf dieses Euro-Konto:

Grenzeloos

IBAN NL 25 INGB 0005571638

BIC INGBNL2A

Adresse: Lombokstraat 40, 1094 AL, Amsterdam, Niederlande

Bank: ING, Postbus 1800, 1102 BW, Amsterdam, Niederlande

Bitte „FI Internet“ angeben.

Friedrich Dorn